



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

---

# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

---

*Monatsbericht August 2018*



## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
[www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)

### Stand

25. Juli 2018

### Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

### Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

### Bildnachweis

BMWi, Susanne Eriksson / S. 9, 13

Bundesregierung, Kugler / S. 2

istock

artJazz / S. 14

fuchs-photography / S. 18

seb\_ra / S. 21

YurolaisAlbert / S. 23

shutterstock / S. 11

[www.flaticon.com](http://www.flaticon.com)

Freepik / S. 6

### Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Referat Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

[www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)

### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721

Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	7
Im Dialog mit der Wirtschaft: Bundesregierung erleichtert Ausfuhrgeschäfte nach Afrika und verbessert Rahmenbedingungen für KMU .....	9
Eine Governance für die Energieunion .....	14
Das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof .....	18
Evaluationen gewinnen im BMWi immer mehr Bedeutung .....	23
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>29</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	30
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	32
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>43</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	44
2. Produzierendes Gewerbe .....	52
3. Privater Konsum .....	60
4. Außenwirtschaft .....	62
5. Arbeitsmarkt .....	64
6. Preise .....	66
7. Monetäre Entwicklung .....	70
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	72
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	74

# Editorial



## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Ob Klimawandel, Migration, Finanzmarktregulierung oder die Besteuerung internationaler Konzerne: Die Herausforderungen einer zunehmend globalisierten Welt lassen sich nicht im nationalen Alleingang lösen. Darauf hat auch der Internationale Währungsfonds in seinem kürzlich veröffentlichten Wirtschaftsausblick ausdrücklich hingewiesen. Nicht Protektionismus und Abschottung, sondern internationale Kooperation und ein offenes, regelbasiertes Welt-handelssystem sind der Schlüssel zum Erfolg.

Wir brauchen daher starke und verlässliche Partner, vor allem in Europa. Mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire habe ich anlässlich des Deutsch-Französischen Ministertreffens am 19. Juni 2018 in Meseberg ein [gemeinsames Papier](#) veröffentlicht, das unterstreicht: Strukturreformen, Investitionen und offene Märkte sind der richtige Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union dauerhaft zu stärken.

Auch außerhalb Europas brauchen wir verantwortungsvolle Partner. Das kürzlich unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Japan ist ein wichtiges Zeichen für freien und fairen Handel und ein klares Signal gegen zunehmende protektionistische Tendenzen. Es werden hohe Schutzstandards im Bereich des nachhaltigen Handels festgeschrieben und gleichzeitig erhalten unsere Unternehmen bessere Marktzugangsbedingungen. Mit diesem modernen Freihandelsabkommen zeigen wir, wie die Globalisierung positiv zum Wohle aller gestalten werden kann. China ist ein weiterer wichtiger globaler Akteur, mit dem wir in regelmäßigem Austausch sind. Im Juli fand im Bundeswirtschaftsministerium bereits zum neunten Mal das „Deutsch-Chinesische Forum für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit“ statt – Themen waren unter anderem die Marktöffnung Chinas, aber auch chinesische Investitionen in die Batteriezellproduktion in Thüringen.

Ob im transatlantischen Innovationsforum oder bei den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen in Köln: Nur im Dialog mit unseren Partnern wird es uns gelingen, gemeinsame Antworten auf die wichtigsten Fragen des 21. Jahrhunderts zu finden. Das Bundeswirtschaftsministerium wird sich auch weiterhin mit ganzer Kraft für Multilateralismus sowie offene und freie Märkte einsetzen.

Auch die vorliegende Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik steht ganz im Zeichen der Globalisierung und der internationalen Zusammenarbeit. Wir berichten unter anderem darüber, wie Garantieinstrumente für Exportkredite und Auslandsinvestitionen dazu beitragen, Ausfuhrgeschäfte in wirtschaftlich und politisch weniger stabile Länder zu erleichtern und kleine und mittelgroße Unternehmen in ihrem Auslandsgeschäft zu unterstützen. Außerdem finden Sie einen Beitrag über das neue Governance-System der Energieunion, durch das die einzelnen Energie- und Klimapolitiken der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union besser aufeinander abgestimmt werden. In unserer Serie zu den Verfahrensarten des Europäischen Gerichtshofes stellen wir dieses Mal das sogenannte Vertragsverletzungsverfahren vor, mit dem sichergestellt werden soll, dass sich alle EU-Mitgliedsstaaten an das Unionsrecht halten. Ein weiterer Artikel zeigt schließlich, warum Evaluationen im BMWi als Element einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik nicht mehr wegzudenken sind.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine aufschlussreiche und interessante Lektüre dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik!



Peter Altmaier  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>August 2018</b>	
06.08.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juni)
07.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
14.08.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende August 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>September 2018</b>	
06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
07./08.09.	Informeller ECOFIN (Wien)
12.09.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
17./18.09.	Informeller Energierat (Linz)
27.09.	WBF-Rat
Ende September 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>Oktober 2018</b>	
01./02.10.	Eurogruppe/ECOFIN
05.10.	Informeller Handelsministerrat (Innsbruck)
05.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
08.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
11.10.	Herbstprojektion der Bundesregierung
15.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende Oktober 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:  
[www.bmwi.de/abo-service](http://www.bmwi.de/abo-service)



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:  
[www.bmwi.de/schlaglichter](http://www.bmwi.de/schlaglichter)



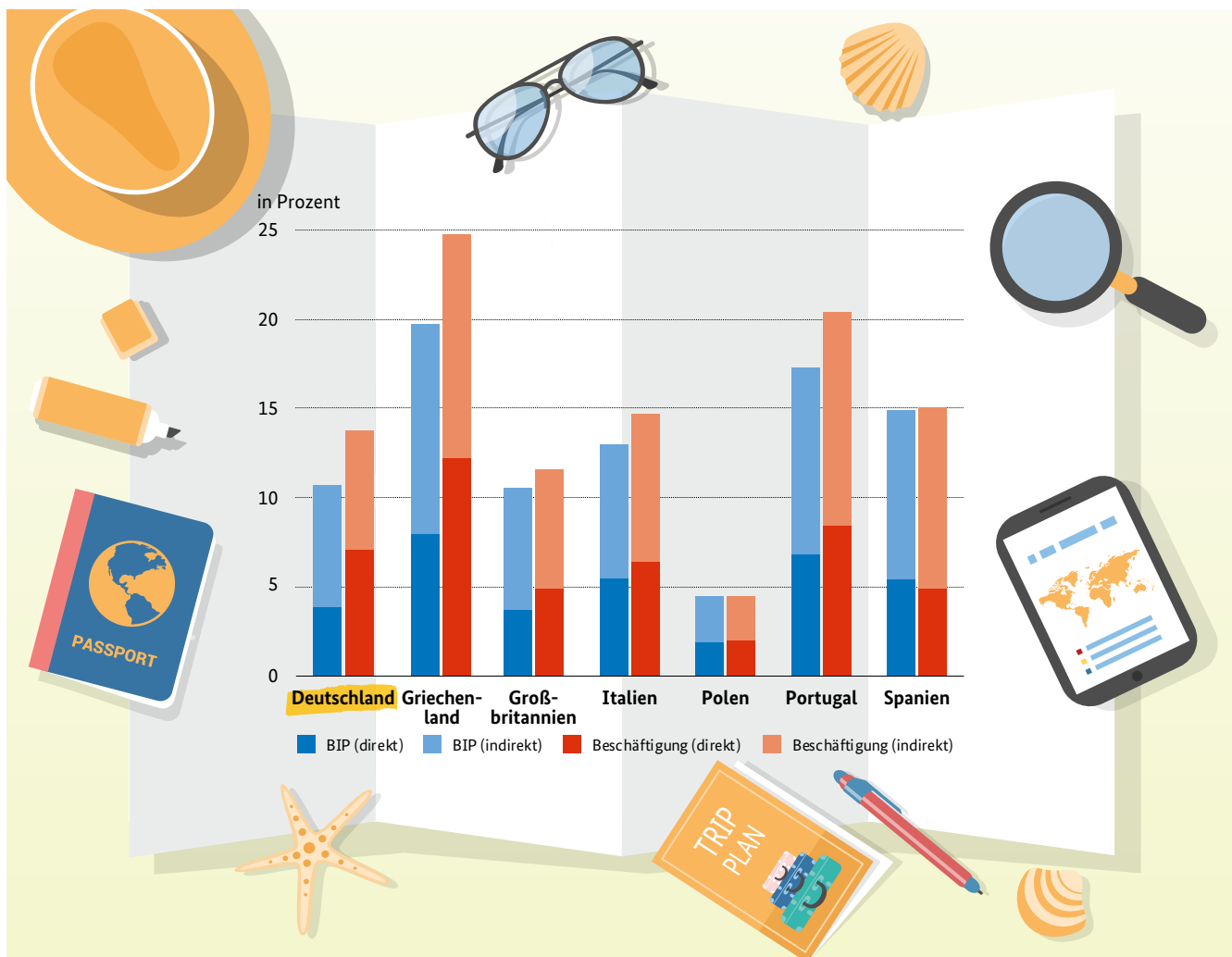
## Grafik des Monats

### Der Tourismus ...

... ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt. In Deutschland betrug der direkte Anteil der Tourismuswirtschaft an der Gesamtwirtschaft im Jahr 2017 knapp 4%. Die positiven Impulse des Tourismus strahlen aber auch in andere Wirtschaftsbereiche aus, wenn Wertschöpfung in diesen Bereichen indirekt auf touristische Nachfrage zurückzuführen ist. Berücksichtigt man auch diese Beiträge, liegt der Anteil der Tourismuswirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei knapp 11%, der Anteil der Beschäftigung in diesem Sektor bei knapp 14%.

Der Anteil des Tourismus an der Gesamtwirtschaft in Deutschland liegt etwa im europäischen Durchschnitt. Eine weit größere Bedeutung hat der Tourismus mit einem Anteil von etwa 20% zum Beispiel für die griechische Wirtschaft, für die polnische ist sie mit 4,5% hingegen deutlich geringer.

### Anteil der Tourismusbranche an der Gesamtwirtschaft und an der Beschäftigung in ausgewählten Ländern im Jahr 2017



Quelle: World Travel and Tourism Council, berechnet nach der TSA-Methodik. Der direkte Beitrag entspricht dabei der mit der Herstellung von touristisch nachgefragten Produkten verbundenen Wertschöpfung. Indirekte und induzierte Beiträge ergeben sich zusätzlich aus Wertschöpfung, die sich indirekt aus touristischer Nachfrage ergibt.



# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft nimmt im Mai wieder Fahrt auf. Der Aufschwung setzt sich leicht beschleunigt fort. Die außenwirtschaftlichen Risiken und die Verunsicherung der Wirtschaft bleiben jedoch hoch.
- ▶ Das Produzierende Gewerbe hat seine Erzeugung im Mai kräftig ausgeweitet. Bei den industriellen Auftragsengängen gibt es Entspannung, aber noch keine Entwarnung. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.
- ▶ Die Einkommen steigen und die Konsumnachfrage der privaten Haushalte bleibt rege. Auch der Handel zeigt sich weiter zuversichtlich.
- ▶ Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft lässt die Erwerbstätigkeit weiter zunehmen. Die Beschäftigung in strukturschwachen Gebieten und die Langzeitarbeitslosigkeit bleiben gleichzeitig Herausforderungen.

Die deutsche Konjunktur hat sich im Mai beschleunigt.<sup>1</sup> Bis dahin hat die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr nur vergleichsweise verhalten zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im ersten Quartal vor dem Hintergrund einer geringen Dynamik von wichtigen deutschen Absatzmärkten und aufgrund vorübergehender nationaler Sondereffekte lediglich um 0,3%. Auch im April konnte die Industrieproduktion noch nicht Tritt fassen. Erst im Mai kam es zur erwarteten Belebung. Vielleicht brauchte die Wirtschaft diese Zeit, um die neue außen- und handelspolitische Tonlage einzuschätzen und ihre erste, abwartende Reaktion zu überwinden. Trotz dieser Störungen ist die deutsche Wirtschaft unverändert in guter Verfassung. Die Baukonjunktur ist ausgezeichnet und in den Dienstleistungsbereichen werden weiterhin Arbeitskräfte gesucht und eingestellt. Insgesamt deuten die aktuellen Konjunkturindikatoren darauf hin, dass die deutsche Wirtschaftsleistung nunmehr wieder etwas stärker zunimmt als im Vorquartal. Abgesehen von dem Damoklesschwert der internationalen Handelspolitik sind die Perspektiven daher durchaus positiv. Diese Gemengelage spiegelt auch das weiterhin positive ifo Geschäftsklima für die Gesamtwirtschaft wider: Hier ste-

hen geerdete Erwartungen weiterhin hervorragend guten Lagebeurteilungen gegenüber.

Der Aufschwung der Weltwirtschaft verlor im ersten Quartal vorübergehend etwas an Schwung. Hierauf weisen Indikatoren für den globalen Handel und die Industrieproduktion hin. Bei unterschiedlicher Entwicklung in den Schwellenländern beruht die verlangsamte Dynamik der globalen Wirtschaft vor allem auf einem geringeren Wachstum in den entwickelten Volkswirtschaften. Während der IHS Markit Global Composite PMI seit April wieder anstieg, verschlechterte sich der ifo Index zum Weltwirtschaftsklima für das zweite Quartal 2018. Auch der OECD Composite Leading Indicator für die OECD-Staaten, der insbesondere Wendepunkte anzeigen soll, setzte im Mai seinen seit Ende letzten Jahres anhaltenden Abwärtstrend fort. Während er für den Euroraum, unter anderem auch für Deutschland, ein geringeres konjunkturelles Momentum signalisiert, zeichnet sich für die USA eine Stärkung ab. Die OECD rechnet in ihrer jüngsten Prognose mit einem Anstieg des Welt-BIP um 3,8% im Jahr 2018 und um 3,9% im Jahr 2019.

Die deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen haben zu Jahresbeginn unter dem weniger dynamischen außenwirtschaftlichen Umfeld gelitten. Im April und Mai haben sie aber wieder zugenommen. Sie stiegen im Mai saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,4% nach 0,8% im April. Allerdings zogen auch die Ausfuhrpreise an. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im Juni im Zuge der aktuellen Zolldebatte den siebten Monat in Folge gefallen. Die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen nahmen im Mai mit einem saisonbereinigten Plus von 0,8% weniger stark zu. Sie dürften jedoch angesichts der steigenden Binnennachfrage auch im weiteren Jahresverlauf aufwärtsgerichtet bleiben.

Nach einer unsteten und schwachen Industrieproduktion in den letzten Monaten kam es im Mai zu kräftigen Produktionssteigerungen. Die Erzeugung in der Industrie nahm um 2,7% zu. Allerdings wurde dies durch die Konstellation von Feier- und Brückentagen etwas unterstützt. Aber auch im Zweimonatsvergleich April/Mai gegenüber Februar/März stieg die Industrieproduktion um 0,5% an. Die Produktion im Baugewerbe wurde mit +3,1% im Mai abermals erheblich ausgeweitet. Auch bei den Auftragsengängen im Verarbeitenden Gewerbe konnte die viermonatige Negativserie durch ein kräftiges Plus von 2,6% im Mai gestoppt werden.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Juli 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter und kalender- und saisonbereinigter Daten.

Dabei war der Anteil an Großaufträgen sogar unterdurchschnittlich. Im Zweimonatsvergleich ergab sich gleichwohl noch ein Auftragsminus von 0,8 %. Während sich die Bestelltätigkeit aus dem Nicht-Euroraum im gleichen Zeitraum um 3,6 % erhöhte, gingen die Bestellungen aus dem Inland um 1,5 % und vor allem die aus dem Euroraum um 6,0 % zurück. Nach wie vor verfügt das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland aber über ein sehr gutes Auftragspolster; im April lag die Reichweite bei 5,6 Monaten. Das Geschäftsklima des Verarbeitenden Gewerbes hat sich laut ifo Konjunkturtest etwas eingetrübt, liegt aber weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt. Die Industriekonjunktur dürfte daher in den kommenden Monaten moderat aufwärtsgerichtet bleiben. Die Risiken insbesondere durch eine mögliche Eskalation der Handelskonflikte bleiben aber gegenwärtig.

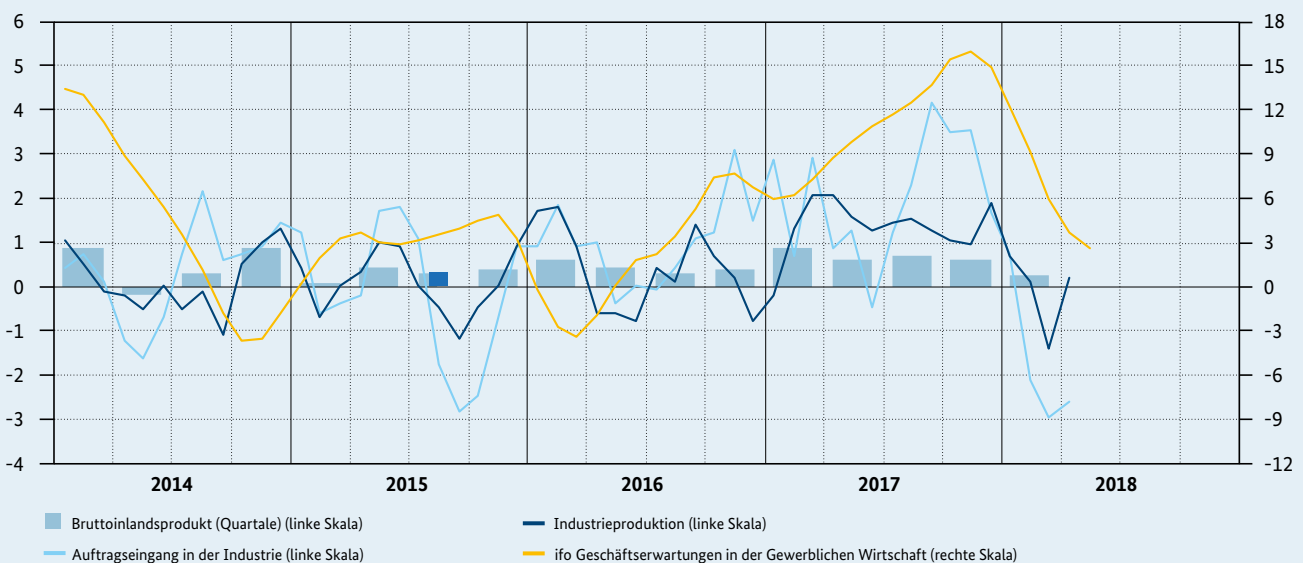
Die privaten Konsumausgaben expandierten nach einer kleinen Durststrecke im ersten Quartal 2018 mit einem Wachstum von 0,4 % wieder stärker. Die Nettolöhne und -gehälter stiegen saisonbereinigt um 1,7 % und damit so stark wie seit drei Jahren nicht mehr. Auch am aktuellen Rand setzt sich das Lohnwachstum fort, im Juni lagen die Tariflöhne 2,4 % über ihrem Vorjahreswert. Zusammen mit der anhaltend guten Beschäftigungsentwicklung dürften die privaten Konsumausgaben daher auch im zweiten

Quartal ein Konjunkturtreiber bleiben. Weitere Indikatoren für den privaten Konsum senden allerdings lediglich gemischte Signale. Die Umsätze im Einzelhandel gingen im Mai um 1,6 % zurück. Die Zahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen, insbesondere bei den privaten Haltergruppen, war deutlich höher als vor einem Jahr. Während sich das ifo Geschäftsklima für den Handel im Juni wieder etwas eingetrübt hat, stabilisierte sich das Konsumklima im Juli auf hohem Niveau.

Die insgesamt positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt halten an. Die Frühindikatoren signalisieren eine starke Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften. Im Mai nahm die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 37.000 Personen zu; auf Jahressicht lag der Beschäftigungszuwachs weiter bei 1,3 %. Im April war der Anstieg bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, nach den dämpfenden Sonderfaktoren im Vormonat, wie erwartet wieder kräftiger (+60.000 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen sank im Juni saisonbereinigt etwas stärker als in den beiden Vormonaten um 15.000 Personen und lag nach den Ursprungszahlen unter der Marke von 2,3 Mio. Personen. Die schrittweise Verringerung der Arbeitslosigkeit dürfte sich fortsetzen. Die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Stärkung der Beschäftigung in strukturschwachen Gebieten bleiben langfristig Herausforderungen.

### Konjunktur auf einen Blick\*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



\* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

# Im Dialog mit der Wirtschaft: Bundesregierung erleichtert Ausfuhrgeschäfte nach Afrika und verbessert Rahmenbedingungen für KMU

In Zeiten des wirtschaftlichen und politischen Wandels sind die Garantieinstrumente der Bundesrepublik Deutschland eine verlässliche Konstante in der Außenwirtschaftspolitik. Sie schützen Exporteure und Investoren vor finanziellen Risiken und bilden die Basis für ein erfolgreiches Auslandsgeschäft. Auf der Veranstaltung „Im Dialog mit der Wirtschaft – Exportkredit- und Investitionsgarantien der Bundesrepublik Deutschland“ am 7. Juni 2018 diskutierten Exporteure, Finanzdienstleister und Verbandsvertreter mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie über die Weiterentwicklung der Garantieinstrumente.



Als Exportnation ist Deutschland auf offene Märkte und einen freien, regelbasierten Warenhandel angewiesen. Die drohende Abkehr vom Multilateralismus sowie zunehmende nationalistische und protektionistische Tendenzen auf wichtigen Export- und Investitionsmärkten stellen für deutsche Unternehmen und die Exportnation Deutschland eine wachsende Herausforderung dar. In einem solch schwierigen Umfeld sind die Garantieinstrumente des Bundes von zentraler Bedeutung (s. Informationskästen). Deren Weiterentwicklung wurde im Koalitionsvertrag explizit festgeschrieben. Vor allem mit Blick auf Afrika sollen Investitionen und Exporte erleichtert werden.

## Hohes Tempo bei der Weiterentwicklung der Garantieinstrumente

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung ihr Garantieinstrumentarium an entscheidenden Stellen weiterentwickelt. Unter anderem wurden die Einbeziehung ausländischer Zulieferungen in die Exportkreditgarantien deutlich ausgeweitet, die Ausfuhr-Pauschalgewährleistung – ein zentrales Absicherungsinstrument im Sammeldeckungs-bereich<sup>1</sup> – reformiert, die Pfandbriefdeckung eingeführt und die Deckungspolitik für rund ein Dutzend Staaten Subsahara-Afrikas erweitert.

1 Mit der Sammeldeckung können Exportgeschäfte mit einer Vielzahl von ausländischen Kunden zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (max. 12 Monate Kreditlaufzeit) in einem pauschalierten Verfahren abgesichert werden. Die Sammeldeckung ist vor allem ein Deckungsprodukt für deutsche Handelsunternehmen.

## Exportkreditgarantien des Bundes

### ► Was sind Exportkreditgarantien?

Exportkreditgarantien sind ein zentrales Instrument der Außenwirtschaftsförderung der Bundesrepublik Deutschland. Sie schützen Exporteure und Banken vor wirtschaftlich und politisch bedingten Forderungsausfällen.

### ► Wie funktionieren Exportkreditgarantien?

Durch die Übernahme einer Exportkreditgarantie wird das Risiko eines Zahlungsausfalls zu einem Großteil vom Exporteur/der Bank auf den Bund übertragen. Hierfür zahlen die Deckungsnehmer eine risikoadäquate Prämie. Im Falle eines Schadens entschädigt der Bund den Deckungsnehmer in Höhe der gedeckten Forderungen.

### ► Wer kann eine Exportkreditgarantie beantragen?

Exportkreditgarantien stehen grundsätzlich allen deutschen Exportunternehmen zur Verfügung – unabhängig von der Größe des Unternehmens oder des Geschäfts.

### ► Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Maßgeblich für die Übernahme einer Exportkreditgarantie sind die Förderungswürdigkeit und risikomäßige Vertretbarkeit des Ausfuhrgeschäfts. Als besonders förderungswürdig gelten Geschäfte aus dem Bereich KMU.

### ► Wo können Exportkreditgarantien beantragt werden?

Exportkreditgarantien werden im Auftrag der Bundesregierung von der Euler Hermes AG als Mandatar des Bundes bearbeitet. Ihre Fragen und Anträge können Sie richten an:

Euler Hermes AG  
Postfach 50 03 99  
22703 Hamburg  
Telefon: 040/88 34 - 90 00  
Fax: 040/88 34 - 91 41  
E-Mail: [info@exportkreditgarantien.de](mailto:info@exportkreditgarantien.de)  
[www.agaportal.de](http://www.agaportal.de)

## Investitionsgarantien des Bundes

### ► Was sind Investitionsgarantien?

Investitionsgarantien sind ein bewährtes Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Sie schützen deutsche Direktinvestitionen im Ausland gegen politische Risiken (u. a. Krieg, Enteignung, Konvertierungs- und Transferrisiken).

### ► Wie funktionieren Investitionsgarantien?

Gegenstand der Garantie ist vorrangig das eingesetzte Kapital. Zusätzlich können auch fällige Erträge z. B. in Form von Dividenden oder Zinsen in die Garantie einbezogen werden. Hierfür zahlen die Garantiennehmer eine Antragsgebühr und ein jährliches Entgelt. Im Schadensfall umfasst die Investitionsgarantie Verluste an der Kapitalanlage oder deren Erträgen, soweit die Verluste durch politische Maßnahmen oder Ereignisse in dem Anlageland verursacht worden sind.

### ► Welche Arten von Investitionen sind deckungsfähig?

Grundsätzlich sind alle Formen einer Direktinvestition für eine Investitionsgarantie geeignet. Zumeist werden Beteiligungen an ausländischen Unternehmen und beteiligungsähnliche Darlehen abgesichert.

### ► Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Für eine Garantieübernahme sind ein ausreichender Rechtsschutz im Anlageland und die Förderungswürdigkeit des Projekts erforderlich.

### ► Wo können Investitionsgarantien beantragt werden?

Investitionsgarantien werden im Auftrag der Bundesregierung von der PwC GmbH WPG als Mandatar des Bundes bearbeitet. Ihre Fragen und Anträge können Sie richten an:

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Postfach 30 17 50  
20306 Hamburg  
Telefon: 040/63 78 - 20 66  
E-Mail: [investitionsgarantien@de.pwc.com](mailto:investitionsgarantien@de.pwc.com)  
[www.investitionsgarantien.de](http://www.investitionsgarantien.de)

Auf der Dialogveranstaltung am 7. Juni stellte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Thomas Bareiß, nun weitere Maßnahmen vor.

## Handel mit Afrika erleichtert

Um Ausfuhrgeschäfte nach Afrika zu erleichtern, hat die Bundesregierung mit sofortiger Wirkung den beim Exporteur verbleibenden Selbstbehalt für Geschäfte mit öffentlichen Bestellern in bestimmten Ländern Afrikas von zehn auf den Regelsatz von fünf Prozent gesenkt. Dies gilt vorerst für Geschäfte mit dem öffentlichen Sektor in Côte d'Ivoire und dem Senegal sowie unter bestimmten Voraussetzungen für Äthiopien, Ghana und Ruanda. Mit der nun getroffenen Entscheidung, so Staatssekretär Bareiß, trage die Bundesregierung den positiven Entwicklungen in diesen Ländern Rechnung. Sofern es die Entwicklung zulässt, soll diese Regelung auf weitere Staaten Subsahara-Afrikas ausgeweitet werden.

Mit der Reduzierung des Selbstbezalts bei Exportgeschäften ist die Bundesregierung einer zentralen Forderung der Exportwirtschaft nachgekommen, die den Zehn-Prozent-Anteil häufig als eine zu hohe Hürde für das Afrika-Geschäft kritisiert hatte. Bei Investitions Garantien, mit denen deutsche Unternehmen ihre Investitionen in Afrika gegen politische Risiken absichern können, beträgt der Selbstbehalt in der Regel bereits fünf Prozent.

## Maßnahmen zur KMU-Förderung

Im Koalitionsvertrag haben sich die Parteien zudem darauf verständigt, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu verbessern. Insbesondere soll die Exportfinanzierung für kleinere Transaktionen (Small Tickets) erleichtert werden.

Deren Finanzierung durch Banken ist aufgrund zunehmender Prüf- und Dokumentationspflichten sowie neuer regulatorischer Anforderungen in den vergangenen Jahren aufwändiger geworden. Die Exportwirtschaft und insbesondere KMU, die im Außenhandel tätig sind, stehen hier vor zunehmenden Herausforderungen. Der Bund kann die Finanzierung nicht selbst übernehmen, aber durch ein passgenaues Angebot an Exportkreditgarantien die Finanzierungskosten insgesamt senken. Deshalb hat das BMWi federführend ein volldigitales Produkt für Exporteure geschaffen, das die staatliche Absicherung radikal vereinfacht und beschleunigt. Die so genannte „Hermesdeckung click&cover EXPORT“ lässt sich online beantragen und verschafft den Exporteuren sofortige Transparenz über die anfallende Prämie. Dadurch erhöhen sich die Chancen, dass sie die gewünschte Finanzierung für ihre Geschäfte bis fünf Millionen Euro Auftragswert von ihrer Bank erhalten (siehe Infokasten). Damit stärkt die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit deutscher KMU im internationalen Wettbewerb.



## Hermesdeckungen click&cover EXPORT: Die digitale Lieferantenkreditdeckung auf einen Blick

### Was kann abgesichert werden?

Forderungen aus einzelnen Lieferungen und Leistungen.

### Welche Forderungen sind abgesichert?

Forderungen, die innerhalb von sechs Monaten nicht bezahlt wurden.

### Bis zu welchem Auftragswert können Ausführungsgeschäfte abgesichert werden?

Maximal 5 Mio. Euro Auftragswert.

### Bis zu welcher Kreditlaufzeit können Geschäfte abgesichert werden?

Maximal fünf Jahre Kreditlaufzeit.

### Wie hoch darf der Anteil ausländischer Zulieferungen sein?

Maximal 49 Prozent ausländische Zulieferungen.

### Welcher Anteil an örtlichen Kosten kann abgesichert werden?

Bis zu 11,5 Prozent des Gesamtauftragswertes.

### Wie hoch sind Antragsgebühr und Entgelt?

Eine Antragsgebühr wird bis auf weiteres nicht erhoben. Die Höhe des Entgelts hängt u. a. vom Länder- und Käuferisiko ab. Eine Indikation über die Entgelthöhe – als All-in-Prämie – erhält der Exporteur unmittelbar beim Ausfüllen des Online-Antragsformulars.

## Digitalisierung verändert Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

Die digitale Transformation der Wirtschaft zog sich bei der Veranstaltung am 7. Juni wie ein roter Faden durch alle Diskussionen: Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten aktuelle digitale Entwicklungen in der Außenwirtschaft und die daraus resultierenden Herausforderungen an die Garantieinstrumente der Außenwirtschaftsförderung der Bundesrepublik Deutschland. Vernetzte Produktion, Smart Factory und Predictive Maintenance – die digitale Transformation verändert die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen grundlegend.

In seinem Impulsvortrag wies Dr. Marcus Chromik, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG, darauf hin, wie tiefgreifend die Digitalisierung die Wertschöpfung verändert. An die Stelle von physischen Produkten treten immer mehr Daten. Auch neue Technologien wie Blockchain, Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz und Big Data heben den Export und dessen Finanzierung auf eine neue Ebene.

## Förderungswürdigkeit neu denken

In diesem Zusammenhang erörterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, inwieweit die aktuellen Anforderungen an die Förderungswürdigkeit in eine Zeit passen, in der Software verstärkt an die Stelle von Hardware tritt. Eine wesentliche Voraussetzung für die Übernahme einer Exportkreditgarantie ist, dass eine Lieferung als förderungswürdiger Export eingestuft wird und das Gut die deutsche Grenze passiert. Wie sinnvoll ist eine solche Definition noch und muss sich etwas ändern, wenn künftig z. B. vermehrt Datensätze gehandelt werden? Diese Fragen werden künftig sowohl den Bund als auch die Exportwirtschaft weiter beschäftigen.

## Zukunftswerkstatt legt Fokus auf Kundenbedürfnisse

Neben der Schaffung neuer Geschäftsmodelle bedeutet Digitalisierung aber auch, bestehende Prozesse, Produkte und Serviceleistungen zu vereinfachen. Wie das mit Blick auf die Exportkreditgarantien geschehen kann, wurde u. a. in einer Zukunftswerkstatt diskutiert. Klarer Fokus auf den Kunden, geringe Komplexität und einfache Prozesse – was sich so leicht anhört, bedarf großer Veränderungen. Darin waren sich alle Beteiligten einig. Chancen böten z. B. Plattformen, die helfen, alle Beteiligten besser zu vernetzen und so Prozesse zu vereinfachen.

## Workshop Speeddating: Themenvielfalt im Kurzüberblick

In einem besonderen Gesprächsformat hatten die Teilnehmer der Dialogveranstaltung zudem die Möglichkeit, mehrere exportrelevante Themen in kurzer Abfolge (Speeddating) zu erörtern. Hierfür standen Ansprechpartner des BMWi rund um die Themenbereiche Digitale Neuerungen, Exportkontrolle, Nachhaltigkeit und Menschenrechte sowie zu wirtschaftlich und politisch bedingten Schadensfällen zur Verfügung. Im Bereich der Exportkontrolle zum Bei-



spiel zeigte sich, dass vor allem Ausfuhren in Länder mit Sanktionsbezug die Unternehmen vor besondere Herausforderungen stellen. Zoll und Banken legten nach den geschilderten Unternehmenserfahrungen oftmals ein besonderes Augenmerk auf diese Zielländer. Fragen zu den Instrumenten der Exportkontrolle, der Verknüpfung des Zolls mit den Genehmigungsbehörden sowie zu den Prüf- und Compliance-Anforderungen bei Unternehmen und Banken standen im Vordergrund der Diskussionen.

Der Workshop „Hermes Cover – An Importer’s View“ bot einen interessanten Perspektivwechsel und beleuchtete das Thema der staatlichen Exportkreditgarantien aus Sicht eines ausländischen Bestellers. Als durchweg positiv und nützlich wurde der 2017 ins Leben gerufene „Hermesdesk“ in Dubai beurteilt. Die Präsenz vor Ort helfe enorm beim Wissenstransfer zum Thema Hermesabsicherung, bei der (Vor-)Strukturierung von Projekten und nicht zuletzt bei der Begleitung von Transaktionen.

### Investitions Garantien: Trend zur Lokalisierung hat Auswirkungen auf Investitionsstandort

Sicherheit und verlässliche politische und rechtliche Rahmenbedingungen sind das Fundament nahezu jeder Investitionsentscheidung.

Bei der Dialogveranstaltung wurde über die Herausforderungen, denen sich die deutschen Unternehmen im Zusammenhang mit Investitionen in schwierigen Ländern stellen müssen, intensiv diskutiert. Der Fokus lag dabei zunächst auf der Erörterung aktueller Trends zu Lokalisierungsanforderungen in China und Russland. Hierbei wurde deutlich, dass klassische Gründe wie die Vermeidung von Importzöl-



len, aber auch länderspezifische Gründe wie etwa Voraussetzungen für die Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen in Russland oder die technologische Entwicklung in China eine besondere Rolle bei der Standortfrage spielen. Im Anschluss wurde auch über Erfahrungen von KMUs bei ihren Investitionen im Iran gesprochen. Es zeigte sich, dass sich das Umfeld in der Wahrnehmung von Länderexperten und Unternehmensvertretern zunehmend schwieriger gestaltet. Insbesondere die Entwicklungen hinsichtlich der US-Sanktionen in Russland und dem Iran stellen Unternehmen vor große Schwierigkeiten. Unternehmensvertreter erläuterten, dass sie im Rahmen des Risikomanagements für ihre Direktinvestitionen auch zukünftig auf Investitionsgarantien des Bundes zum Schutz gegen politische Risiken zurückgreifen wollen. Dabei wurde der Geleitschutz des Bundes, d.h. die politische und diplomatische Flankierung zur Vermeidung von Schäden, in den Vordergrund gestellt.

Eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte und eine Fotogalerie zur Dialogveranstaltung vom 7. Juni 2018 finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter [www.bmwi.de/exportdialog2018](http://www.bmwi.de/exportdialog2018). Weiterführende Informationen zu den staatlichen Exportkredit- und Investitions Garantien erhalten Sie unter [www.agaportal.de](http://www.agaportal.de) und [www.investitions garantien.de](http://www.investitions garantien.de).

Kontakte: Dr. Christoph Herfarth  
Referat: Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung und  
Tobias Pierlings  
Referat: Auslandsinvestitionen, Pariser Club,  
Entwicklungsbanken

# Eine Governance für die Energieunion

Im Juni wurde eine Einigung zwischen den 28 EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kommission sowie dem EU-Parlament zur neuen EU-Verordnung über das Governance-System der Energieunion erzielt. Die Verordnung ist ein bedeutender Meilenstein, um mehr Konvergenz und Abstimmung zu erreichen: bei den Energie- und Klimapolitiken der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie bei den EU-Zielen für 2030 zur Minderung von Treibhausgasen, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz.



## Was ist die Energieunion?

Die sog. „Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie“ – kurz Energieunion – ist die zentrale Strategie für Energie- und Klimapolitik in der Europäischen Union bis 2030. Die Energieunion wurde durch Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2014 und durch Mitteilung der EU-Kommission vom 25. Februar 2015 ins Leben gerufen. Die Zielsetzung der Energieunion wird in der Mitteilung wie folgt beschrieben:

---

„Ziel einer krisenfesten, auf einer ehrgeizigen Klimapolitik basierenden Energieunion ist die Versorgung der Verbraucher in der EU – d. h. der Privathaushalte und Unternehmen – mit sicherer, nachhaltiger, auf Wettbewerbsbasis erzeugter und erschwinglicher Energie. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert eine grundlegende Umstellung des europäischen Energiesystems.“

---

Die Energieunion baut auf fünf Dimensionen auf: Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Energieeffizienz, Versorgungssicherheit, Energiebinnenmarkt sowie Forschung/Innovation/Wettbewerbsfähigkeit. Dabei verfolgt sie drei konkrete Ziele für 2030: den Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

## Wozu braucht die Energieunion ein Governance-System?

Das Governance-System der Energieunion schafft einerseits einen europäischen Rahmen, mit dem die fünf Dimensionen der Energieunion – einschließlich der EU-2030 Energie- und Klimaziele – umgesetzt werden sollen. Zum anderen ist es Ziel, mehr Konvergenz bei den nationalen Energie- und Klimapolitiken der Mitgliedstaaten und eine bessere Abstimmung unter den Mitgliedstaaten zu erreichen. Das System wird durch die „Verordnung über das Governance-System der Energieunion“ – kurz Governance-Verordnung – etab-



liert und ist Bestandteil des Gesetzespaketes „Saubere Energie für alle Europäer“, das am 30. November 2016 von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde.

Neben der Governance-Verordnung enthält das Gesetzespaket weitere wichtige Regelungen:

- ▶ Neufassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Förderung von erneuerbaren Energien
- ▶ Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Fortführung und Verbesserung der Bestrebungen für mehr Energieeffizienz
- ▶ Weiterentwicklung der Gebäuderichtlinie
- ▶ Vorschläge für ein neues europäisches Strommarktdesign (bestehend aus Strommarktrichtlinie, Strommarktverordnung, Verordnung über die Agentur für Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden sowie einer Risikovorsorge-Verordnung)

Die Governance-Verordnung ist das verbindende Element des Gesetzespaketes; diese Verordnung sowie die Erneuerbare-Energien-Richtlinie und die Energieeffizienz-Richtlinie greifen eng ineinander. Letztere legen EU-2030-Ziele jeweils in ihren Bereichen fest. So sollen erneuerbare Energien im Jahr 2030 einen Anteil von 32 Prozent am Endenergieverbrauch ausmachen. Ferner soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion des Primärenergieverbrauchs in Höhe von 32,5 Prozent – im Vergleich zu einer Referenzentwicklung ohne zusätzliche Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz – erreicht werden.

Die Governance-Verordnung wird als „horizontaler“ Rechtsakt sicherstellen, dass diese Ziele auch tatsächlich gemeinsam von allen Mitgliedstaaten erreicht werden. Das ist deshalb besonders wichtig, da Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz nur noch auf EU-Ebene vorgesehen sind. Verbindliche nationale Ziele, wie sie im Bereich erneuerbarer Energien noch bis 2020 festgelegt sind, fehlen im neuen Energie- und Klimarahmen für 2030. Daher sind die Mitgliedstaaten grundsätzlich frei darin, welche Zielbeiträge sie im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz leisten. In der Folge stellt sich jedoch die Frage, wie die EU-Ziele verlässlich erreicht und die Lasten zwischen den Mitgliedstaaten gerecht verteilt werden können. Die Antwort auf diese Fragen ist ein Kernelement der Governance-Verordnung (siehe dazu unten zum „Gapfiller-Mechanismus“).

Anders im Klimabereich. Hier gibt die Lastenteilungsverordnung jedem Mitgliedstaat in den Sektoren außerhalb des Europäischen Emissionshandels (vor allem Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft) konkrete Minderungsziele als „Beiträge“ zum EU 2030 Klimaziel auf. Die Mitgliedstaaten müssen angeben, durch welche Maßnahmen sie diese erreichen wollen.

Die Verordnung wurde nunmehr am 29. Juni 2018 im Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) durch die 28 EU-Mitgliedstaaten formal angenommen.

## Wie wird das Governance-System der Energieunion etabliert?

Mit der Governance-Verordnung wird ein neuartiges Planungs- und Monitoringinstrument eingeführt. Jeder EU-Mitgliedstaat muss für das nächste Jahrzehnt (2021–2030) einen integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan (National Energy and Climate Plan – NECP) vorlegen. In ihren NECPs müssen die Mitgliedstaaten nationale energie- und klimapolitische Ziele, Strategien und Maßnahmen beschreiben und nationale Zielbeiträge zu den EU-2030-Zielen formulieren. Ein erster NECP-Entwurf muss bis zum 31. Dezember 2018, ein finaler NECP bis zum 31. Dezember 2019 an die EU-Kommission übermittelt werden. Dabei sollen die NECPs alle fünf Dimensionen der Energieunion beschreiben und sowohl national als auch mit EU-Nachbarstaaten konsultiert und abgestimmt sein. Mögliche Kooperationsprojekte sollen darin bereits identifiziert werden. Damit werden zum ersten Mal die nationalen Energie- und Klimapolitiken der EU-Mitgliedstaaten untereinander koordiniert und vergleichbar gemacht. Die Vergleichbarkeit wird durch genaue Vorgaben der Governance-Verordnung zum Inhalt und zur Struktur des Plans gewährleistet; an diese Vorgaben muss sich jeder Mitgliedstaat halten. Die EU-Kommission kann vor Fertigstellung der finalen NECPs Ende 2019 länderspezifische Empfehlungen aussprechen, die die Mitgliedstaaten bei der Finalisierung ihrer NECPs berücksichtigen sollen (siehe auch unten zum sog. „Gapfiller-Mechanismus“). Abweichungen sind möglich, sofern die Mitgliedstaaten dies ausreichend begründen. In Darstellung 1 ist dargelegt, wie der NECP-Prozess entlang der fünf Dimensionen der Energieunion aufgebaut ist.

Ab 2023 sollen die Mitgliedstaaten alle zwei Jahre NECP-Fortschrittsberichte an die EU-Kommission übermitteln. Sie können ihre NECPs einmalig überarbeiten und diese überarbeiteten Pläne zum Jahresende 2024 vorlegen. Dabei

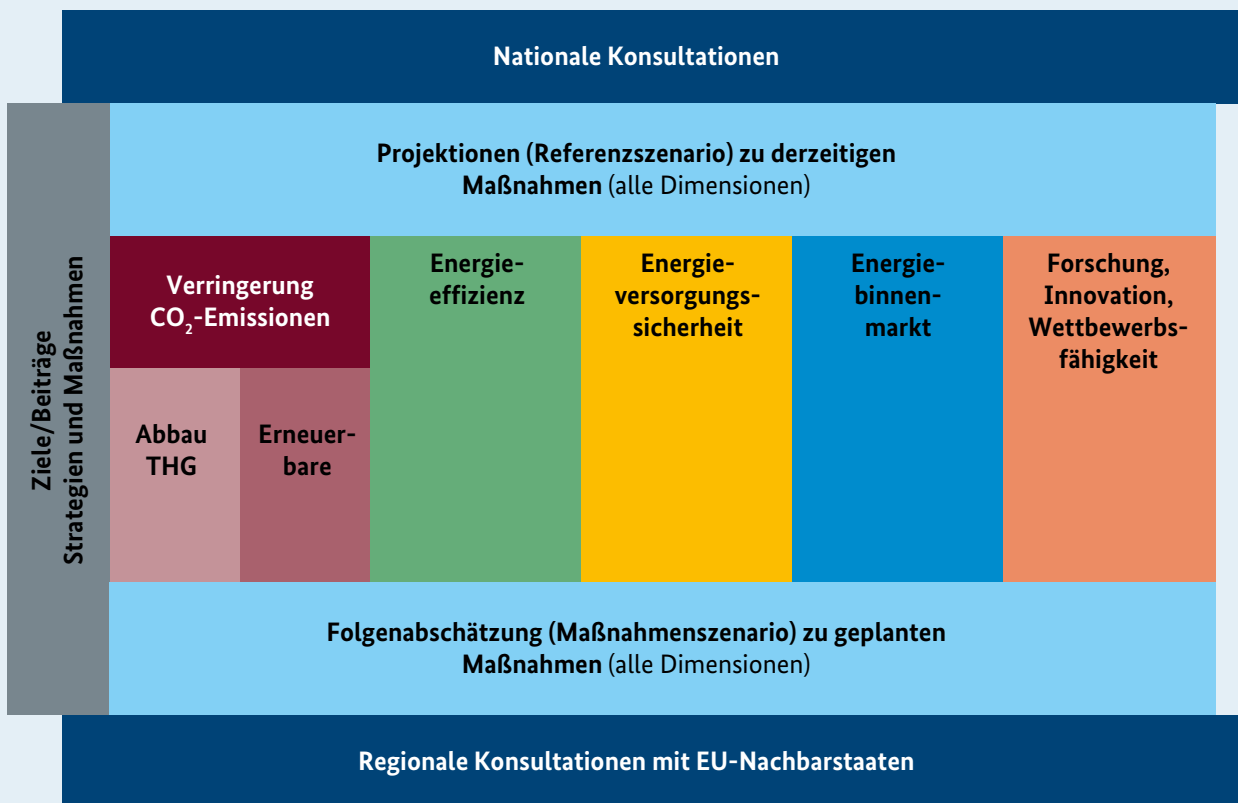
dürfen die Mitgliedstaaten die Ambitionsniveaus ihrer zentralen Energie- und Klimaziele für 2030 nicht nach unten korrigieren. Dies ist deshalb wichtig, um Investoren und Marktakteuren Planungssicherheit zu geben.

Die Governance-Verordnung enthält – auch auf Bestreben der Bundesregierung – klare Regeln, die greifen, wenn eine Lücke zu den EU-2030-Zielen entsteht (sog. „Gapfiller“-Mechanismus). Sollten die geplanten Zielbeiträge der Mitgliedstaaten in den Entwürfen der Nationalen Energie- und Klimapläne Ende 2018 nicht ausreichen, um das gemeinsame Erneuerbaren-Ziel zu erreichen (sog. „Ambitionslücke“), wird anhand einer Formel ermittelt, welcher Zielbeitrag von jedem Mitgliedstaat erwartet werden kann. Auf dieser Basis kann die EU-Kommission dann ihre Empfehlungen aussprechen und die Mitgliedstaaten so zu höheren Beiträgen motivieren. Aus den jeweiligen geplanten Zielbeiträgen der Mitgliedstaaten ergeben sich zudem nationale Referenzpunkte für den Zielerreichungspfad von 2021 bis 2030. Wenn das regelmäßige Monitoring der NECP und NECP-Fortschrittsberichte durch die EU-Kommission ergibt, dass die EU-Mitgliedstaaten insgesamt nicht auf Zielkurs

sind (sog. „Fortschrittlücke“), müssen diejenigen Mitgliedstaaten zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die unterhalb ihrer Referenzpunkte liegen. Sie können dazu entweder nationale Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien ergreifen oder in einen EU-Finanzierungsmechanismus einzahlen, mittels dessen dann EU-weite Ausschreibungen für erneuerbare Energien finanziert werden. Diese Struktur war eine der Kernforderungen der Bundesregierung, um sicherzustellen, dass die EU-Ziele verlässlich erreicht werden und ambitionierte Staaten wie Deutschland im Fall einer Zielerreichungslücke nicht „zweimal zahlen“.

Im Bereich Energieeffizienz gibt es ebenfalls einen Gapfiller-Mechanismus, der greift, wenn eine Lücke zum EU-Ziel entsteht. Auch hier ist es der Kommission möglich, denjenigen Mitgliedstaaten Empfehlungen zu erteilen, die im Vergleich zu den anderen zu geringe Anstrengungen unternommen haben. Hier liegt der Fokus aber nicht auf zusätzlichen nationalen Maßnahmen wie bei den erneuerbaren Energien, sondern auf einer Verschärfung von Effizienzmaßnahmen auf EU-Ebene.

**Darstellung 1: Aufbau des NECP entlang der 5 Dimensionen der Energieunion:**



Neben den Nationalen Energie- und Klimaplänen und den Gapfiller-Mechanismen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sieht die Verordnung vor, dass sowohl Mitgliedstaaten als auch die EU-Kommission Langfriststrategien zur Minderung der Treibhausgasemissionen mit einem zeitlichen Horizont bis 2050 vorzulegen haben. Diese Verpflichtung ergibt sich bereits aus dem Übereinkommen von Paris und wird nunmehr in der Governance-Verordnung konkretisiert. Die Langfriststrategien sollen dazu beitragen, den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen nachzukommen und das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Wie zu den NECPs müssen auch zu den Langfriststrategien auf nationaler Ebene Konsultationen stattfinden, bevor sie an die Kommission übermittelt werden. Langfriststrategien und NECPs müssen ferner miteinander konsistent sein.

## Ausblick

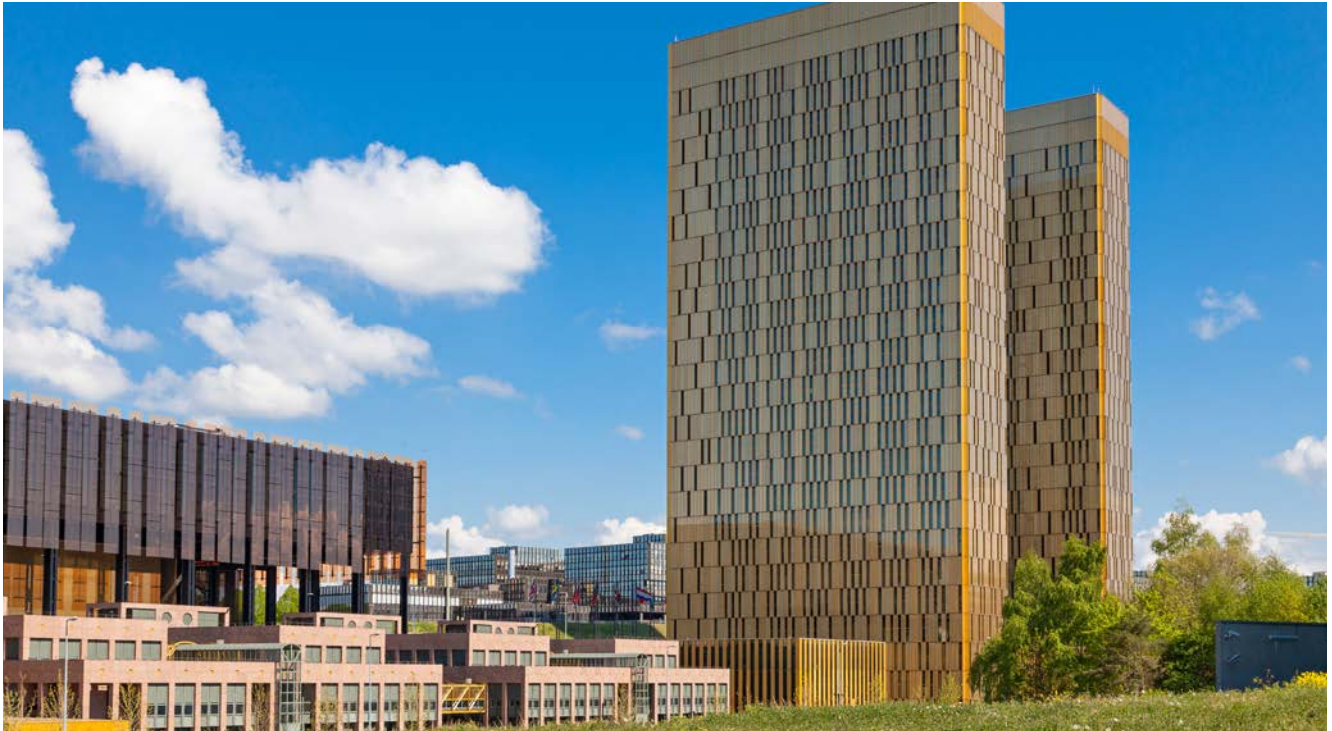
Die Verordnung über das Governance-System der Energieunion wird zur zentralen Referenz für die europäische und nationale Energie- und Klimapolitik in der nächsten Dekade. Durch das neue Governance-System wird ein kontinuierliches Monitoring der nationalen Energie- und Klimapolitiken auf EU-Ebene geschaffen und Korrekturmechanismen werden etabliert. Das Governance-System wird dazu beitragen, dass nationale Ziele, Strategien und Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten ausreichen, die EU-Ziele für 2030 gemeinschaftlich zu erfüllen. Zudem kann gegebenenfalls nachgesteuert werden. Insgesamt wird ein verlässlicher Rechtsrahmen geschaffen, der die Glaubwürdigkeit der nationalen und europäischen Anstrengungen stärkt, den Klimawandel im Rahmen des Pariser Abkommens zu bekämpfen, die europäischen Energiesysteme umzubauen und die Wirtschaft nachhaltig und CO<sub>2</sub>-arm zu gestalten.

Kontakt: Alina Gilitschenski, Simon Schwerdtfeger  
Referat: EU-Koordinierung Energiepolitik

# Das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

## Kommission und Mitgliedstaaten ringen um die Beachtung des Unionsrechts

**Verbraucherschutz, Besteuerung, Umwelt – das Unionsrecht durchdringt mittlerweile alle Bereiche des täglichen Lebens. Die Europäische Kommission stellt als Hüterin der Verträge sicher, dass die Mitgliedstaaten das Unionsrecht korrekt anwenden. Und auch die Mitgliedstaaten sind daran interessiert, dass alle sich an die Regeln halten. Als Durchsetzungsinstrument sehen die EU-Verträge das Vertragsverletzungsverfahren vor.**



Der vorliegende Artikel ist der zweite von drei Beiträgen zu den wichtigsten Verfahrensarten vor dem Gerichtshof der Europäischen Union. Nachdem es in der Juni-Ausgabe um die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Gerichtshofs sowie um das zahlenmäßig bedeutendste Verfahren – das Vorabentscheidungsverfahren – ging, befasst sich dieser Beitrag mit einem streitigen Verfahren, dem Vertragsverletzungsverfahren. Mit diesem Verfahren kann die Einhaltung des europäischen Rechts durch die Mitgliedstaaten überprüft und gerichtlich durchgesetzt werden.

Zahlenmäßig bewegen sich Vertragsverletzungsverfahren im unteren Bereich der Verfahren vor dem Gerichtshof: Im Jahr 2017 waren von 739 neuen Rechtssachen lediglich 44 Vertragsverletzungsklagen, was einem Anteil von etwa sechs Prozent entspricht. Dennoch ist das Vertragsverletzungsverfahren ein wichtiges Instrument, um eine korrekte Anwendung und Durchsetzung des Unionsrechts zu gewährleisten. In diesem Beitrag werden Bedeutung und Ablauf des Vertragsverletzungsverfahrens vorgestellt und die Beteiligung der Bundesregierung in der Praxis erläutert.

### I. Bedeutung des Vertragsverletzungsverfahrens

Die einheitliche Anwendung des Unionsrechts in allen Mitgliedstaaten ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren der Europäischen Union. Grundsätzlich sind die Mitgliedstaaten selbst für die Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung des Unionsrechts verantwortlich. Dazu stellen sie den Unionsbürgern nationale Rechtsbehelfe und Verfahren zur Verfügung, in denen die Vereinbarkeit nationaler Maßnahmen mit dem Unionsrecht überprüft werden kann. Daneben haben die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Verstöße der Mitgliedstaaten gegen das Unionsrecht in einem gerichtlichen Verfahren vor dem EuGH geltend zu machen. Dazu dient das in den Artikeln 258, 259 und 260 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geregelte Vertragsverletzungsverfahren.

In der Praxis lassen sich zwei Arten von Vertragsverletzungsverfahren unterscheiden: Die erste betrifft die Umsetzung

von EU-Richtlinien. Richtlinien sind Rechtsakte der EU, die nicht unmittelbar in den Mitgliedstaaten gelten, sondern von diesen innerhalb einer in der Richtlinie bestimmten Frist in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Wenn ein Mitgliedstaat nach Ablauf der Umsetzungsfrist die Richtlinie nicht oder nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt oder die Europäische Kommission nicht über die vollständige Umsetzung der Richtlinie informiert hat, kann die Europäische Kommission dies im Wege des Vertragsverletzungsverfahrens rügen. Hier drohen schneller als in den übrigen Verfahren finanzielle Sanktionen durch den EuGH.

Die andere Art von Verfahren betrifft sonstige Verstöße eines Mitgliedstaats gegen geltendes Unionsrecht. Infrage kommen etwa der Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot, z. B. in Form diskriminierender Besteuerungsregelungen, die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit etwa in Form von Berufszugangshindernissen, andere Eingriffe in die Grundfreiheiten, die fehlerhafte Umsetzung von Richtlinien oder auch Verstöße gegen Richtlinien und Verordnungen bei deren Anwendung.

## II. Ablauf des Vertragsverletzungsverfahrens

Das Vertragsverletzungsverfahren kann von der Europäischen Kommission und von den Mitgliedstaaten eingeleitet werden. Praktisch weitaus bedeutender ist der erste Fall, Vertragsverletzungsklagen zwischen den Mitgliedstaaten sind dagegen äußerst selten. Das Verfahren gliedert sich in zwei Phasen: das außergerichtliche Vorverfahren und das anschließende gerichtliche Verfahren vor dem EuGH.

### 1. Das Vorverfahren

Bevor eine Vertragsverletzungsklage vor dem EuGH erhoben werden kann, ist ein Vorverfahren durchzuführen. Ziel dieses kontradiktorischen Verfahrens ist es, unberechtigte Vorwürfe auszuräumen und gegebenenfalls bestehende Verstöße zu beseitigen. Denn allein die Tatsache, dass ein Vertragsverletzungsverfahren angestrengt wird, lässt noch nicht den Schluss zu, dass dieser Vorwurf auch wirklich begründet ist.

Leitet die Europäische Kommission ein Verfahren ein, wendet diese sich zunächst mit einem Mahnschreiben an den Mitgliedstaat. Mit diesem Schreiben wird der betroffene Mitgliedstaat über die Auffassung der Europäischen Kommission hinsichtlich eines Verstoßes in Kenntnis gesetzt

und aufgefordert, diesen abzustellen. Er erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wenn die Europäische Kommission weiterhin von einem Vertragsverstoß überzeugt ist, kann sie eine sog. begründete Stellungnahme abgeben und damit den nächsten Verfahrensschritt einleiten. Auch hier erhält der Mitgliedstaat eine i. d. R. zweimonatige Antwortfrist. Kommt der Mitgliedstaat der Aufforderung der Europäischen Kommission zur Beseitigung des Verstoßes nicht nach, ist der Klageweg zum EuGH eröffnet. In der Praxis ist es üblich, dass die Europäische Kommission und der Mitgliedstaat sich im Vorverfahren in einen Austausch begeben, in welchem die Vorwürfe und mögliche Lösungen diskutiert werden. Der Großteil der Vorwürfe kann auf diese Art ausgeräumt werden, ohne dass es zu einer Klageerhebung kommt.

Wenn ein Mitgliedstaat gegen einen anderen Mitgliedstaat vorgehen möchte, ist ebenfalls zunächst ein Vorverfahren durchzuführen. Die Europäische Kommission übernimmt dabei die Rolle einer Vermittlerin zwischen den Mitgliedstaaten. Der Mitgliedstaat stellt zunächst einen Antrag auf Verfahrenseinleitung bei der Europäischen Kommission. Diese gibt sodann beiden Mitgliedstaaten Gelegenheit zu einer schriftlichen und mündlichen Stellungnahme, bevor sie selbst eine abschließende gutachterliche Stellungnahme abgeben kann. Mit Ablauf von drei Monaten ab Antragstellung kann der Mitgliedstaat, der das Vorverfahren angestoßen hat, Klage vor dem EuGH erheben.

### 2. Das erste gerichtliche Verfahren vor dem EuGH

Mit der Klageerhebung wird das gerichtliche Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH in Gang gesetzt. Es umfasst in der Regel einen schriftlichen und einen mündlichen Verfahrensabschnitt. Nach der mündlichen Verhandlung ergehen die Schlussanträge des Generalanwalts und anschließend das Urteil des EuGH.

Das Klageverfahren vor dem EuGH dauert, abhängig von der Komplexität der vorgeworfenen Verstöße, durchschnittlich 20 Monate. Mit seinem Urteil stellt der EuGH fest, ob der Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus den Unionsverträgen verstoßen hat. Bei einem stattgebenden Urteil trifft den Mitgliedstaat im Anschluss die Pflicht, die sich aus dem Urteil ergebenden Maßnahmen zu ergreifen, um den Verstoß zu beseitigen. So müssen etwa Gesetze geändert werden, die mit dem Unionsrecht nicht in Einklang stehen, oder eine unionsrechtswidrige Verwaltungspraxis angepasst werden.

In den Fällen, in denen es zur Klageerhebung durch die Europäische Kommission kommt, ist diese häufig erfolgreich. So gab der EuGH im Jahr 2016 insgesamt in 27 Fällen den Klagen statt; nur vier Klagen wurden abgewiesen. 2017 gab der EuGH allen zwanzig Klagen statt. Deutschland wurde in den letzten fünf Jahren elf Mal vollumfänglich oder zum Teil verurteilt, in drei Fällen wurde die Klage abgewiesen.

Vertragsverletzungsverfahren der Mitgliedstaaten untereinander sind sehr selten. Ein Beispiel ist die Klage Belgiens gegen Spanien, in der Belgien die restriktiven spanischen Regelungen zur Herkunftsbezeichnung „Rioja“ für Rotwein rügte. In einem anderen Fall klagte Ungarn gegen die slowakische Republik wegen eines Einreiseverbots für den ungarischen Präsidenten. In beiden Fällen wies der EuGH die Klage ab. Ein aktuelles Beispiel ist die Klage Österreichs gegen die Bundesrepublik wegen der Einführung einer Infrastrukturabgabe für Pkw („PKW-Maut“).

### 3. Das zweite gerichtliche Verfahren vor dem EuGH und die Verhängung finanzieller Sanktionen

Wenn ein Mitgliedstaat seiner Pflicht aus dem Urteil nicht nachkommt, kann der EuGH finanzielle Sanktionen verhängen. Dies setzt grundsätzlich ein erneutes Gerichtsverfahren voraus: das Zwangsgeldverfahren nach Artikel 260 Absatz 2 AEUV. Die Europäische Kommission erhebt hierfür eine neue Vertragsverletzungsklage gegen den Mitgliedstaat und beantragt die Verhängung finanzieller Sanktionen.

Stellt der EuGH fest, dass der Mitgliedstaat das Urteil, in dem die Vertragsverletzung festgestellt wurde, nicht umgesetzt hat, kann er finanzielle Sanktionen verhängen. In Betracht kommen ein Zwangsgeld und/oder ein Pauschalbetrag. Der Pauschalbetrag ist ein einmalig aufgrund einer festgestellten Vertragsverletzung zu zahlender Geldbetrag und stellt eine Sanktionierung der Rechtsverletzung für die Zeit bis zum Urteil dar. Im Gegensatz dazu ist das Zwangsgeld auf die Beseitigung des Verstoßes gerichtet und gilt also für die Zeit nach dem EuGH-Urteil. Es wird zumeist nach Tagen berechnet und ist ab dem Tag der Zustellung des Urteils im Zwangsgeldverfahren bis zum Tag der Beseitigung der Vertragsverletzung zu zahlen. Die Europäische Kommission hat in einer jährlich aktualisierten Mitteilung Richtlinien für die Höhe der Sanktionen aufgestellt, die sie ihren Anträgen in den Verfahren vor dem EuGH zugrunde legt. Danach berechnet die Europäische Kommission den Tagessatz für das Zwangsgeld durch die Multiplikation eines einheitlichen Grundbetrags (700 Euro) mit einem Schwerekoeffizienten

und einem Dauerkoeffizienten sowie einem festen Länderfaktor. Für Deutschland beträgt der Mindestsatz für das Zwangsgeld 14.350 Euro pro Tag, der Höchstsatz 861.000 Euro täglich. Beantragt die KOM in einem Verfahren gegen Deutschland einen Pauschalbetrag, so würde dieser mindestens 11.832.000 Euro betragen. Der Gerichtshof ist allerdings nicht an die Anträge der Europäischen Kommission gebunden und setzt die finanzielle Sanktion eigenständig fest.

Durch den Vertrag von Lissabon wurden die Regelungen zu den finanziellen Sanktionen verschärft. Der EuGH kann auf Antrag der Europäischen Kommission nunmehr bereits im ersten gerichtlichen Verfahren finanzielle Sanktionen verhängen, wenn es sich um Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung einer Richtlinie handelt. Die Europäische Kommission hat von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht. Bisher hat sie sich jedoch darauf beschränkt, lediglich ein Zwangsgeld zu beantragen. Sofern der Mitgliedstaat seiner Umsetzungspflicht noch während des Gerichtsverfahrens nachkam, konnte er damit eine finanzielle Sanktion vermeiden. Die Europäische Kommission hat im Januar 2017 jedoch angekündigt, künftig zusätzlich die Verhängung eines Pauschalbetrags zu beantragen, damit der EuGH die Dauer des Verstoßes bis zu seiner Abstellung sanktionieren kann. Darin drückt sich die Bedeutung aus, die die Europäische Kommission der fristgerechten Umsetzung von Richtlinien beimisst. Einzige Einschränkung für den EuGH: Er kann in diesen Verfahren mit der Festsetzung von Sanktionen nicht über den Antrag der Europäischen Kommission hinausgehen.

Noch nicht durch den Gerichtshof geklärt ist die Frage, ob die Verhängung finanzieller Sanktionen im ersten Verfahren nur bei vollständiger Nichtumsetzung zulässig ist oder auch in Fällen, in denen die Mitgliedstaaten eine Richtlinie teilweise umgesetzt haben.

### III. Beteiligung der Bundesregierung in der Praxis

Die Bundesregierung kann als Klägerin, Beklagte und Streithelferin an einem Vertragsverletzungsverfahren vor dem Gerichtshof beteiligt sein. In allen Fällen spielt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine zentrale Rolle. Wird ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, leitet das BMWi die Schreiben der Europäischen Kommission den zuständigen Fachressorts zu. Die abgestimmten Antwortentwürfe werden nach einer europarechtlichen Prüfung durch das Europarechtsreferat des



BMWi wiederum über die Ständige Vertretung bei der EU an die Kommission übermittelt.

Ziel der Beteiligung im Vorverfahren ist es, die Überführung in ein Klageverfahren vor dem EuGH nach Möglichkeit zu vermeiden. Dazu suchen die zuständigen Fachressorts gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Verhandlungsweg mit der Europäischen Kommission nach Lösungen. Für die Mitgliedstaaten bietet das Vorverfahren zum einen die Gelegenheit, der Europäischen Kommission zusätzliche Erläuterungen zur nationalen Rechtslage zu geben und so möglicherweise den Verdacht eines Vertragsverstößes auszuräumen. Es kann auch Einigkeit über die Auslegung der anwendbaren Vorschriften des Unionsrechts hergestellt werden. Zum anderen gibt es auch die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat seine Vorschriften anpasst.

Kommt es dennoch zum Klageverfahren, nimmt in der Regel das Prozessrechtsreferat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vor dem Gerichtshof wahr. Dies gilt auch dann, wenn der beanstandete Verstoß nicht der Bundesebene anzu-

lasten ist, sondern den Ländern, den Kommunen oder anderen staatlichen Einrichtungen.

Beispiele für Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik sind zwei Klagen bezüglich der Umsetzung des ersten Eisenbahnpakets. Die Europäische Kommission rügte dabei verschiedene Mängel, etwa eine vermeintlich fehlende Unabhängigkeit der Netzbetreibergesellschaften der Deutschen Bahn. Der EuGH wies die Klagen überwiegend ab und stellte lediglich eine unzureichende Umsetzung von Richtlinienvorgaben zur Rechnungslegung fest. In einem anderen Vertragsverletzungsverfahren rügte die Europäische Kommission die deutsche Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, weil nach deutschem Recht bestimmte Dienstleistungen (etwa solche im Zusammenhang mit Hochwasserschutz oder die Wasserentnahme zu industriellen Bewässerungszwecken) nicht unter den Begriff „Wasserdienstleistungen“ fielen. Der EuGH bestätigte die deutsche Auslegung als richtlinienkonform und wies die Klage ab. Negativ für Deutschland ging dagegen jüngst ein Verfahren aus, in dem die Europäische Kommission die hohe Nitratbelastung beanstandete.

Bei Vertragsverletzungsverfahren gegen andere Mitgliedstaaten kann sich die Bundesregierung als Streithelferin beteiligen. Das erfolgt in der Regel auf Seiten eines anderen Mitgliedstaats und ist vor allem in Fällen sinnvoll, in denen das deutsche Recht vergleichbare Bestimmungen wie die angegriffenen enthält oder Rechtsfragen von allgemeiner unionsrechtlicher und europapolitischer Bedeutung berührt sind. Die Streithilfe kann sich dabei auch auf Teile einer Vertragsverletzungsklage beziehen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wertet die wöchentlich im Amtsblatt der EU veröffentlichten neuen Vertragsverletzungsklagen gegen andere Mitgliedstaaten aus und informiert die betroffenen Fachressorts sowie Bundestag und Bundesrat. Das jeweils zuständige Fachressort teilt dann innerhalb einer Monatsfrist mit, ob es eine Prozessbeteiligung für erforderlich hält. Das Prozessrechtsreferat des BMWi fertigt in Abstimmung mit den zuständigen Stellen einen Schriftsatz und übernimmt grundsätzlich auch die Prozessvertretung in der sich gegebenenfalls anschließenden mündlichen Verhandlung vor dem EuGH in Luxemburg.

#### IV. Fazit und Ausblick

Die Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens ist der Beginn eines kontradiktorischen Verfahrens zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission mit dem Ziel der einheitlichen Anwendung und Durchsetzung des Unionsrechts in allen Mitgliedstaaten. In den meisten Fällen können die erhobenen Vorwürfe im Rahmen des Vorverfahrens ausgeräumt und Lösungen für etwaige Verstöße gefunden werden. Nur in wenigen Fällen erhebt die Europäische Kommission Klage beim EuGH. Klagen von Mitgliedstaaten untereinander sind noch seltener und stellen die absolute Ausnahme dar. Gegen Deutschland wurden im Jahr 2017 zwei Klagen eingereicht, davon eine von der Europäischen Kommission (zur Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) und eine von Österreich (zur „Pkw-Maut“).

Hinsichtlich der finanziellen Sanktionen im gerichtlichen Verfahren hat die Europäische Kommission eine Verschärfung in Verfahren wegen der Nichtumsetzung von Richtlinien angekündigt. Jedoch bleibt abzuwarten, wie der EuGH darauf reagieren wird. Gegen die Bundesregierung sind bislang keine finanziellen Sanktionen verhängt worden. Das ist nicht zuletzt auf den engen und frühzeitig ansetzenden Monitoring-Prozess des BMWi und die gute Zusammenarbeit mit den Fachressorts zurückzuführen.

Kontakt: Thomas Henze, Dr. Sonja Eisenberg  
Referat: Vertretung der Bundesrepublik Deutschland  
vor den europäischen Gerichten



# Evaluationen gewinnen im BMWi immer mehr Bedeutung

In den letzten Jahren sind die Mittel in den Förderbereichen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) kontinuierlich gestiegen und liegen mit dem Haushalt 2018 bei 10,5 Mrd. Euro. Parallel hat sich der Anspruch erhöht, sowohl den wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf als auch die Wirksamkeit und Effizienz von Fördermaßnahmen wissenschaftlich fundiert und unabhängig zu untersuchen. Deshalb gewinnt die regelmäßige Evaluation von Fördermaßnahmen des BMWi immer mehr an Bedeutung. Zudem können Evaluationen die nach dem Haushaltsrecht vorgeschriebene Erfolgskontrolle validieren und die Planung und Steuerung von Förderinstrumenten unterstützen. Sie tragen außerdem dazu bei, europäischen Anforderungen zu genügen. Damit sind Evaluationen ein wirksames Tool im Werkzeugkoffer der Förderpolitik und als Element einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik nicht mehr wegzudenken.



## Was sind Evaluationen und wozu dienen sie?

Der Begriff Evaluation bedeutet nach der Definition der Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) die „*systematische Untersuchung von Nutzen und/oder Güte eines Gegenstands auf Basis von empirisch gewonnenen Daten.*“ Dies „*impliziert eine Bewertung anhand offengelegter Kriterien für einen bestimmten Zweck*“<sup>1</sup>. So kann der Zweck einer Evaluation für eine spezifische Fördermaßnahme definiert und es kann – anhand von qualitativen und quantitativen Kriterien – systematisch empirisch untersucht werden, inwiefern mit den eingesetzten Mitteln die Ziele einer Maßnahme erreicht wurden. Eine wissenschaftlich fun-

dierte Untersuchung dieses Wirkungszusammenhangs ist für die Erfolgskontrolle in der Wirtschaftspolitik von zentraler Bedeutung. Mit Hilfe von Evaluationen soll letztlich sichergestellt werden, dass wirtschaftspolitische Mittel effizient eingesetzt werden. Häufig dienen Evaluationen auch der Erfüllung von rechtlichen Vorgaben beispielsweise des Haushaltsrechts und des europäischen Beihilferechts.

Als institutionelles Mitglied der Gesellschaft für Evaluation hat sich das BMWi zur Einhaltung ihrer „Standards für Evaluation“ verpflichtet, in denen grundlegende Anforderungen an die Qualität von Evaluationen definiert sind.<sup>2</sup>

1 Das Glossar mit Begriffsbestimmungen im Kontext Evaluation findet sich unter: <https://www.degeval.org/degeval-standards/glossar-der-standards-fuer-evaluation/>.

2 Die Standards für Evaluation in der revidierten Fassung vom 21.09.2016 sind auf folgender Website öffentlich zugänglich: <https://www.degeval.org/degeval-standards/standards-fuer-evaluation/>.

## Evaluationen als Planungsinstrument und als Instrument für die Erfolgskontrolle

Wird eine neue wirtschaftspolitische Fördermaßnahme geplant oder ein bestehendes Instrument weiterentwickelt, können mittels einer Ex-ante-Evaluation die Ausgangslage und der Handlungsbedarf analysiert und Lösungsmöglichkeiten (ggf. auch mit Wirtschaftlichkeitsbetrachtung) aufgezeigt werden. Schon in der Planungsphase sollten Kriterien und Verfahren für die spätere Erfolgskontrolle festgelegt werden. Im Idealfall wird daher schon mit der Planung einer Maßnahme ein theoretisches Wirkungsmodell für die Förderung erstellt, aus dem überprüfbare, messbare Ziele und Indikatoren abgeleitet werden können. Nur wer sich über die Ziele einer Fördermaßnahme im Klaren ist, kann effektiv und effizient steuern und gestalten.

Zentral für die haushaltsrechtlich vorgeschriebene Erfolgskontrolle<sup>3</sup> sind drei Dimensionen: die Zielerreichungs-, die Wirkungs- und die Wirtschaftlichkeitskontrolle (s. Kasten). Evaluationen können, als begleitende oder als Ex-post-Evaluation, wichtige Beiträge zur Validierung der Erfolgskontrolle<sup>4</sup> leisten. Besonders anspruchsvoll ist dabei die Wirkungsanalyse. Die Komplexität resultiert u. a. aus den Schwierigkeiten nachzuweisen, dass eine Förderung kausal einen Beitrag zu den angestrebten Zielen geleistet hat. Denn dabei ist die kontrafaktische Frage zu beantworten, was ohne Förderung eingetreten wäre. Methodisch ideal wären Kontrollgruppenexperimente, was in der Praxis oftmals schwer zu realisieren ist.

### Die drei Dimensionen der Erfolgskontrolle

#### Zielerreichungskontrolle

Wurden die angestrebten Ziele auf Programmebene tatsächlich erreicht?

Haben die Ziele nach wie vor Bestand?

#### Wirkungskontrolle

Waren die Förderungen für die Zielerreichung geeignet und ursächlich?

Welche intendierten und welche nicht intendierten Effekte werden festgestellt?

#### Wirtschaftlichkeitskontrolle

War der Ressourcenverbrauch (Vollzug) wirtschaftlich?

War die Maßnahme mit Blick auf die übergeordnete Zielsetzung wirtschaftlich?

## Anforderungen von europäischer Seite

Auch von europäischer Seite gibt es rechtliche Vorgaben zur Evaluation: u. a. bei der europäischen Kofinanzierung von Fördermaßnahmen in den Struktur- oder Sozialfonds (EFRE, ESF) sowie im Beihilferecht. Das Beihilferecht schreibt vor, dass Förderprogramme mit einem Volumen von über 150 Mio. Euro jährlich (bzw. mit Mitteln der EU-Strukturfonds kofinanzierte Förderprogramme) evaluiert werden müssen. Bevor eine solche Fördermaßnahme national umgesetzt wird und die Maßnahme in Kraft tritt, muss die Europäische Kommission den Evaluationsplan notifizieren.<sup>5</sup> Im BMWi gilt dieses vor allem für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GRW) und das Luftfahrtforschungsprogramm (LuFo).

### Beispiele beihilferechtlicher Fragestellungen im Rahmen eines Evaluationsplans

- ▶ Werden die Annahmen und Voraussetzungen der Beihilfe in Bezug auf Vereinbarkeit mit dem europäischen Binnenmarkt erfüllt?
- ▶ Ist die Beihilfe in Bezug auf die allgemeinen und spezifischen Ziele wirksam?
- ▶ Welche Auswirkungen auf Handel und Wettbewerb treten ein?

3 Die Verpflichtung zur Durchführung der Erfolgskontrolle ergibt sich aus § 7 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften.

4 Validierung im Sinne von Bestätigung, Nachweis der Gültigkeit und Plausibilität der Erfolgskontrolle.

5 Die Grundlagen finden sich in der common methodology for State aid evaluation, SWD(2014) 179 final: [http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/modernisation/state\\_aid\\_evaluation\\_methodology\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/modernisation/state_aid_evaluation_methodology_en.pdf).

## Evaluationspraxis im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Übergeordnete wirtschaftspolitische Ziele der Fördermaßnahmen sind insbesondere eine nachhaltige Wachstumspolitik, eine international wettbewerbsfähige deutsche Wirtschaft, die Erschließung neuer Märkte sowie Beschäftigung (Schaffung von Arbeitsplätzen, Integration in den Arbeitsmarkt, Fachkräftesicherung). Übergeordnete energiepolitische Ziele sind die Gestaltung der Energiewende und die Beiträge zum Klimaschutz (Minderung der Treibhausgase).

Der BMWi-Haushalt sieht 2018 insgesamt 10,5 Mrd. Euro an Fördermitteln vor. Das Ministerium verfügt über ein vielfältiges Spektrum an Fördermaßnahmen. Im Vergleich

**Abbildung 1: Vergleich Haushalt 2014 und Haushalt 2018 in Bezug auf Fördermaßnahmen BMWi**

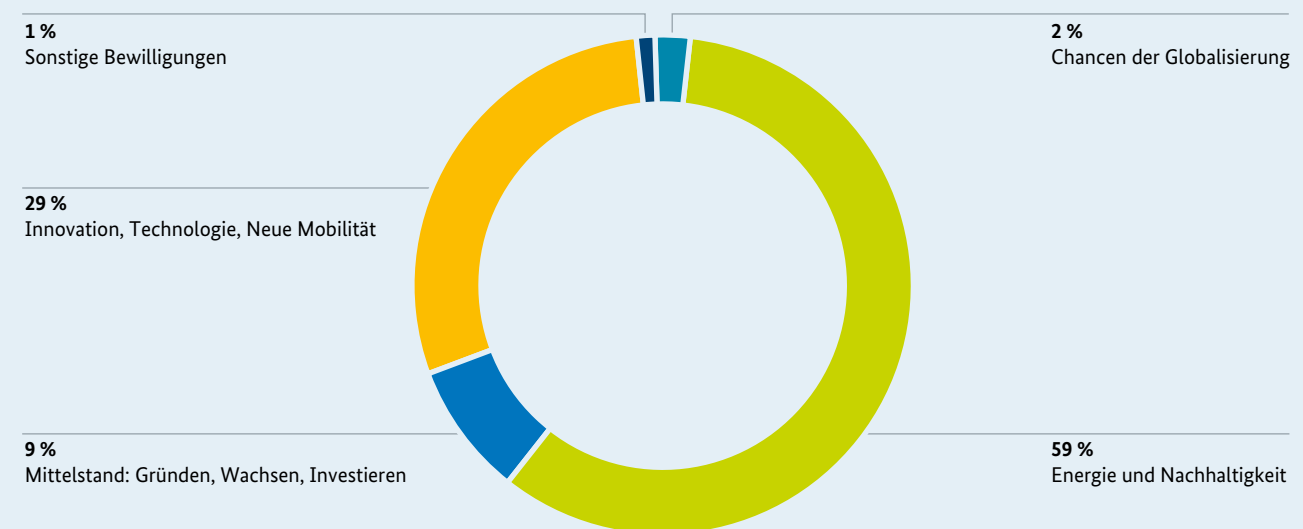
	2014 (Soll) [Mrd. €]	2018 (2. Reg-E) [Mrd. €]
Einzelplan 09 (Gesamtausgaben Förderbereich)	6,37	6,9
Energie- und Klimafonds (EKF)	1,58	3,7
Summe	7,95	10,6

zum Beginn der letzten Legislaturperiode sind die Mittel insgesamt um rund ein Viertel gestiegen (s. Abbildung 1), vor allem in den Bereichen Energie und im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEuI). Abbildung 2 zeigt den Anteil der Förderbereiche im BMWi gemäß dem Haushaltsplan für 2018.

Insgesamt ist das BMWi mit ca. 20 % (3,6 Mrd. Euro) des gesamten Förderumfangs der Bundesregierung nach dem Bundesministerium für Bildung und Forschung das Ressort mit dem zweithöchsten Etat für Forschung, Entwicklung und Innovation.<sup>6</sup>

Schon 2011 hatte sich das BMWi zum Ziel gesetzt, dass alle Fördermaßnahmen systematisch und regelmäßig (d.h. etwa alle 3–5 Jahre) und in der Regel extern evaluiert werden. Dieses Ziel wird mit mehr als 100 Evaluationen im Auftrag des BMWi seit 2011 erreicht. Mittlerweile ist fast jedes Förderprogramm mindestens einmal evaluiert worden. Da für die bereits laufenden Förderprogramme in der Regel kein konkretes Wirkungsmodell vorlag, wurde überwiegend zunächst im Rahmen der Evaluation ein Wirkungsmodell entwickelt und abgestimmt. Dieses stellte dann die Arbeitsgrundlage für die weitere Evaluation bzw. Erfolgskontrolle dar. Methodisch handelt es sich bei den Evaluationen vor allem um begleitende und/oder Ex-post-Evaluationen, bei denen ein Ex-ante-Anteil durch den Auftrag zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die mögliche Wei-

**Abbildung 2: Anteile der Förderbereiche des BMWi 2018 (einschl. Energie- und Klimafonds)**



Quelle: BMWi.

6 Verteilung lt. aktuellem Entwurf für den Bundesbericht Forschung und Innovation (BuFI) 2018 für Projektförderung, Ressortforschung und institutionelle Förderung. Danach beliefen sich die Bundesausgaben 2017 auf 17,1 Mrd. Euro insgesamt.

terentwicklung der Fördermaßnahme enthalten war. Von diesen Evaluationen wurden ca. 85 % durch externe Evaluationsteams durchgeführt. Die externen Auftragnehmer waren zu ca. zwei Dritteln Beratungsunternehmen und zu ca. einem Drittel Forschungseinrichtungen.

Die bisher durchgeführten und laufenden Evaluationen bzw. Begleitforschungen<sup>7</sup> verteilen sich wie in Abbildung 3 dargestellt auf die Förderbereiche.

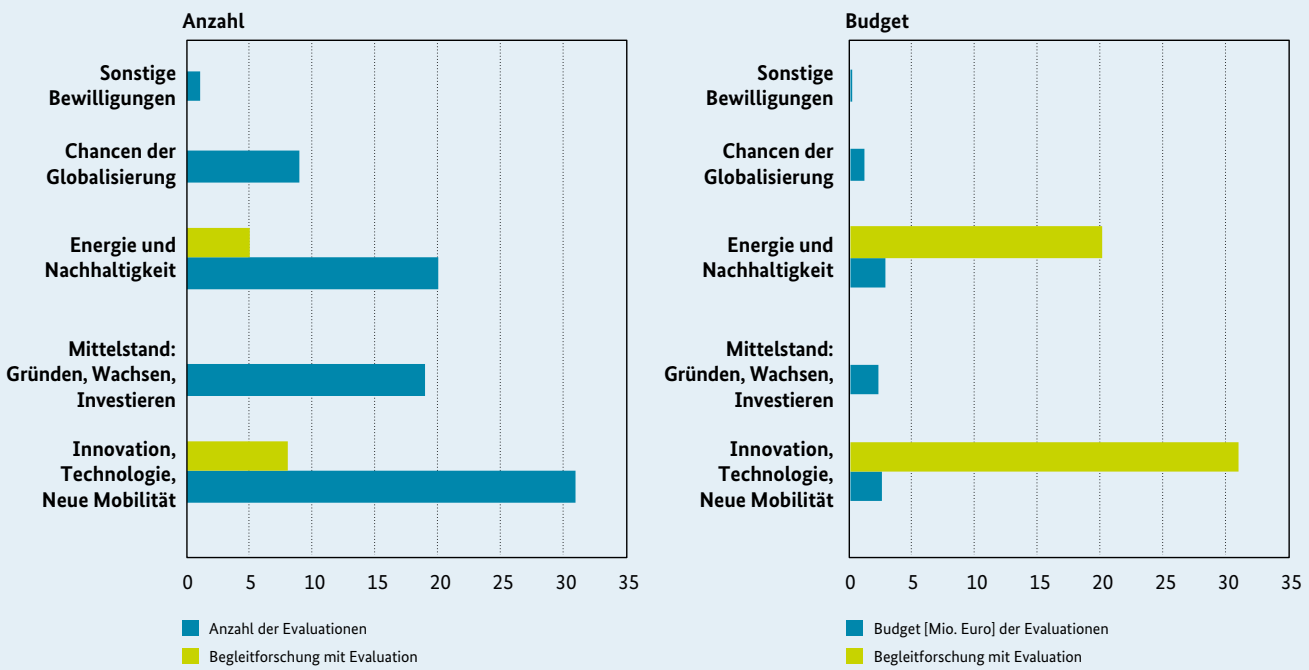
Das Fördercontrolling fördert außerdem den Wissenstransfer zu Fragen der Evaluation, insbesondere durch die Veranstaltungsreihe „Qualitätszirkel Evaluation“, aber auch durch die Vermittlung von bilateralen Kontakten zum Erfahrungsaustausch.

Nicht zuletzt ermöglicht das Fördercontrolling einen systemischen Blick auf das Evaluationsgeschehen im Ministerium.

### Ausblick

Das BMWi verfügt bereits über einen umfangreichen Bestand an Evaluationen, auf dessen Basis eine methodische Weiterentwicklung der Evaluationspraxis selbst möglich wird. Die methodische Weiterentwicklung betrifft zum einen neue Methoden der Datenerhebung und -analyse (z.B. Social Media, Big Data, lernende Algorithmen) im Zuge der Digitalisierung. Insbesondere im Bereich der volkswirtschaftlichen Wirkungsanalyse sind weitere Anstrengungen nötig. Unter Einbeziehung von eigenen Evaluationen und weiteren Studien und Datenbanken könnten Metaevaluatoren zu wirtschafts- und energiepolitischen Fragestellungen durchgeführt werden. Auf der Basis von existierenden Evaluationen und mit den gewonnenen Erfahrungen können die nächsten Schritte zur Verbesserung der Evaluationspraxis gegangen werden. Dazu gehören beispielsweise:

Abbildung 3: Verteilung der Evaluationen/Begleitforschung auf die Förderbereiche (nach Anzahl bzw. Budget)



Quelle: BMWi.

7 Seit 2015 gilt für den Haushalt des BMWi der Grundsatz, dass die bei der Durchführung von Vorhaben und Programmen geplanten Ausgaben z.B. für Projektträgerleistungen, Projektbegleitungen und Evaluationen bei den jeweiligen Fachtiteln im Einzelplan, soweit anwendbar, mitverantwortlich und getrennt ausgewiesen werden. Meistens findet sich ein gemeinsamer Ansatz für Evaluationen, Begleitforschung und/oder Gutachten bei den Erläuterungen zu den Haushaltstiteln in den Förderbereichen. Evaluation ist bei einem gemeinsamen Ansatz mit Begleitforschung nur ein Teilaspekt. Weitere Elemente der Begleitforschung können z.B. Experten-Workshops, Technologievorausschau, Monitoring, Vernetzungsaktivitäten oder Öffentlichkeitsarbeit sein.

- ▶ Vereinheitlichung der Methoden zur Erhebung von häufig verwendeten Indikatoren (z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen, CO<sub>2</sub>-Einsparung), um einerseits die Steuerung der Förderpolitik des BMWi und andererseits Auswertungen und Berichte weiter zu verbessern.
- ▶ Datenbankgestütztes Bestandsverzeichnis der Evaluationen (z. B. durch Weiterentwicklung des MCS), um den Wissenstransfer der Erkenntnisse aus Evaluationen zu erleichtern sowie die Formulierung von Zielen und die Auswahl von Indikatoren durch Aufzeigen von Optionen zu unterstützen.
- ▶ Systematische Nachverfolgung der Umsetzung von Empfehlungen.

Diese Schritte sind Voraussetzung dafür, die Wirkungen von der Projektebene über die Programmebene bis hin zu politischen Strategien zu aggregieren und eine konsistente Darstellung in Bezug auf das eigene Förderhandeln zu erreichen. Insgesamt ist zu erwarten, dass Evaluationen weiter an Bedeutung gewinnen werden: So wird vermehrt aus der Politik der Nachweis der Wirksamkeit gefordert. Auch prüft der Bundesrechnungshof systematisch Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für Förderprogramme und Erfolgskontrollen. Ferner intensiviert das Bundesministerium der Finanzen den sogenannten Spending review-Prozess. Und schließlich kommen auch aus Europa verstärkt Vorgaben zur Evaluation von Förderprogrammen.

Kontakt: Stephanie Wilpert, Dr. Friederike Weritz  
Referat: Fördercontrolling, Evaluation, profi



## II. Wirtschaftliche Lage

# Internationale Wirtschaftsentwicklung

## Weltwirtschaft: weiter dynamisches Wachstum.

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin im Aufschwung.<sup>1</sup> Allerdings hat dieser wegen einer verlangsamt Dynamik in den entwickelten Volkswirtschaften gegenwärtig etwas an Schwung verloren.

In den Vereinigten Staaten fiel das Wachstum im ersten Quartal 2018 schwächer aus als im Vorquartal. Allerdings deutet sich aktuell ein deutlich kräftigeres Wachstum im zweiten Quartal an. Auch im Euroraum hat die Konjunktur im ersten Quartal nachgelassen. Hierbei könnte eine gewisse Verunsicherung, ausgelöst durch die handelspolitischen Konflikte, eine Rolle spielen. In Japan kam es im ersten Quartal sogar zu einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung.

In den Schwellenländern verlief die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich. Die chinesische Wirtschaft wächst dynamisch, bleibt aber hinter den Raten früherer Jahre zurück. In Indien erhöhte sich das Expansionstempo auch im ersten Quartal 2018. Russland und Brasilien haben ihre Rezession im Jahr 2017 überwunden.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten auf eine Verlangsamung des globalen Aufschwungs hin. Die weltweite Indus-

trieproduktion nahm im ersten Quartal 2018 verlangsamt zu, gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich im April aber immer noch um 3,9%. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit legte im Juni zum dritten Mal in Folge etwas zu. Das ifo Weltwirtschaftsklima sank im zweiten Quartal in etwa auf den Wert im letzten Quartal 2017.

Die OECD rechnet in ihrer Projektion vom Ende Mai mit einem globalen Wachstum für die Jahre 2018 und 2019 von 3,8% sowie 3,9% nach 3,8% im Jahr 2017. Diese Einschätzung berücksichtigt, dass von der Steuerreform der Vereinigten Staaten zumindest vorübergehend gewisse konjunkturelle Impulse auf die USA, aber auch auf die globale Nachfrage ausgehen. Die Weltwirtschaft ist allerdings weiterhin vielfältigen Risiken ausgesetzt, nicht zuletzt durch die laufenden Handelskonflikte.

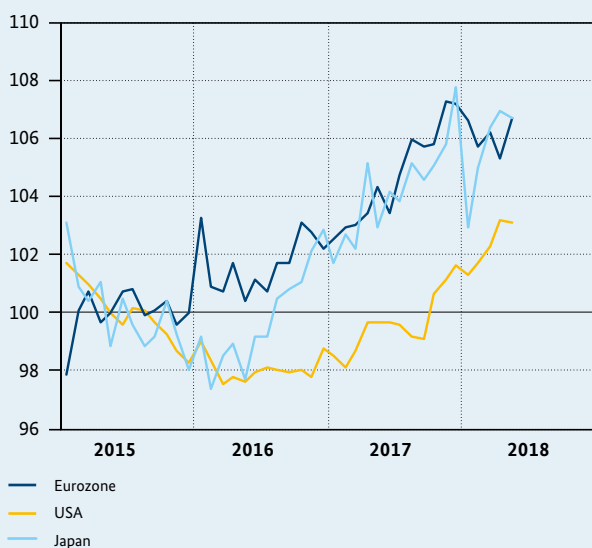
## USA: Wachstumsbeschleunigung im zweiten Quartal.

Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wuchs im ersten Quartal 2018 saison- und kalenderbereinigt um 0,5% und damit etwas weniger stark als im vierten Quartal 2017 (+0,7%). Der private Konsum trug nur schwach zum Wachstum bei. Impulse stammten vor allem von den Bruttoanlageinvestitionen.

Die Indikatoren zeichnen am aktuellen Rand ein freundliches Bild. Die Industrieproduktion entwickelte sich im Mai nach einem starken April in etwa stabil (-0,1%), während sich die Auftragseingänge im Mai von einem Rückgang im Vormonat erholten (+0,4%). Die wichtigen Frühindikatoren deuten weiter eher auf Expansion hin. So befindet sich der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen auch nach einem leichten Rückgang im Juni deutlich im expansiven Bereich. Derweil wurde beim nationalen Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe erneut ein deutlicher Anstieg verzeichnet. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung ist im Juni um 149.000 Personen gestiegen. Die Arbeitslosenquote betrug 4,0%.

In ihrer Projektion vom Mai geht die OECD von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 in Höhe von 2,9% aus (2017: +2,3%). Für die Steuerreform sind dabei für dieses und das kommende Jahr entsprechende konjunkturelle Impulse eingepreist.

**Industrieproduktion international**  
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung.

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Juli 2018 vorlagen.



## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2017 Q1	2017 Q2	2017 Q3	2017 Q4	2018 Q1
Euroraum	0,7	0,7	0,7	0,7	0,4
USA	0,3	0,8	0,8	0,7	0,5
Japan	0,7	0,5	0,5	0,3	-0,2

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Feb.	März	April	Mai	Juni
Euroraum	8,6	8,5	8,4	8,4	-
USA	4,1	4,1	3,9	3,8	4,0
Japan	2,5	2,5	2,5	2,2	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Feb.	März	April	Mai	Juni
Euroraum	1,1	1,3	1,3	1,9	2,0
USA	2,2	2,4	2,5	2,8	2,9
Japan	1,5	1,1	0,6	0,7	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

## Japan: konjunkturelle Eintrübung.

Im ersten Quartal 2018 ist das japanische BIP um 0,2% gegenüber dem Vorquartal gefallen. Die Wachstumsdynamik hatte sich bereits im gesamten Verlauf des Jahres 2017 verlangsamt. Zuletzt entwickelten sich alle Komponenten der inländischen Nachfrage schwach.

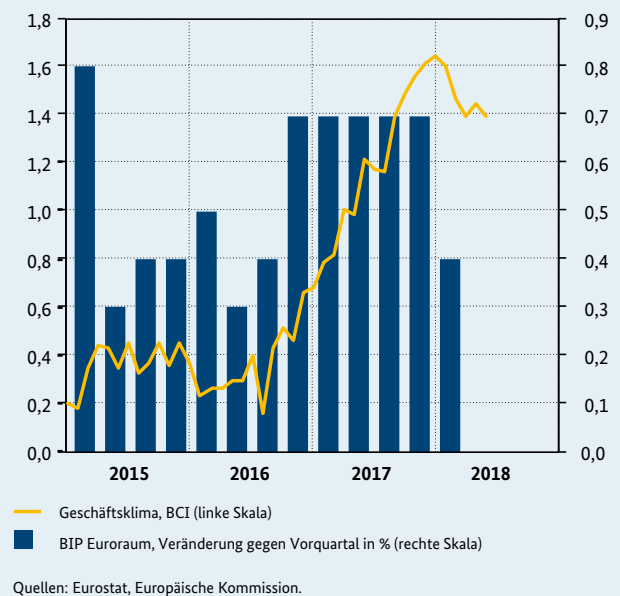
Die aktuellen Konjunkturindikatoren sind weiterhin gemischt. Die Industrieproduktion hat im Mai ihre Erholungsphase unterbrochen (-0,2%) und die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich schwach. Sowohl der Tankan-Index als auch der Markt Einkaufsmanagerindex signalisieren demgegenüber eine Erholung der Wirtschaft. Auch haben die Verdienste zuletzt wieder etwas stärker zugenommen.

Nach der im Gesamtjahr 2017 grundsätzlich positiven konjunkturellen Entwicklung mit einem Wachstum des BIP von 1,7% erwartet die OECD für das Jahr 2018 bei geringen fiskalischen Impulsen ein Wachstum von nur noch 1,2%.

## Euroraum und EU: Verlangsamung im ersten Quartal.

Der Aufschwung im Euroraum setzt sich etwas verlangsamt fort. Die wirtschaftliche Aktivität stieg im ersten Quartal

## Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



2018 preis- und saisonbereinigt um 0,4%, nach jeweils 0,7% in den Quartalen des Vorjahres. Dasselbe gilt für das BIP-Wachstum auf EU-Ebene. Dabei wiesen fast alle Mitgliedstaaten zuletzt positive Wachstumsraten auf. Die einzige Ausnahme stellt Estland (-0,1%) dar. Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich sowie in Frankreich stieg mit nur jeweils -0,2% unterdurchschnittlich. Auch die konjunkturelle Dynamik in Italien hat sich zuletzt abgekühlt (+0,3%).

Die Indikatoren für das Eurowährungsgebiet sprechen insgesamt für eine weiterhin verlangsamte konjunkturelle Dynamik. Die Industrieproduktion im Euroraum erhöhte sich im Mai im Vergleich zum Vormonat um 1,3%, nach einem Rückgang um 0,8% im Vormonat. Die Frühindikatoren deuten ebenfalls eine gewisse konjunkturelle Abkühlung an. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission hat sich im Juni nach kurzer Erholung im Mai weiter eingetrübt. Einzig der Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen konnte im Juni erstmals nach vier Rückgängen in Folge leicht zulegen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum fiel im Mai auf 8,4%, ihrem niedrigsten Stand seit Ende 2008.

Die OECD geht in ihrer aktuellen Prognose von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 2,2% im Jahr 2018 aus, nachdem im Jahr 2017 ein Zuwachs um 2,3% verzeichnet wurde. Der Brexit-Prozess bleibt aber ein Risikofaktor für die Konjunktur.

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## 1. Gesamtwirtschaft

Die Konjunktur hat sich im Mai etwas beschleunigt.

Die Aussichten bleiben trotz aller Risiken positiv.

Die deutsche Konjunktur hat sich im Mai beschleunigt.<sup>2</sup> Bis dahin hat die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr nur vergleichsweise verhalten zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im ersten Quartal vor dem Hintergrund einer geringen Dynamik von wichtigen deutschen Absatzmärkten und aufgrund vorübergehender nationaler Sondereffekte lediglich um 0,3 %. Auch im April konnte die Industrieproduktion noch nicht Tritt fassen. Erst im Mai kam es zur erwarteten Belebung. Vielleicht brauchte die Wirtschaft diese Zeit, um die neue außen- und handelspolitische Tonlage einzuschätzen und ihre erste, abwartende Reaktion zu überwinden. Trotz dieser Störungen ist die deutsche Wirtschaft unverändert in guter Verfassung. Die Baukonjunktur ist ausgezeichnet und in den Dienstleistungsbereichen werden weiterhin Arbeitskräfte gesucht und eingestellt. Insgesamt deuten die aktuellen Konjunkturindikatoren darauf hin, dass die deutsche Wirtschaftsleistung nunmehr wieder etwas stärker zunimmt als im Vorquartal. Abgesehen von dem Damoklesschwert der internationalen

Handelspolitik sind die Perspektiven daher durchaus positiv. Diese Gemengelage spiegelt auch das weiterhin positive ifo Geschäftsklima für die Gesamtwirtschaft wider: Hier stehen geerdete Erwartungen weiterhin hervorragend guten Lagebeurteilungen gegenüber.

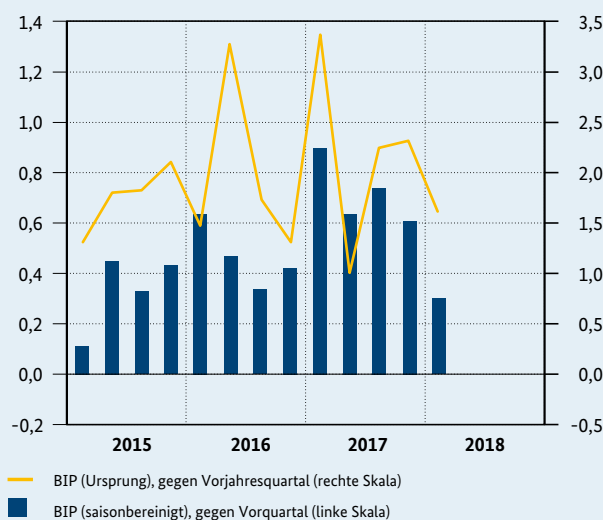
## 2. Produzierendes Gewerbe

Die Auftragseingänge beenden eine längere Durststrecke.

Die Industrieproduktion belebt sich.

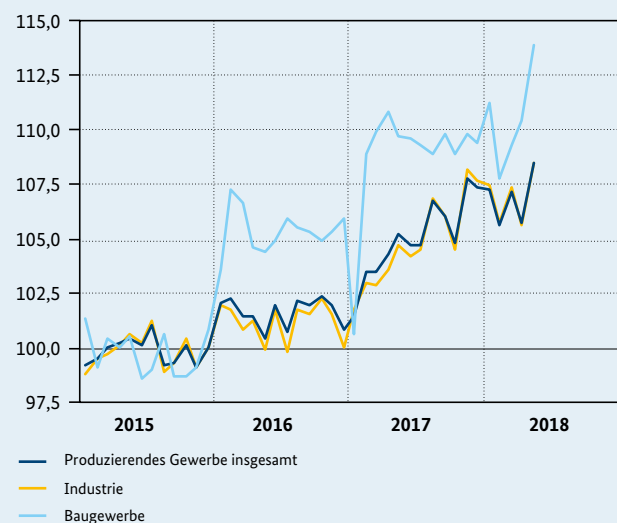
Im laufenden Jahr blieb die Industrieproduktion zunächst hinter den Erwartungen zurück. Im Mai kam es nun wieder zu einer spürbaren Belebung durch einen Anstieg der Erzeugung um 2,7 %. Das positive Ergebnis wurde etwas durch die Konstellation von Feier- und Brückentagen unterstützt, der April wurde dadurch etwas unter- und der Mai entsprechend überzeichnet. Im Mittel der Monate April/Mai liegt der Ausstoß der Industrie dennoch 0,2 Prozentpunkte oberhalb der durchschnittlichen Monatsergebnisse des ersten Quartals. Damit zeichnet sich ein leichter Anstieg der Industrieproduktion für das zweite Quartal ab.

**Bruttoinlandsprodukt**  
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA.

**Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen**  
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

<sup>2</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Juli 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter und kalender- und saisonbereinigter Daten.

**Industrie**

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q4	Q1	März	April	Mai
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	0,9	0,1	1,5	-1,6	2,7
Vorleistungsgüter	1,3	-0,8	0,0	-1,7	3,0
Investitionsgüter	0,9	0,1	3,0	-1,4	0,9
Konsumgüter	-0,1	2,1	1,1	-2,0	6,5
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	0,9	-0,5	0,6	0,0	0,8
Inland	0,6	0,2	-0,1	-0,5	0,9
Ausland	1,3	-1,1	1,3	0,4	0,7
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	3,5	-2,1	-1,1	-1,6	2,6
Inland	1,3	-2,1	1,5	-4,4	4,3
Ausland	5,1	-2,2	-2,9	0,4	1,6
Vorleistungsgüter	2,0	-3,0	-0,7	3,1	-0,6
Investitionsgüter	4,7	-1,8	-1,9	-4,4	4,7
Konsumgüter	0,9	-0,3	2,7	-1,7	4,9

Quellen: StBA, BBk.

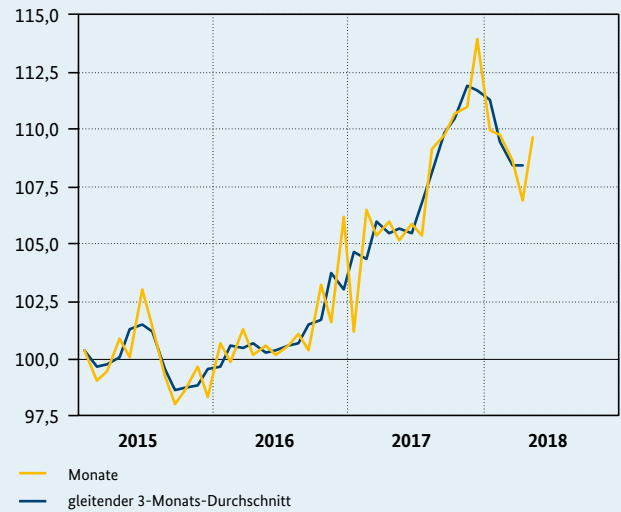
Legt man die weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsdurchschnitte zugrunde, wurde die Erzeugung von Konsumgütern um 1,8% und die von Investitionsgütern um 0,6% im Zeitraum April/Mai gegenüber Februar/März ausgeweitet, während 0,2% weniger Vorleistungsgüter hergestellt wurden.

Bei der Entwicklung der industriellen Umsätze ergab sich im Mai ein Zuwachs von 0,8%. Im Zweimonatsvergleich bedeutet dies ein Plus von 0,7%, wobei sich die Auslandsumsätze mit +1,4% günstiger entwickelten als die im Inland mit -0,1%. Insgesamt zeichnet sich aber auch ein kleines Umsatzplus für das zweite Quartal ab.

Auch bei den Auftragseingängen konnte im Mai mit einem kräftigen Zuwachs von 2,6% eine mehrmonatige Negativserie im Verarbeitenden Gewerbe gestoppt werden. Der Zuwachs ging vor allem auf Bestellungen von Investitions- und Konsumgütern zurück (+4,7% bzw. +4,9%). Dabei war der Anteil an Großaufträgen sogar unterdurchschnittlich. In der Tendenz entwickeln sich vor allem die Bestellungen aus den Ländern außerhalb des Euroraums günstig, während die Bestellungen aus dem Inland und vor allem aus dem Euroraum gemessen am Zweimonatsvergleich rückläufig waren.

**Auftragseingang in der Industrie**

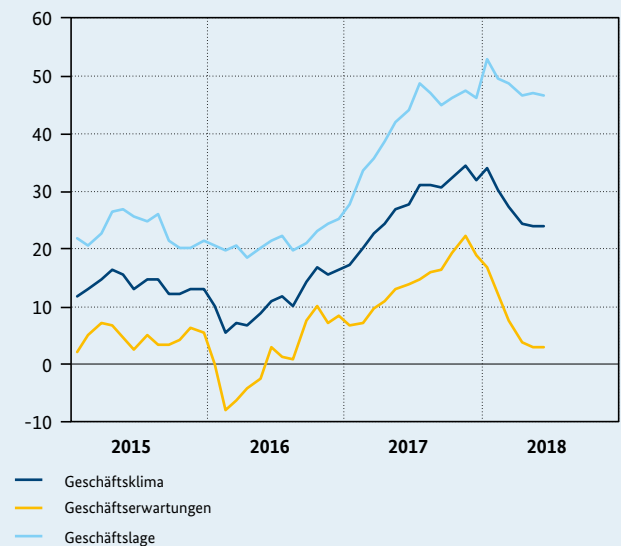
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

**ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe**

(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut.

Die Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe haben sich seit Ende letzten Jahres merklich eingetrübt. Der Ifo Geschäftsklimaindex hielt aber Stand Juni in den letzten drei Monaten in etwa sein immer noch weit überdurchschnittliches Niveau. Dies geht auf die weiterhin überragende Lageeinschätzung zurück, die Geschäftserwartungen beurteilen die Unternehmen nur noch als durchschnittlich. Der IHS Markit Einkaufsmanagerindex setzte

## Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

### Produktion

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	0,1	0,1	1,4	1,1	3,1
Bauhauptgewerbe	-1,7	1,0	0,9	6,9	3,5
Ausbaugewerbe	1,4	-0,6	1,7	-3,1	2,7

### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	Feb.	März	April
Insgesamt	10,2	-1,6	9,9	-15,1	2,6
Hochbau	13,3	-6,0	4,0	-10,7	4,6
Wohnungsbau*	17,0	-9,2	-3,2	-11,1	14,4
Gewerblicher*	12,8	-4,4	10,1	-14,1	3,0
Öffentlicher*	3,4	-0,9	5,9	4,5	-17,2
Tiefbau	6,8	3,4	16,5	-19,7	0,3
Straßenbau*	6,9	10,4	4,9	-1,4	-15,0
Gewerblicher*	5,5	10,9	52,6	-35,7	5,1
Öffentlicher*	8,0	-14,1	-9,5	-17,2	22,3
Öffentlicher Bau insg.	6,7	-0,6	0,1	-5,4	-5,1

Quellen: StBA, BBk.

\* Angaben in jeweiligen Preisen

im Juni seine Abwärtstendenz fort, blieb jedoch deutlich über seiner Wachstumsschwelle. Dies spiegelt bei eigentlich nach wie vor guten Rahmenbedingungen die hohe Unsicherheit wider, die gegenwärtig von der internationalen Handelspolitik ausgeht.

Im Baugewerbe stieg die Produktion im Mai sehr kräftig um 3,1% und beendete die bisherige Seitwärtsbewegung des laufenden Jahres. Der aktuelle Zuwachs kam zu ähnlichen Teilen aus dem Bauhauptgewerbe (+3,5%) und dem Ausbaugewerbe (+2,7%). Im Zweimonatsvergleich ist die Produktion im Baugewerbe nun wieder deutlich aufwärtsgerichtet (+3,3%) und die tendenziell rückläufige Entwicklung im zweiten Halbjahr 2017 scheint überwunden.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich seit Ende letzten Jahres sehr volatil entwickelt. Im aktuellen Berichtsmonat April 2018 gab es ein Auftragsplus von 2,6%. Das Auftragsniveau lag allerdings deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau des ersten Quartals, das von Auftragspitzen profitierte. Der Auftragsbestand ist aber weiterhin sehr hoch und die Baugenehmigungen nehmen sowohl bezüglich Wohnbauten als auch Nicht-Wohnbauten auf Jahresfrist zu.

## Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preissteigerungen weiterhin extrem gut. Laut ifo wurde das Geschäftsklima ausgehend vom Rekordniveau im Mai allerdings geringfügig weniger positiv eingeschätzt als im Vormonat.

## 3. Privater Konsum

Die Einzelhandelsumsätze sinken im Mai, die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum bleiben aber insgesamt positiv.

Im ersten Quartal 2018 expandierte der private Konsum mit einem Wachstum von 0,4% wieder stärker. Angesichts des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus und anziehender Löhne bleiben die Rahmenbedingungen positiv. Dies lässt erwarten, dass der private Konsum auch im zweiten Quartal eine wichtige Stütze der Konjunktur bleiben dürfte, auch wenn weitere Indikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums derzeit gemischte Signale senden.

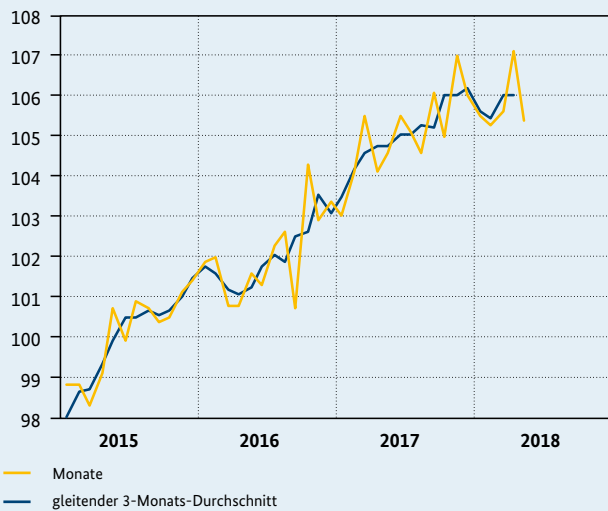
Die Einzelhandelsumsätze ohne Kraftfahrzeuge gingen nach einem Zuwachs von 1,4% im April im Mai um 1,6% zurück, sie lagen aber im Durchschnitt der beiden Monate immer

noch über dem Niveau des ersten Quartals. Der Umsatz im Kfz-Handel ist im aktuellen Berichtsmonat April um 0,1% geringfügig zurückgegangen, was vor allem auf sinkenden Umsatz mit Kraftwagen zurückgeht. Die Kfz-Neuzulassungen sind im Mai nach einem Rückgang im Vormonat um 1,8% gestiegen. Sie dürften dennoch im zweiten Quartal kaum noch die allerdings sehr hohen Zulassungszahlen des ersten Quartals erreichen. Bei den privaten Haltergruppen, die für den privaten Konsum relevant sind, blieben die

Zulassungszahlen im Mai im Vergleich zum Vormonat auf einem hohen Niveau konstant.

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel ist im Juni wieder etwas gesunken, wobei Geschäftslage und Erwartungen gleichermaßen schlechter beurteilt wurden als im Vormonat. Das Geschäftsklima ist aber immer noch um etwa 14 Saldenpunkte besser als der langjährige Durchschnitt. Die Konsumstimmung der Verbraucher zeigt sich weiterhin positiv; der prognostizierte GfK-Konsumklimaindex für Juli blieb auf dem Niveau des Vormonats.

**Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)**  
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

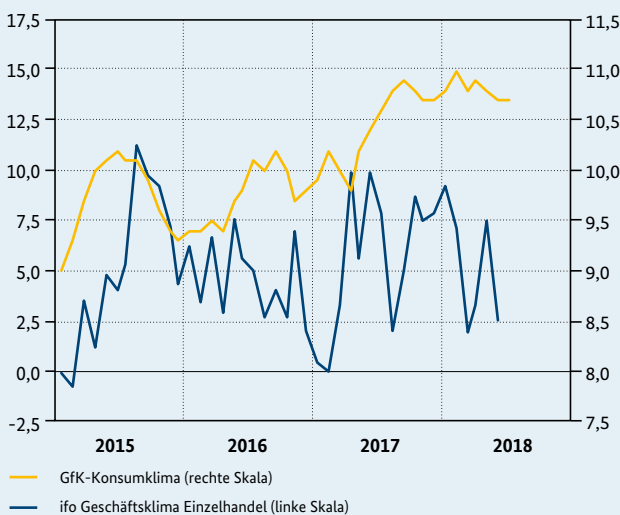
#### 4. Außenwirtschaft

Die Exporte und Importe haben sich wieder etwas belebt.

Im ersten Quartal litten die Ausfuhren unter der schwachen Entwicklung der deutschen Absatzmärkte.

Im Mai 2018 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im Wert von 131,0 Mrd. Euro exportiert. Nach ihrem Rückgang im ersten Quartal insgesamt erhöhten sich die Ausfuhren damit saisonbereinigt im Mai um 1,4% nach einem Anstieg um 0,8% im Vormonat. Damit zeichnet sich ein Anstieg der Ausfuhren im zweiten Quartal ab. Allerdings haben sich die Ausfuhrpreise

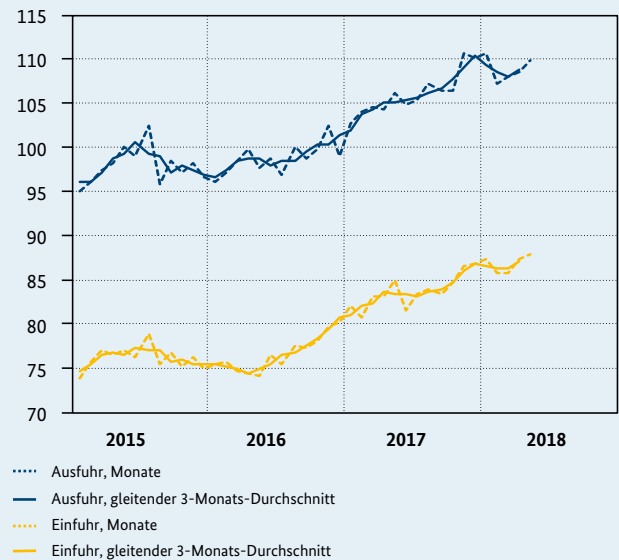
**Klimaindikatoren für den privaten Konsum**  
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK.

#### Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk.

im gleichen Zeitraum etwas erhöht, so dass noch abzuwarten bleibt, ob der Anstieg der Ausfuhren auch in realer Rechnung Bestand hat.

Den Ausfuhren standen im Mai Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 111,1 Mrd. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vormonat ergibt sich daraus saisonbereinigt ein leichtes Plus von 0,8 %. Im Dreimonatsvergleich fiel die Steigerung etwas deutlicher aus (+1,0%), dürfte aber im Zuge steigender Einfuhrpreise real ebenfalls etwas gedämpft werden.

### Außenhandel\*

	Q4	Q1	März	April	Mai
<b>Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)</b> Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	2,3	-0,4	-0,5	0,8	1,4
<b>Einfuhr</b>	2,5	-0,6	0,3	2,0	0,8
<b>Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)</b> Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	6,2	2,8	-1,7	9,3	-1,3
Eurozone	8,5	6,9	4,7	9,6	0,1
EU Nicht-Eurozone	7,4	1,9	-3,7	7,9	6,5
Drittländer	3,7	-0,4	-5,9	9,9	-6,4
<b>Einfuhr</b>	7,2	3,2	-1,7	8,6	0,8
Eurozone	8,1	4,8	1,1	9,6	0,0
EU Nicht-Eurozone	9,5	4,5	0,7	9,2	8,9
Drittländer	4,6	0,4	-6,7	6,9	-3,0

Quellen: StBA, BBk.

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im Mai in Ursprungszahlen bei 19,9 Mrd. Euro und somit kumuliert seit Jahresbeginn 3,3 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert.

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft entwickelten sich zuletzt schwächer. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im Juni im Lichte der aktuellen handelspolitischen Debatten zum siebten Mal in Folge gefallen, befinden sich aber im längerfristigen Vergleich auf einem immer noch überdurchschnittlichen Niveau. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind zwar im Mai gegenüber dem Vormonat um 1,6 % gestiegen, im Zweimonatsvergleich gingen sie aber um 0,4 % zurück. Dabei entwickelt sich die Nachfrage aus dem Nicht-Euroraum deutlich günstiger als die aus dem Euroraum. Der effektive reale Wechselkurs des Euro gegenüber den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands blieb im Juni konstant, nachdem er binnen Jahresfrist deutlich aufgewertet

hatte. Angesichts der insgesamt weiterhin deutlich aufwärtsgerichteten Weltkonjunktur bleiben Perspektiven für den deutschen Außenhandel bei allen Unsicherheiten grundsätzlich positiv.

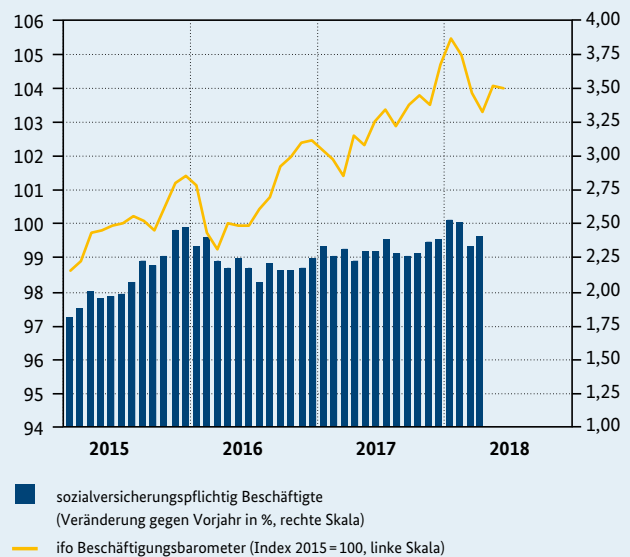
## 5. Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit nimmt weiter zu, seit Februar aber etwas verlangsamt.

Der Rückgang von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung hielt im Juni an.

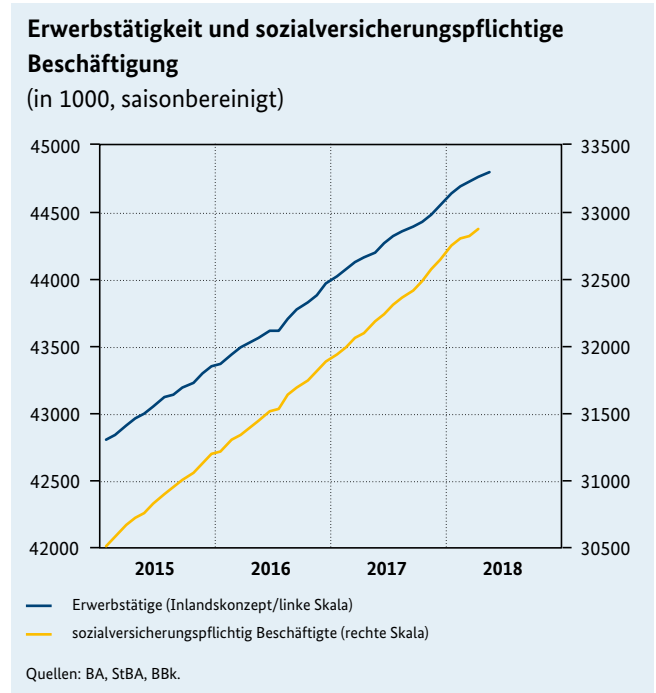
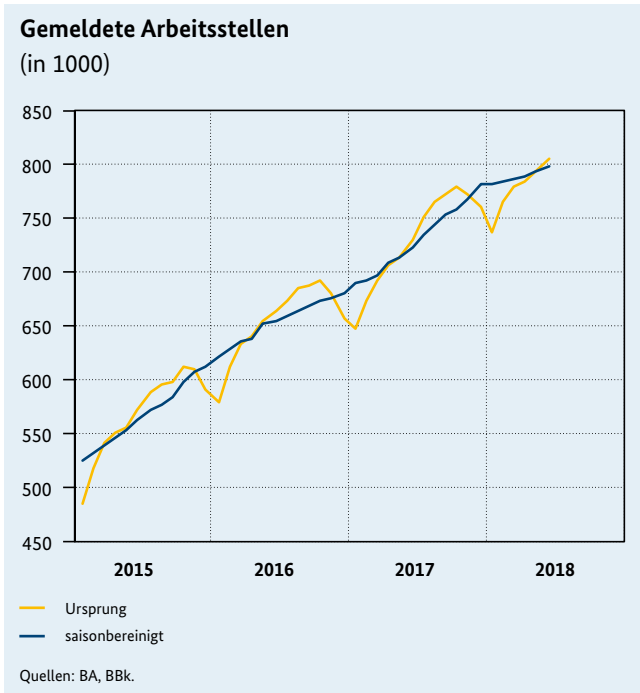
Die durch die Handelskonflikte etwas erhöhte Verunsicherung in der Wirtschaft belastet den Arbeitsmarkt bisher kaum. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nehmen kontinuierlich weiter zu, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gehen schrittweise zurück.

### ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: BA, ifo Institut.

Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit, des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befinden sich auf sehr hohem Niveau, entwickelten sich jedoch zuletzt etwas verhaltener. Der Stellenin-



dex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der die Nachfrage nach Arbeitskräften beschreibt, übertraf im Juni seinen bisherigen Höchststand. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist dank einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften im Verarbeitenden Gewerbe nahezu konstant geblieben. Im Dienstleistungssektor, Bauhauptgewerbe und Handel gingen die Beschäftigungserwartungen allerdings leicht zurück. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat sich hingegen vom Allzeithoch im März etwas weiter entfernt. Die Erwartungen zur Entwicklung der Beschäftigung zeigen damit eine deutlich aufwärtsgerichtete, jedoch etwas verlangsamte Entwicklung an. Die Arbeitslosigkeit dürfte trotz eines moderateren Ausblicks weiter abnehmen.

Der monatliche Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit im Inland hat sich in den letzten Monaten bei rund 40.000 Personen eingeepegelt; damit wird die Dynamik vom letzten Jahr nicht mehr ganz erreicht. Im Mai lag der Anstieg bei 37.000 Personen. In Ursprungszahlen gemessen gab es 44,8 Mio. Erwerbstätige. Auch gegenüber dem Vorjahr nahm der Zuwachs (+593.000 Personen) leicht zu.

Prägend ist dabei die steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Saisonbereinigt war der Zuwachs im April mit 60.000 Personen deutlich kräftiger als im Vormonat. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass im März die Entwicklung durch Sondereffekte (Lage des Zähltags) unterzeichnet wurde und der Anstieg im April dementsprechend höher

ausfiel. Nach den Ursprungszahlen lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei knapp 32,8 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Zuwachs 770.000 Personen bzw. 2,4%. In nahezu allen Branchen waren mehr Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresmonat.

## Arbeitsmarkt

### Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,525	2,325	2,384	2,315	2,276
gg. Vorjahr in 1.000	-209	-188	-185	-182	-197
gg. Vorperiode in 1.000*	-70	-40	-8	-12	-15
Arbeitslosenquote	5,7	5,1	5,3	5,1	5,0

### Erwerbstätige (Inland)

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,7	44,3	44,5	44,6	44,8
gg. Vorjahr in 1.000	596	610	598	592	593
gg. Vorperiode in 1.000*	133	195	35	37	37

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	Feb.	März	April
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,7	32,6	32,6	32,7	32,8
gg. Vorjahr in 1.000	752	780	798	743	770
gg. Vorperiode in 1.000*	209	219	51	17	60

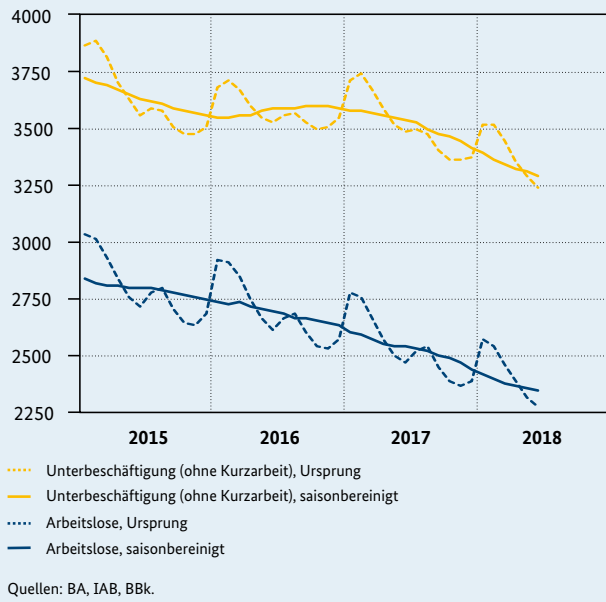
Quellen: BA, StBA, BBk.

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

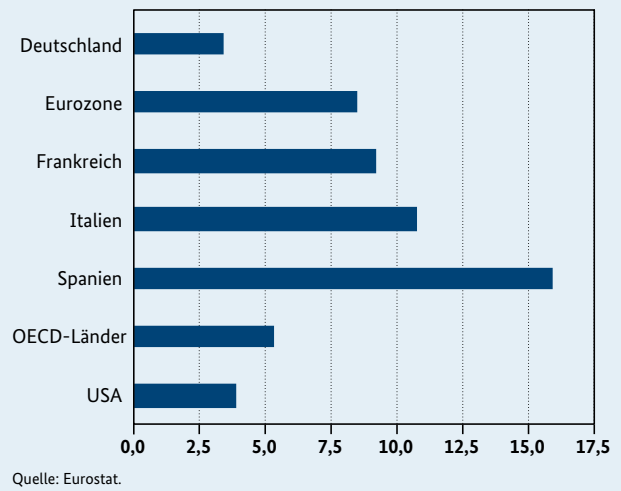
Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Juni saisonbereinigt um 15.000 Personen. Die Einflüsse der Fluchtmigration sind am aktuellen Rand wegen des umfangreichen Einsatzes entlastender Maßnahmen weiterhin gering. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,28 Mio. Personen (-40.000 zum Vormonat). Der Vorjahresstand wurde um 197.000 Personen (-8,0%) unterschritten<sup>3</sup>. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hat im Vorjahresvergleich im Saldo insgesamt abgenommen. Die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst, war dabei geringfügig höher als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,0%. Neben wirtschaftsstarken Regionen mit Vollbeschäftigung gibt es aber auch Städte mit Arbeitslosenquoten von mehr als 12%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringerte sich im Juni auf 818.000 Personen, dies sind 85.000 weniger als vor einem Jahr. Die Langzeitarbeitslosigkeit deutet gleichfalls auf fortbestehende strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt hin.

Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) lag im Mai bei 3,4%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

**Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung**  
(in 1000)



**Internationale Erwerbslosenquoten**  
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Mai 2018)



Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen umfasst, die ihren Wunsch nach Beschäftigung nicht realisieren können und daher zunächst an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich im Juni saisonbereinigt um 16.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen wurden 3,24 Mio. Personen als unterbeschäftigt (ohne Kurzarbeiter) ausgewiesen. Die Unterbeschäftigung ist damit weiterhin um knapp eine Million Personen höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang um 241.000 Personen erneut sehr kräftig.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung<sup>4</sup> sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren

- 3 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Juni im Vorjahresvergleich um 161.000 Personen bzw. 8,8%. Auch bei ausländischen Staatsbürgern ging sie weiter zurück (um 36.000 Personen bzw. 5,6%).
- 4 Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots infolge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Fluchtmigration hat zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Menschen aus den wichtigsten Zuwanderungsländern – neue osteuropäische Mitgliedstaaten, GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, 8 nichteuropäische Asylherkunftsländer, West-Balkanstaaten, Russland und Ukraine – geführt (im April gegenüber dem Vorjahr um 316.000 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Ländern war im Juni ( 20.000 Personen gegenüber dem Vorjahr) erneut rückläufig.



Erwerbspersonen. Arbeitslose und andere Unterbeschäftigte profitieren weniger von der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, da oftmals die Profile der Arbeitslosen hinsichtlich Beruf und Qualifikation nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen oder größere räumliche Distanzen der Vermittlung entgegenstehen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung erfolgt dadurch schleppender.

## 6. Preise

### Die aufwärts tendierenden Rohölpreise verstärken den Preisauftrieb.

Nach einer ruhigen Preisentwicklung im ersten Quartal dieses Jahres hat die Preisdynamik im zweiten Jahresviertel etwas angezogen. Die Verbraucherpreise erhöhten sich mit einer Verlaufsrate von 0,7% deutlich kräftiger als noch im ersten Quartal (+0,3%). Maßgeblich hierfür war die Entwicklung der Rohölpreise, die ihren seit Mitte 2017 anhaltenden Aufwärtstrend beschleunigt fortsetzten. Der Preis der europäischen Leitsorte Brent erhöhte sich im zweiten Quartal auf durchschnittlich knapp 75 US-Dollar und lag damit etwa 12% höher als noch im ersten Jahresviertel. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Preis noch spürbarer und nahm

um nahezu 50% zu. Insgesamt hat sich dadurch der Preisdruck auf allen Preisebenen in den vergangenen Monaten erhöht. Er dürfte aber dennoch im weiteren Jahresverlauf relativ maßvoll bleiben.

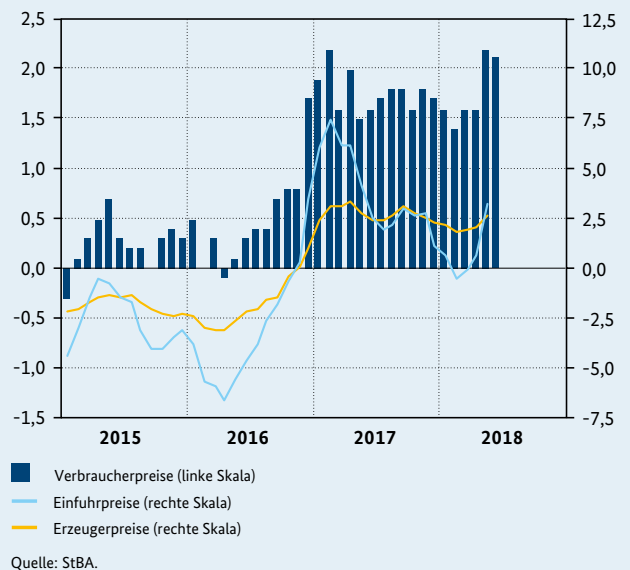
Die Einfuhrpreise zogen im Mai (letzter Datenstand) deutlich um 1,6% im Vergleich zum Vormonat an, insbesondere weil sich Energieprodukte infolge der höheren Rohölnotierungen merklich verteuerten. So musste zum Beispiel für importierte Mineralölzeugnisse im Mai durchschnittlich 9,6% mehr bezahlt werden als noch im April. Darüber hinaus erhöhten sich die Preise für Vorleistungsgüter, wenn auch weniger stark als die Energiepreise. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Preise für Importwaren im Mai um 3,2%. Auch hier waren in erster Linie Preisanhebungen im Energiebereich ausschlaggebend. Bleibt dieser schwankungsanfällige Posten außen vor, lagen die Preise für Importgüter nur knapp über Vorjahresniveau (+0,4%).

Die Preise für deutsche Exportwaren erhöhten sich im Mai gegenüber dem Vormonat ebenfalls spürbar um 0,5%. Wie auch bei den Einfuhrpreisen waren hierfür im Schwerpunkt die Energie- und Vorleistungsgüterprodukte verantwortlich. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit 1,3% verstärkt zu. Die Terms of Trade verschlechterten sich im Mai wegen des starken Rohölpreisanstiegs gegenüber dem Niveau des Vormonats um 1,1% und gegenüber dem Vorjahr um 1,7%.

**Rohölpreis der Sorte Brent**  
(je Barrel)



**Preisentwicklung**  
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Im Inlandsabsatz nahmen die Erzeugerpreise im Mai im Vergleich zum April um 0,5% zu, vor allem weil auch auf dieser Preisstufe die Energiepreise den zweiten Monat in Folge deutlich anzogen. Im Vorjahresvergleich stiegen die Preise auf der Produzentenstufe um 2,7%. Energie war um 5,5% teurer als ein Jahr zuvor, was der höchsten Teuerungsrate seit über sechs Jahren entspricht. Ohne Energie gerechnet erhöhten sich die Preise für die deutschen Produzenten nur um 1,7%.

### Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Mai	Juni	Mai	Juni
Insgesamt	0,5	0,1	2,2	2,1
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	0,1	1,6	1,4
Nahrungsmittel	0,2	-0,3	3,5	3,4
Verkehr	2,1	0,6	3,1	1,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	8,5	2,5	10,4	0,2
Pauschalreisen	0,3	0,4	2,2	2,2
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	2,2	0,5	5,1	6,4
Energie	4,8	1,5	8,2	11,3
Kraftstoffe	0,5	0,3	1,9	1,5
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,5	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Mai auf Juni geringfügig um 0,1%. Teurer wurden vor allem Kraftstoffe sowie mit der einsetzenden Haupturlaubszeit in Deutschland auch Pauschalreisen und Freizeitangebote. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – schwächte sich im Juni trotzdem leicht ab. Sie sank um 0,1 Prozentpunkte auf 2,1%. Kennzeichnend für die Preisentwicklung war neben den gestiegenen Energiepreisen auch die Verteuerung von Nahrungsmitteln. Die Kerninflationsrate – ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise – ging dementsprechend im Juni auf 1,4% zurück.

## 7. Monetäre Entwicklung

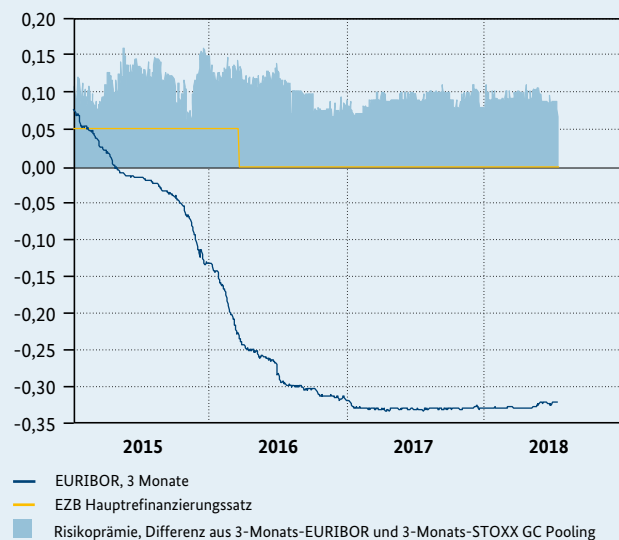
Die Inflationsrate in der Eurozone steigt im Juni auf 2,0%.

Die EZB kündigt das Ende der Anleihekäufe zum Jahresende an.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4% an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25%. Seit Jahresbeginn hat die EZB ihre monatlichen Anleihekäufe auf 30 Mrd. Euro halbiert. Im Juni kündigte die EZB an, den Zukauf von Anleihen zum Jahresende einzustellen. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit ca. 4,6 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

### Geldmarktsätze in der Eurozone

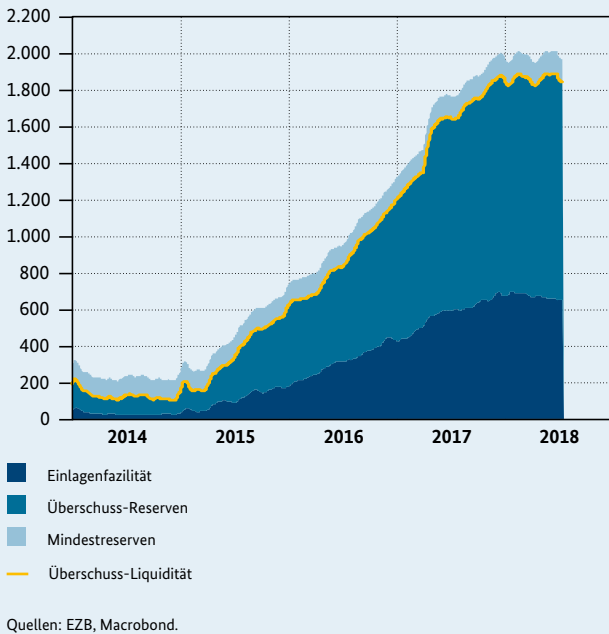
(in %)



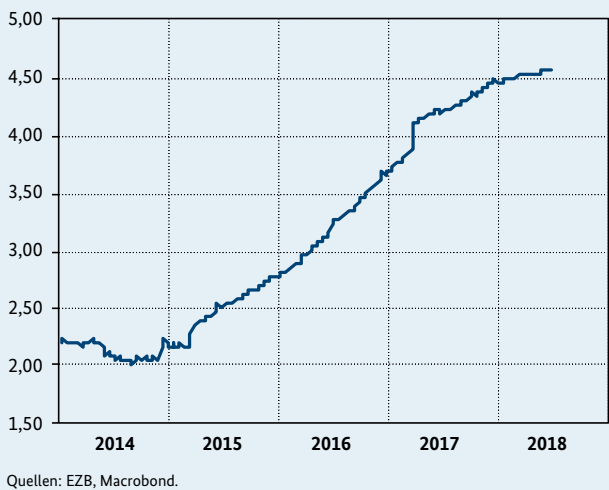
Quelle: Macrobond.

Jüngst betonte die EZB ihre Einschätzung einer sich fortsetzenden, soliden Erholung der Konjunktur im Euroraum. Die Inflationsrate in der Eurozone zog im Juni erneut an und erreichte 2,0%. Dies ist maßgeblich auf höhere Energiepreise zurückzuführen, die Kerninflation sank im Juni leicht auf 0,9%.

**Liquidität im Eurobankensystem**  
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



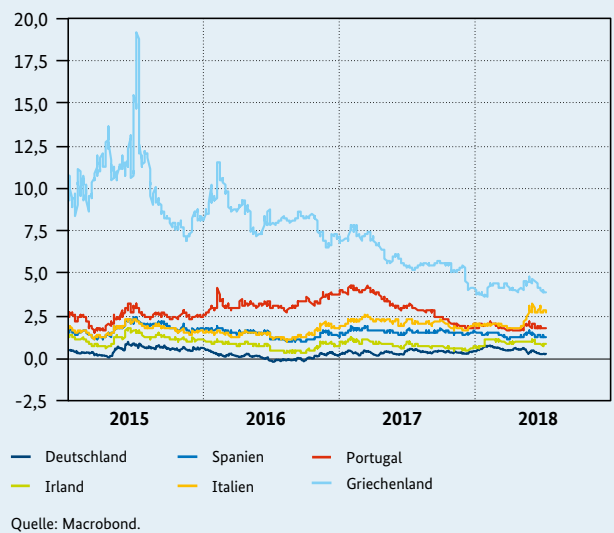
**EZB Bilanzsumme**  
(in Bio. Euro)



Die US-amerikanische Notenbank (Fed) setzt ihre geldpolitische Wende fort. Im Juni hob sie den US-Leitzins weiter um 25 Basispunkte an. Er liegt nun in einer Bandbreite von 1,75 % bis 2,0%. Die Renditen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen aktuell bei etwa 2,9% und damit deutlich über den Sätzen für Staatsanleihen aus fast allen Ländern der Eurozone.

Nach einer kräftigen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im Mai bewegt sich der Kurs am aktuellen Rand seitwärts; zur Monatsmitte Juli notiert der Euro bei 1,17 Dollar. Auch gegenüber dem japanischen Yen und dem britischen Pfund blieb der Wert des Euro zuletzt relativ stabil und liegt momentan bei etwa 130 Yen bzw. etwa 0,88 Pfund.

**Renditen zehnjähriger Staatsanleihen**  
(Tageswerte in %)



Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit sank zuletzt weiter und beträgt gegenwärtig ca. 0,3%. Wenngleich Zinsniveaunterschiede existieren, rangieren die Renditen auf Staatsanleihen der Eurostaaten allgemein auf niedrigem Niveau. Die Zinsspanne hat sich in den letzten Monaten erhöht, was auf die gestiegenen Zinsen auf italienische Staatsanleihen zurückgeht. Mit Ausnahme Griechenlands liegt die Zinsspanne bei derzeit bei 0,2 bis 2,7%. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen verharren weiterhin auf sehr niedrigem Niveau; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren liegen derzeit bei etwas unter 1,1%.

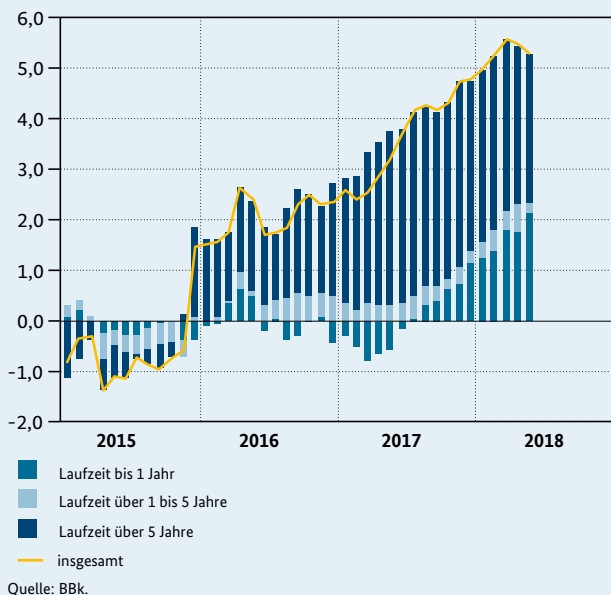
Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland lag im Mai 2018 rund 5,0% über dem Vorjahresniveau und hat damit am aktuellen Rand etwas an Dynamik verloren. Nachfrageseitig zeigen die April-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Unternehmen nach Krediten weiter zunehmen. Auf der Angebotsseite ist zu sehen, dass Vergabestandards weiter gelockert werden.

Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Mai um 3,2% über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,6%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Die Kreditvergabe im Euroraum hat in den zurückliegenden Monaten ebenfalls weiter angezogen. Im Mai stieg das Kreditvolumen für private Haushalte um 3,2%. Für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zog das Wachstum des Kreditvolumens mit 3,6% im Vergleich zum Vorjahr etwas an.

Die Zinsabstände für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums sind in der Tendenz weiter fallend. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum müssen aktuell durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen.

**Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland**  
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Mai 2018 um 4,0% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr um 7,5% gestiegen ist.

# III. Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>										
	2015		2016		2017				2018		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3
Inländische Verwendung	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,2	- 1,2	+ 0,5	- 0,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,7
Ausrüstungen	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,4	- 1,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2
Bauten	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,0	- 1,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,9	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 2,1
Sonstige Anlagen	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1	+ 1,5
Exporte	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,6	- 1,0
Importe	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,8	- 1,1
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>											
Inländische Verwendung	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Ausrüstungen	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1
Bauten	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,2
Sonstige Anlagen	+ 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	+ 0,1
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Außenbeitrag	- 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,5	- 0,1

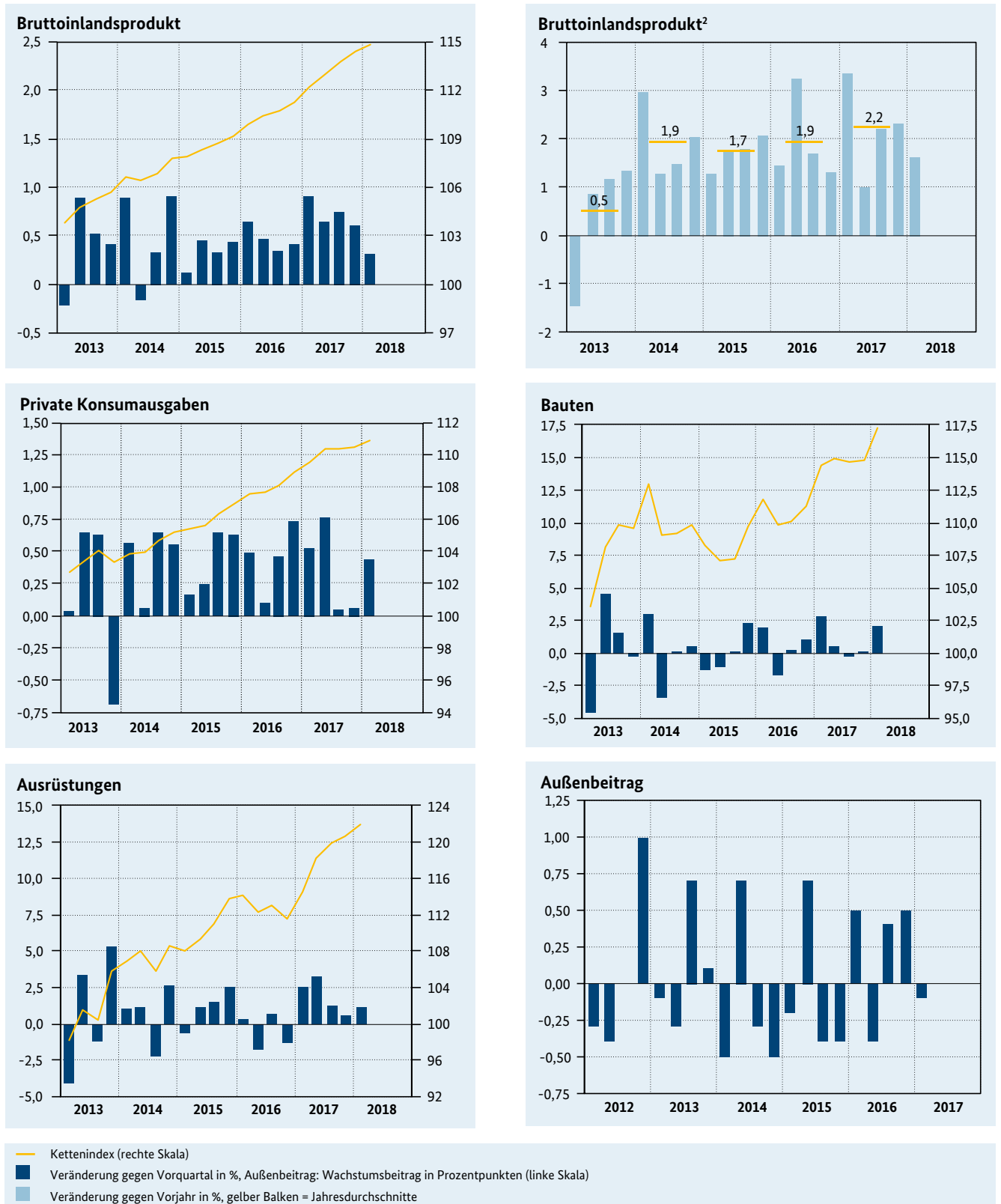
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>										
	2017						2018				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,4	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,6
Inländische Verwendung	- 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4
Konsumausgaben des Staates	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,3	+ 3,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,6	+ 1,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,7
Ausrüstungen	- 3,2	- 2,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,2	+ 4,0	+ 3,6	+ 1,7	+ 4,5	+ 6,0	+ 4,4
Bauten	+ 0,5	- 1,1	+ 2,3	- 1,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 5,6	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,1
Exporte	+ 2,8	+ 1,7	+ 4,6	+ 5,2	+ 2,6	+ 4,6	+ 6,9	+ 1,4	+ 4,9	+ 5,5	+ 3,0
Importe	- 0,1	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,6	+ 3,9	+ 5,2	+ 5,6	+ 4,7	+ 5,8	+ 4,6	+ 3,3

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>										
	2015		2016			2017				2018	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>											
Bruttowertschöpfung	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,4	- 0,4	+ 1,6	- 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,5	- 0,6
Baugewerbe	+ 0,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6	+ 2,5	+ 1,1	- 0,1	+ 1,0	+ 0,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Unternehmensdienstleister	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>3</sup>										
	2017						2018				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>											
Preisindex	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4
<b>Kennzahlen</b>											
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,3	+ 3,3	- 0,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,1
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	- 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,8	- 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,8
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,6
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3
Terms of Trade	- 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	- 1,0	- 2,3	- 1,2	- 0,1	- 0,4	+ 0,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2018	2019
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2018	(+ 2,0) <sup>a</sup>	(+ 2,1) <sup>a</sup>
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2018	+ 1,9	+ 1,7
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2018	+ 1,8	+ 1,8
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2018	+ 2,0	+ 2,3
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2018	+ 1,7	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2018	+ 1,8	+ 1,5
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	05/2018	+ 2,1	+ 2,1
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2018	+ 2,3	+ 2,1
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2018	+ 2,2	+ 2,0
EU	Europäische Kommission	02/2018	+ 2,3	+ 2,1

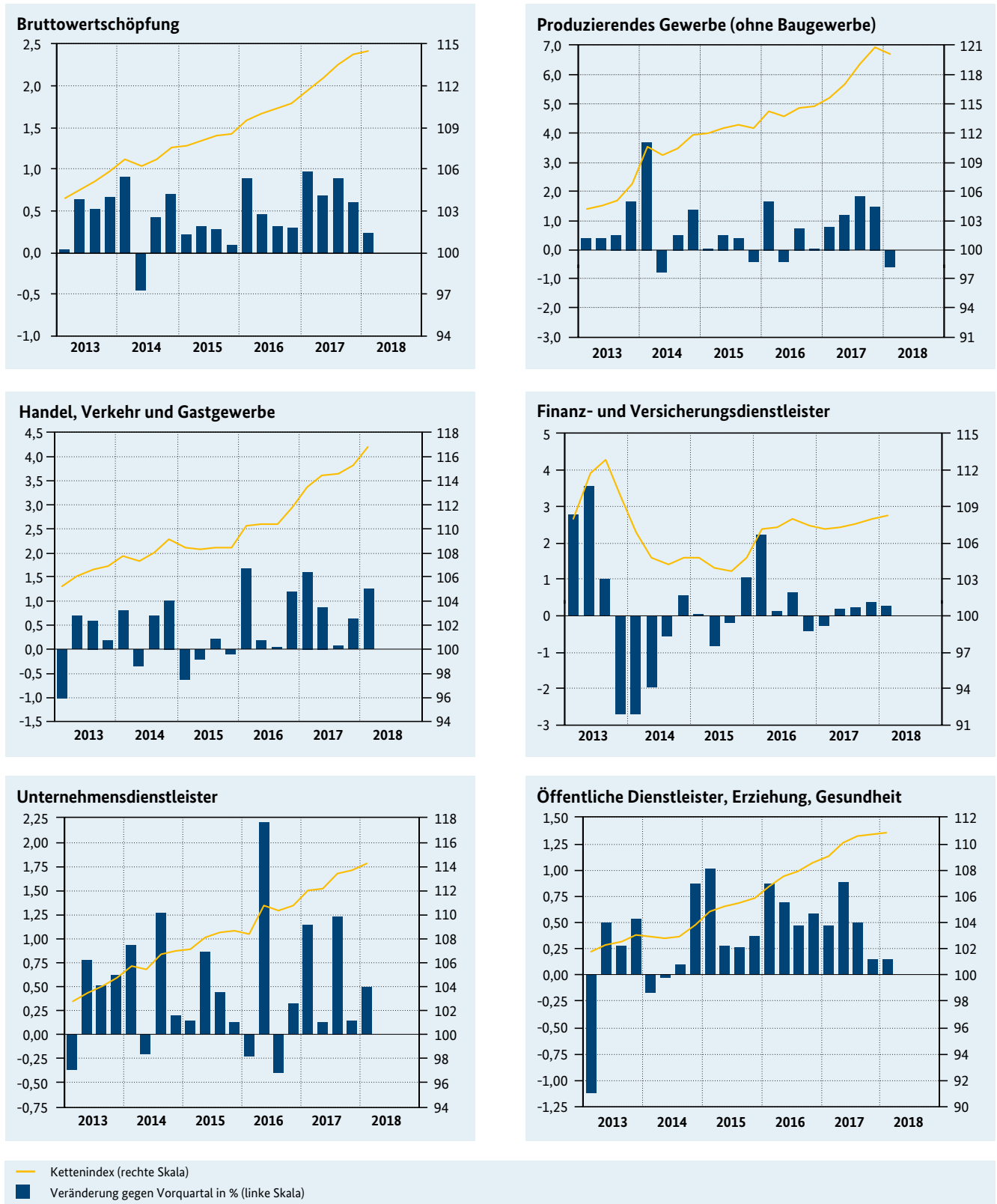
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.



# 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



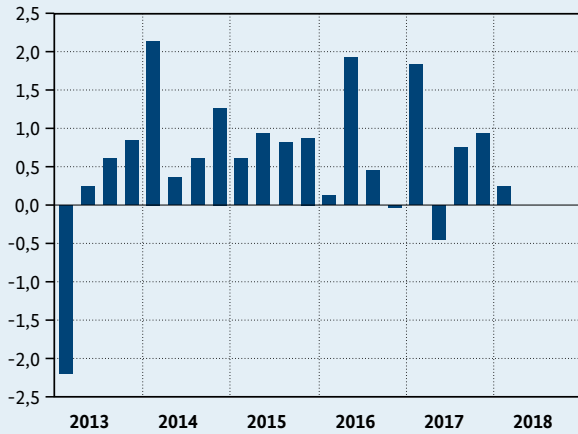
Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

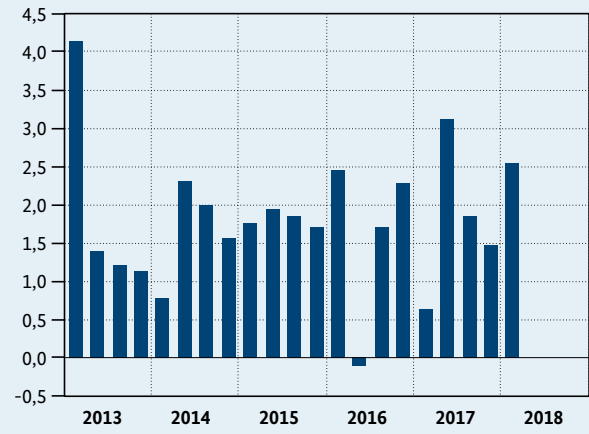
## 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland

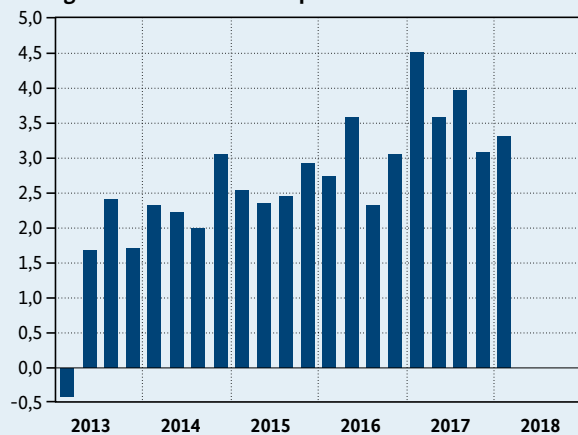
### Arbeitsproduktivität<sup>2</sup>



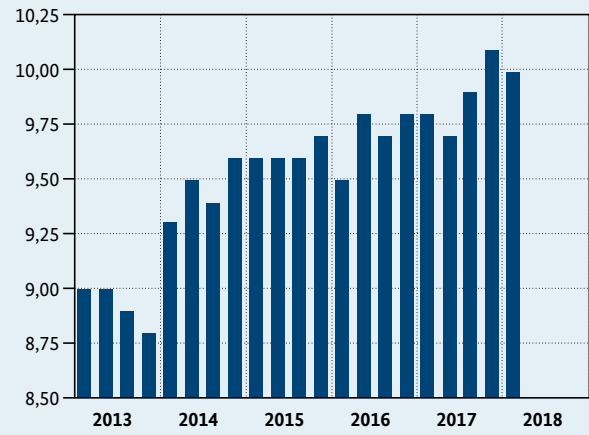
### Lohnstückkosten<sup>3</sup>



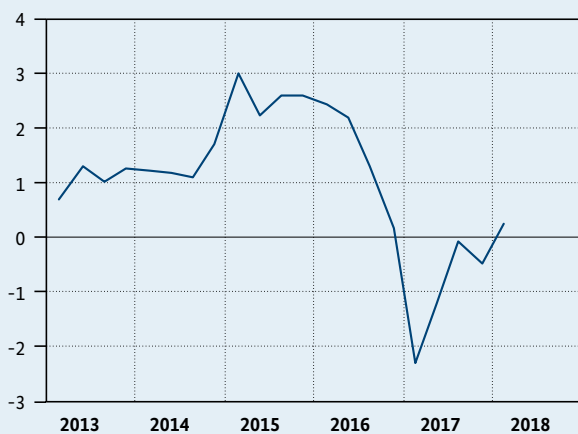
### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte<sup>4</sup>



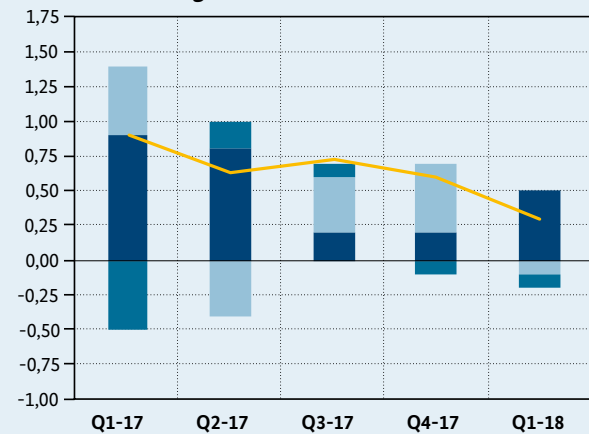
### Sparquote<sup>5</sup>



### Terms of Trade<sup>4</sup>



### Wachstumsbeiträge<sup>6</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen  
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.6 Internationaler Vergleich

					2015		2016			2017				2018		
	2014	2015	2016	2017	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>	<b>Veränderungen gg. Vorperiode in %</b>															
Deutschland	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	-
Japan	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	-
USA	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	-
China	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,8

	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
	2014	2015	2016	2017	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
Deutschland	+ 7,5	+ 9,0	+ 8,5	+ 7,9	+ 9,6	+ 9,1	+ 8,9	+ 8,9	+ 8,0	+ 8,2	+ 8,1	+ 7,1	+ 8,2	+ 8,2	+ 8,6	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,9	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	-
Japan	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	-
USA	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,4	- 2,2	- 2,4	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,3	- 2,5	- 2,1	- 2,4	- 2,5	-
China	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	-

				2017					2018							
	2015	2016	2017	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Arbeitslosenquoten<sup>5</sup></b>	<b>in %</b>															
Deutschland	4,6	4,2	3,7	3,8	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	10,9	10,0	9,1	9,0	9,0	9,0	8,9	8,8	8,7	8,7	8,6	8,6	8,5	8,4	8,4	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	9,4	8,6	7,6	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7,0	-
Japan	3,4	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,4	2,5	2,5	2,5	2,2	-
USA	5,3	4,9	4,4	4,3	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	3,9	3,8	4,0
China	4,1	4,0	3,9	4,0	3,6	3,6	3,6	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	-	-	-

	<b>Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %</b>															
	2014	2015	2016	2017	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
<b>Verbraucherpreise</b>	<b>Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %</b>															
Deutschland	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,1
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,0
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 0,0	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	-
Japan	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	-
USA	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9
China	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

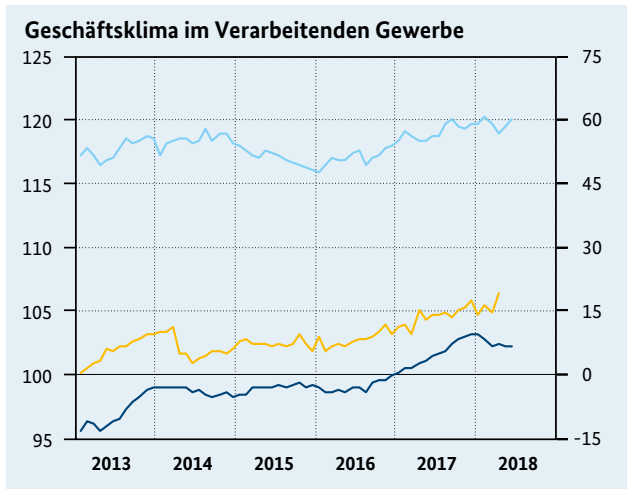
## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2017		2018		2018					
	2015	2016	2017	3.Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Welt</b>													
OECD & major six CLI <sup>1</sup>	99,9	99,6	100,0	100,0	100,0	100,0	-	100,0	100,0	100,1	100,1	-	-
CPB Welt Industrieproduktion <sup>2</sup>	115,0	117,2	121,2	121,7	123,0	124,1	-	124,1	124,4	124,8	-	-	-
CPB Welthandel <sup>2</sup>	113,6	115,4	120,7	121,3	122,6	124,0	-	124,2	122,7	123,5	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2852	2225	2305	2236	2416	2586	2736	2556	2613	2744	2784	2822	-
<b>Eurozone</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>3</sup>	- 2,8	- 2,6	5,0	6,1	8,9	8,5	7,0	8,8	7,0	7,3	6,9	6,9	-
Industrieproduktion <sup>4</sup>	100,0	101,7	104,7	105,5	106,8	106,2	-	105,7	106,2	105,3	106,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,2	0,9	1,1	1,1	1,0	1,1	-	1,2	1,1	1,0	1,1	-	-
Konsumentenvertrauen <sup>5</sup>	- 6,2	- 7,8	- 2,5	- 1,5	- 0,2	0,5	0,0	0,1	0,1	0,3	0,2	- 0,5	-
<b>USA</b>													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>	51,3	51,4	57,4	58,7	58,7	59,7	58,7	60,8	59,3	57,3	58,7	60,2	-
Industrieproduktion <sup>7</sup>	104,1	102,1	103,7	103,3	105,3	105,9	-	105,9	106,4	107,4	107,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,1	1,8	2,3	2,2	2,4	2,8	2,9	2,9	2,8	2,9	3,0	2,9	-
Konsumentenvertrauen <sup>8</sup>	98,0	99,8	120,5	120,3	126,0	127,1	126,9	130,0	127,0	125,6	128,8	126,4	-
<b>Japan</b>													
All-Industry-Activity-Index <sup>9</sup>	102,5	102,9	104,7	104,8	105,5	105,1	-	105,6	104,9	106,4	-	-	-
Industrieproduktion <sup>10</sup>	97,9	97,6	102,0	102,3	103,9	102,6	-	102,8	104,2	104,6	104,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,3	- 0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Konsumentenvertrauen <sup>11</sup>	41,3	41,7	43,8	43,8	44,5	44,4	43,7	44,3	44,3	43,6	43,8	43,7	-
<b>China</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>12</sup>	49,9	50,3	51,6	51,8	51,7	51,0	51,6	50,3	51,5	51,4	51,9	51,5	-
Industrieproduktion <sup>13</sup>	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,6	+ 7,2	+ 6,0	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,4	2,9	3,6	3,6	3,9	3,9	3,6	3,8	3,7	3,6	3,6	3,5	-
Konsumentenvertrauen <sup>14</sup>	105,9	104,4	115,6	116,0	122,6	122,9	-	124,0	122,3	122,9	122,9	-	-

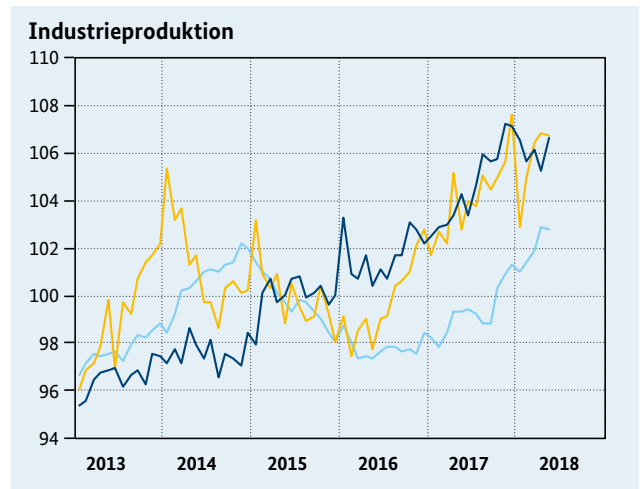
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

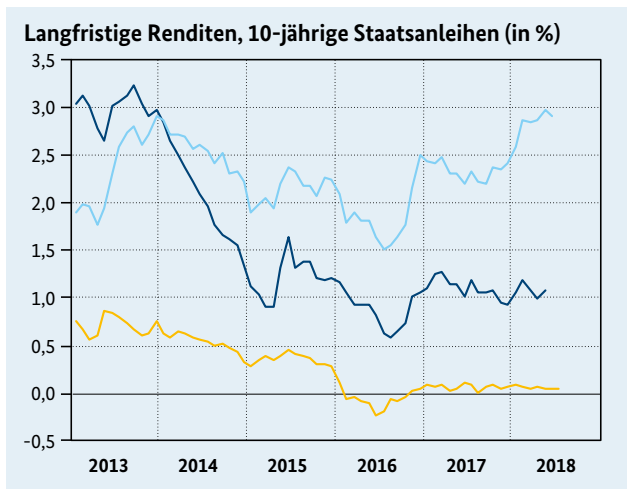
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



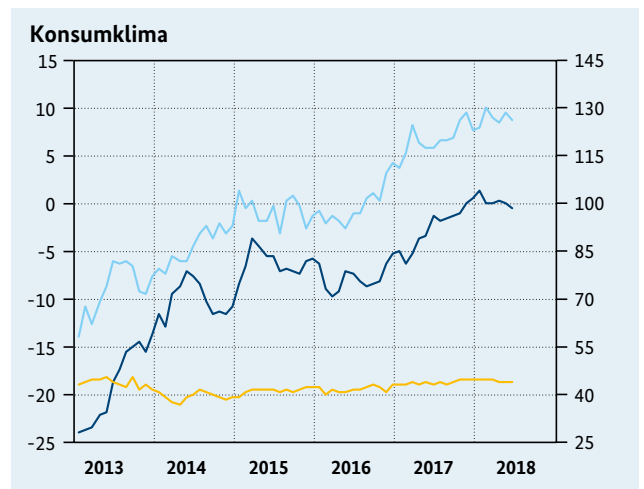
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
 — USA<sup>4</sup>  
 — Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
 — USA  
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
 — USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
 — Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

## 2. Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

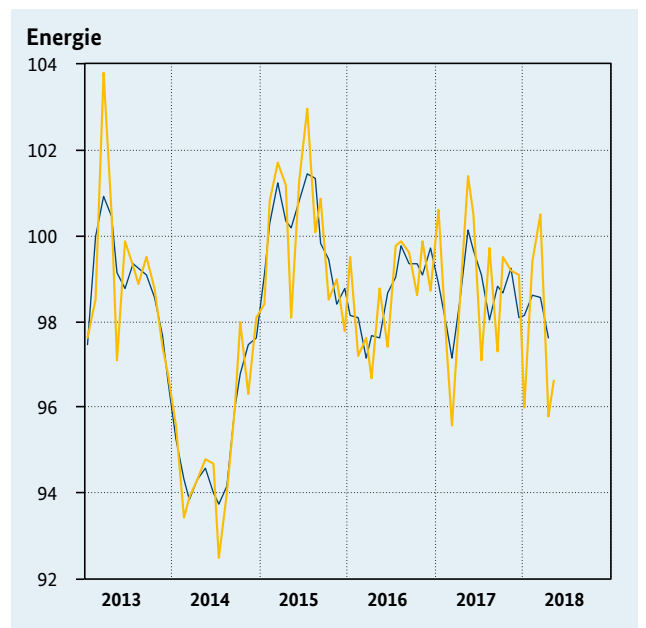
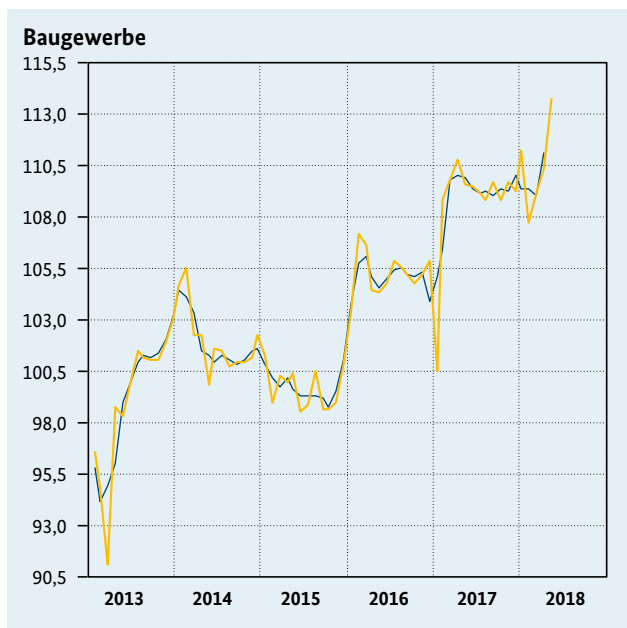
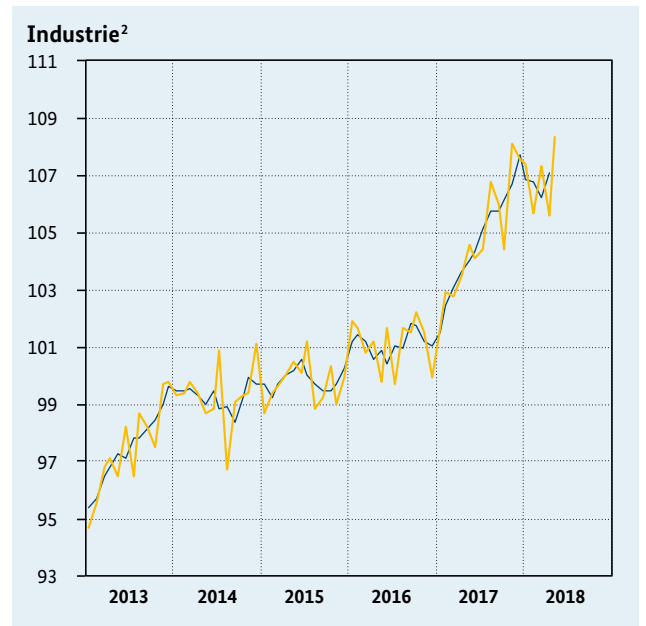
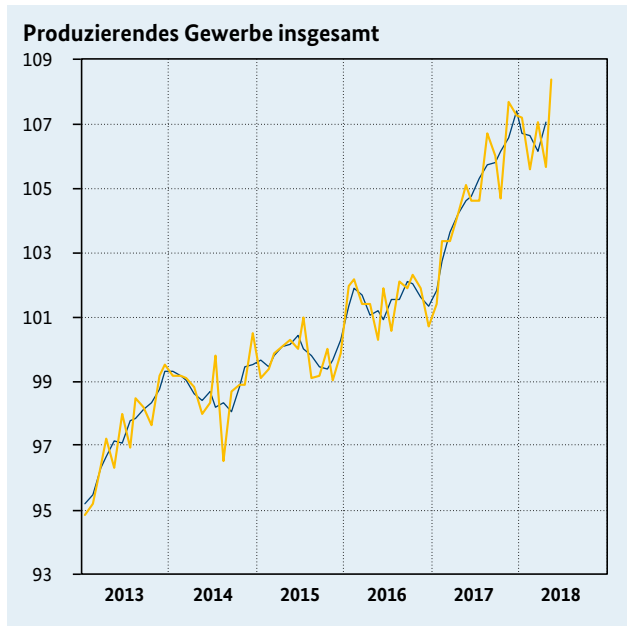
		2017			2018			2017	2018					
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>Produktion<sup>1</sup></b>														
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	Index	99,8	101,6	104,9	104,6	105,8	106,6	106,6	107,3	107,2	105,6	107,1	105,7	108,4
	gg. Vp. in %	1,0	1,8	3,2	1,9	1,1	0,8	0,0	-0,4	-0,1	-1,5	1,4	-1,3	2,6
	gg. Vj. in %	1,0	1,8	3,2	3,4	4,1	4,8	3,8	6,3	6,1	2,1	3,6	1,4	3,1
<b>Industrie<sup>2</sup></b>	Index	99,7	101,1	104,7	104,1	105,7	106,7	106,8	107,6	107,4	105,7	107,3	105,6	108,4
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	3,6	1,6	1,5	0,9	0,1	-0,5	-0,2	-1,6	1,5	-1,6	2,7
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	3,7	3,2	4,8	5,4	4,3	7,7	5,8	2,6	4,3	2,0	3,6
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	105,0	104,2	105,9	107,3	106,4	108,4	106,9	106,2	106,2	104,4	107,5
	gg. Vp. in %	-0,1	1,1	4,1	1,7	1,6	1,3	-0,8	0,6	-1,4	-0,7	0,0	-1,7	3,0
	gg. Vj. in %	-0,1	1,1	4,0	3,4	5,2	6,3	3,8	7,9	5,0	3,5	3,0	0,3	3,3
Investitionsgüter	Index	99,7	101,3	105,0	104,3	106,0	107,0	107,1	108,0	107,9	105,1	108,3	106,8	107,8
	gg. Vp. in %	0,9	1,6	3,7	1,7	1,6	0,9	0,1	-1,0	-0,1	-2,6	3,0	-1,4	0,9
	gg. Vj. in %	0,9	1,6	3,7	3,3	4,8	5,4	4,3	8,6	6,0	1,6	5,4	3,2	2,6
Konsumgüter	Index	99,8	101,3	103,7	103,2	104,8	104,7	106,9	104,7	107,4	106,0	107,2	105,1	111,9
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	2,4	1,3	1,6	-0,1	2,1	-1,4	2,6	-1,3	1,1	-2,0	6,5
	gg. Vj. in %	0,2	1,5	2,4	2,0	3,5	3,3	4,8	4,4	6,6	3,5	4,4	2,8	7,4
<b>Baugewerbe</b>	Index	99,7	105,3	108,7	110,0	109,2	109,3	109,4	109,3	111,2	107,7	109,2	110,4	113,8
	gg. Vp. in %	-2,3	5,6	3,2	3,4	-0,7	0,1	0,1	-0,4	1,7	-3,1	1,4	1,1	3,1
	gg. Vj. in %	-2,3	5,7	3,2	5,1	3,2	3,3	3,5	2,9	16,6	-1,3	-0,6	-0,1	3,8
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup>	Index	99,7	103,1	109,4	111,6	110,9	109,0	110,1	107,0	114,6	107,3	108,3	115,8	119,8
	gg. Vp. in %	-0,7	3,4	6,1	5,1	-0,6	-1,7	1,0	-3,7	7,1	-6,4	0,9	6,9	3,5
	gg. Vj. in %	-0,7	3,5	6,0	8,9	5,9	4,9	4,7	2,8	36,0	-4,5	-4,7	2,3	7,4
Ausbaugewerbe	Index	99,7	106,9	108,2	108,7	108,0	109,5	108,8	111,0	108,7	108,0	109,8	106,4	109,3
	gg. Vp. in %	-3,9	7,2	1,2	2,1	-0,6	1,4	-0,6	2,1	-2,1	-0,6	1,7	-3,1	2,7
	gg. Vj. in %	-4,0	7,3	1,2	2,0	1,0	2,2	2,7	2,9	4,7	0,9	2,8	-2,3	0,9
<b>Energie<sup>4</sup></b>	Index	100,1	98,6	98,8	100,1	98,0	99,3	98,6	99,1	96,0	99,4	100,5	95,8	96,6
	gg. Vp. in %	5,3	-1,5	0,2	2,2	-2,1	1,3	-0,7	-0,1	-3,1	3,5	1,1	-4,7	0,8
	gg. Vj. in %	5,1	-1,4	0,1	2,6	-1,8	0,3	0,6	0,7	-4,6	1,9	5,0	-2,8	-4,6
<b>Umsätze in der Industrie<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	99,7	100,4	104,7	104,2	105,8	106,8	106,3	107,7	107,5	105,4	106,0	106,0	106,8
	gg. Vp. in %	1,4	0,7	4,3	2,1	1,5	0,9	-0,5	-0,4	-0,2	-2,0	0,6	0,0	0,8
	gg. Vj. in %	1,4	0,7	4,4	4,0	5,6	6,2	4,0	8,8	6,8	2,5	3,0	2,3	2,5
Inland	Index	99,7	99,7	102,6	102,6	103,3	103,9	104,1	104,5	104,9	103,7	103,6	103,1	104,0
	gg. Vp. in %	0,5	0,0	2,9	2,0	0,7	0,6	0,2	-0,3	0,4	-1,1	-0,1	-0,5	0,9
	gg. Vj. in %	0,5	0,0	2,9	3,2	3,9	4,2	3,5	5,5	6,1	2,1	2,6	1,1	1,2
darunter: Investitionsgüter	Index	99,6	100,1	102,8	102,9	103,9	103,3	105,7	104,6	107,1	104,8	105,1	104,6	103,2
	gg. Vp. in %	2,4	0,5	2,7	1,7	1,0	-0,6	2,3	0,3	2,4	-2,1	0,3	-0,5	-1,3
	gg. Vj. in %	2,4	0,5	2,7	3,0	4,7	3,1	4,4	5,1	7,3	2,1	4,0	2,7	0,4
Ausland	Index	99,7	101,1	106,8	105,7	108,3	109,7	108,5	110,8	110,0	107,0	108,4	108,8	109,6
	gg. Vp. in %	2,5	1,4	5,6	2,0	2,5	1,3	-1,1	-0,5	-0,7	-2,7	1,3	0,4	0,7
	gg. Vj. in %	2,5	1,4	5,7	4,8	7,1	8,1	4,5	12,0	7,6	2,9	3,3	3,6	3,8
darunter: Eurozone	Index	99,7	103,4	109,7	108,8	111,0	112,3	112,4	112,6	113,6	111,5	112,0	111,0	113,7
	gg. Vp. in %	4,3	3,7	6,1	2,0	2,0	1,2	0,1	-1,1	0,9	-1,8	0,4	-0,9	2,4
	gg. Vj. in %	4,3	3,6	6,2	5,7	6,6	8,1	5,2	11,7	7,7	5,1	3,1	2,7	4,6
		2015		2016		2017		2018						
		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,2	84,2	84,1	84,4	84,2	84,5	85,3	85,4	86,2	86,9	87,7	88,0	87,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren X13 JDemetra+); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

## 2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2017			2018				2018					
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	99,8	101,3	107,5	105,7	108,1	111,9	109,5	114,0	110,0	109,8	108,6	106,9	109,7
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	6,1	1,2	2,3	3,5	-2,1	2,7	-3,5	-0,2	-1,1	-1,6	2,6
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	6,2	5,4	7,5	8,1	4,7	8,0	8,6	3,0	2,9	0,8	4,4
Inland	Index	99,7	100,3	105,5	104,9	105,9	107,3	105,0	107,8	105,3	104,0	105,6	101,0	105,3
	gg. Vp. in %	1,6	0,6	5,2	1,3	1,0	1,3	-2,1	0,5	-2,3	-1,2	1,5	-4,4	4,3
	gg. Vj. in %	1,8	0,5	5,1	4,8	7,6	4,0	1,3	-0,3	6,7	-5,0	2,8	-6,1	3,3
Ausland	Index	99,9	102,0	109,1	106,2	109,8	115,4	112,9	118,7	113,6	114,2	110,9	111,3	113,1
	gg. Vp. in %	0,5	2,1	7,0	1,2	3,4	5,1	-2,2	4,3	-4,3	0,5	-2,9	0,4	1,6
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	7,1	5,8	7,4	11,3	7,3	13,7	10,0	9,5	3,0	6,2	5,2
Eurozone	Index	100,0	104,6	111,8	109,9	111,2	117,8	118,2	122,7	116,6	120,8	117,3	108,2	115,5
	gg. Vp. in %	4,1	4,6	6,9	1,5	1,2	5,9	0,3	5,5	-5,0	3,6	-2,9	-7,8	6,7
	gg. Vj. in %	3,9	4,8	7,1	6,5	4,7	10,2	9,0	12,7	8,9	13,3	5,0	-0,6	3,6
Nicht-Eurozone	Index	99,8	100,3	107,4	104,0	108,9	113,9	109,6	116,2	111,7	110,2	106,9	113,2	111,7
	gg. Vp. in %	-1,7	0,5	7,1	1,2	4,7	4,6	-3,8	3,5	-3,9	-1,3	-3,0	5,9	-1,3
	gg. Vj. in %	-1,6	0,6	7,0	5,2	9,1	12,0	6,2	14,4	10,9	7,0	1,7	10,7	6,1
<b>Vorleistungsgüter</b>	Index	99,8	100,9	108,2	106,1	109,7	111,9	108,5	112,9	109,3	108,5	107,7	111,0	110,3
	gg. Vp. in %	-0,6	1,1	7,2	0,9	3,4	2,0	-3,0	0,2	-3,2	-0,7	-0,7	3,1	-0,6
	gg. Vj. in %	-0,5	1,1	7,1	4,8	9,4	9,6	3,1	10,9	7,4	0,0	2,2	5,4	4,4
Inland	Index	99,8	99,5	105,3	102,2	107,3	108,0	106,1	109,2	106,5	105,5	106,4	102,3	105,9
	gg. Vp. in %	-0,8	-0,3	5,8	-1,4	5,0	0,7	-1,8	1,6	-2,5	-0,9	0,9	-3,9	3,5
	gg. Vj. in %	-0,7	-0,3	5,7	1,6	9,1	7,5	2,4	9,4	7,6	-3,5	3,7	0,7	3,6
Ausland	Index	99,8	102,4	111,4	110,2	112,3	116,1	111,1	117,0	112,4	111,8	109,2	120,5	115,0
	gg. Vp. in %	-0,3	2,6	8,8	3,1	1,9	3,4	-4,3	-1,1	-3,9	-0,5	-2,3	10,3	-4,6
	gg. Vj. in %	-0,2	2,6	8,7	8,3	9,7	11,6	3,8	12,4	7,4	3,8	0,6	10,2	5,1
<b>Investitionsgüter</b>	Index	99,8	101,6	107,4	105,5	107,5	112,5	110,5	115,7	110,7	111,4	109,3	104,5	109,4
	gg. Vp. in %	1,7	1,8	5,7	1,4	1,9	4,7	-1,8	5,0	-4,3	0,6	-1,9	-4,4	4,7
	gg. Vj. in %	1,7	1,9	5,8	5,8	6,7	7,8	5,8	6,9	9,4	5,5	3,3	-2,0	4,2
Inland	Index	99,7	101,5	106,4	108,0	105,5	107,5	104,6	107,8	105,1	103,4	105,4	99,7	104,0
	gg. Vp. in %	4,1	1,8	4,8	3,4	-2,3	1,9	-2,7	0,3	-2,5	-1,6	1,9	-5,4	4,3
	gg. Vj. in %	4,2	1,6	4,9	8,1	6,5	1,2	0,3	-6,7	6,5	-7,1	2,0	-12,4	2,1
Ausland	Index	99,9	101,7	108,1	104,1	108,7	115,6	113,9	120,5	114,0	116,2	111,6	107,4	112,6
	gg. Vp. in %	0,6	1,8	6,3	0,3	4,4	6,3	-1,5	7,7	-5,4	1,9	-4,0	-3,8	4,8
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	6,3	4,4	6,5	11,6	9,5	14,6	11,2	14,0	4,2	5,3	5,5
<b>Konsumgüter</b>	Index	99,9	100,4	105,0	104,8	105,7	106,7	106,4	105,2	108,2	104,1	106,9	105,1	110,2
	gg. Vp. in %	2,3	0,5	4,6	2,0	0,9	0,9	-0,3	-3,2	2,9	-3,8	2,7	-1,7	4,9
	gg. Vj. in %	2,1	0,5	4,7	4,7	6,0	6,0	3,5	4,1	8,8	-1,1	3,1	-0,4	5,3
Inland	Index	99,8	97,6	100,4	99,7	101,4	102,2	100,5	99,2	100,3	99,3	101,8	101,9	109,9
	gg. Vp. in %	2,0	-2,2	2,9	1,5	1,7	0,8	-1,7	-5,2	1,1	-1,0	2,5	0,1	7,9
	gg. Vj. in %	2,0	-2,2	2,9	0,4	5,8	5,2	2,2	-0,8	3,5	0,0	3,1	4,3	9,5
Ausland	Index	99,9	102,5	108,5	108,6	109,0	110,2	111,0	109,8	114,3	107,9	110,9	107,5	110,4
	gg. Vp. in %	2,4	2,6	5,9	2,2	0,4	1,1	0,7	-1,9	4,1	-5,6	2,8	-3,1	2,7
	gg. Vj. in %	2,3	2,7	5,9	7,9	6,0	6,6	4,5	7,7	12,7	-1,8	3,3	-3,5	2,4
<b>Industrie ohne Großaufträge<sup>2</sup></b>	Index	99,8	101,1	107,4	105,3	109,0	111,2	109,3	112,7	110,1	109,0	108,7	107,7	110,1
	gg. Vp. in %	1,3	1,3	6,2	1,2	3,5	2,0	-1,7	1,0	-2,3	-1,0	-0,3	-0,9	2,2
	gg. Vj. in %	1,3	1,4	6,1	5,0	8,3	7,8	4,7	9,0	7,2	3,8	3,5	2,7	4,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

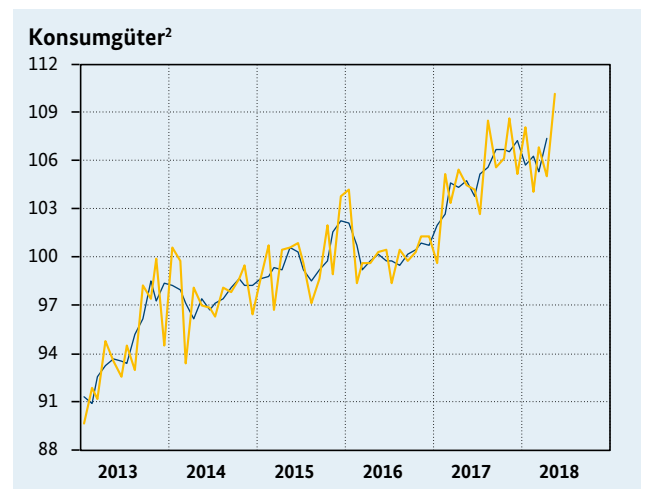
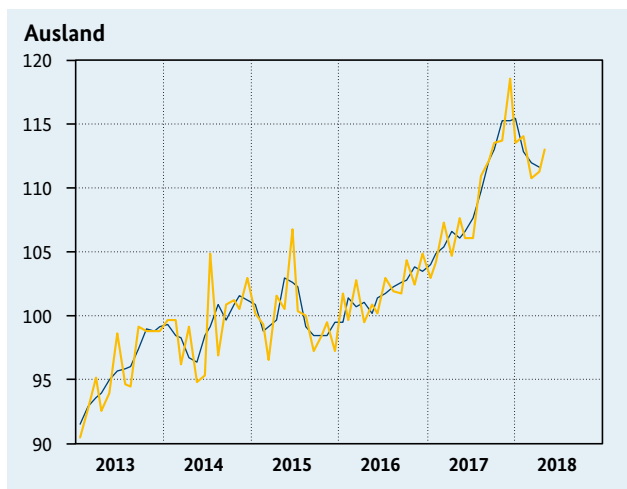
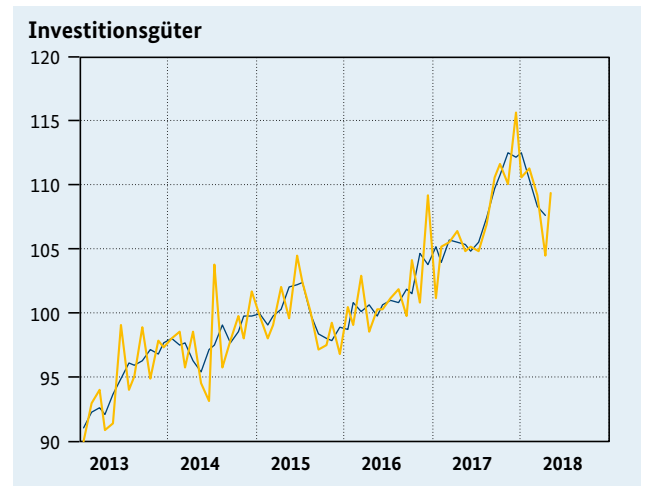
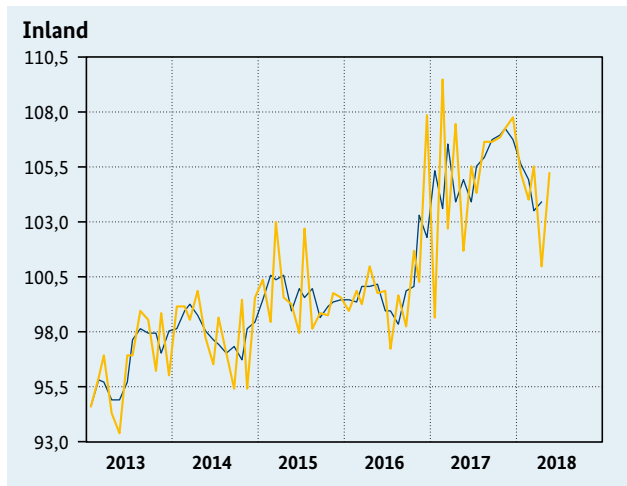
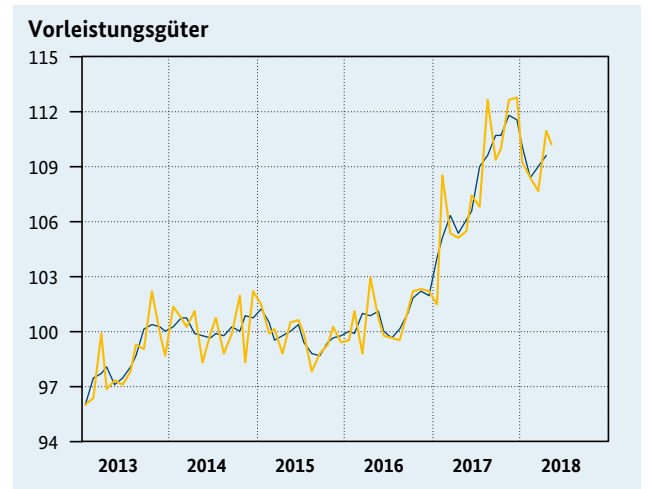
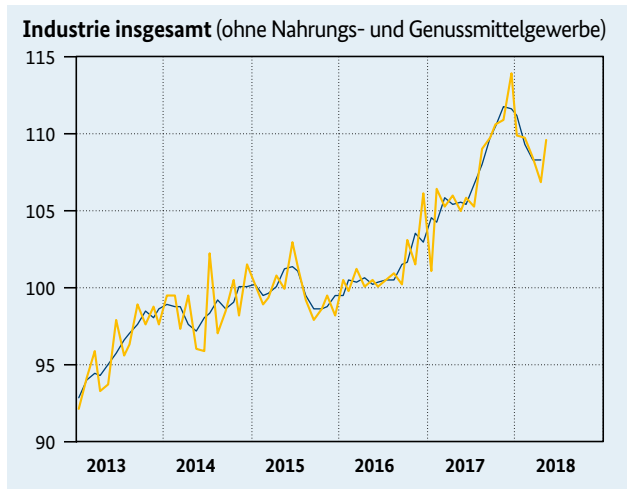
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.



## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

## 2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

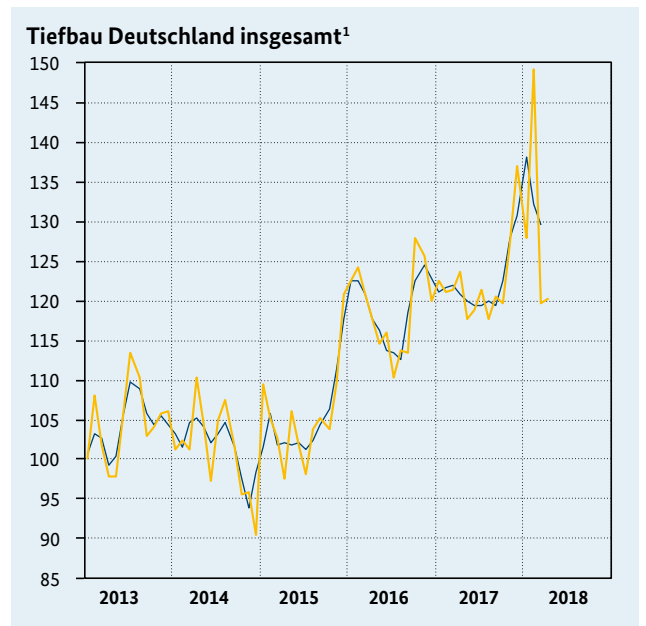
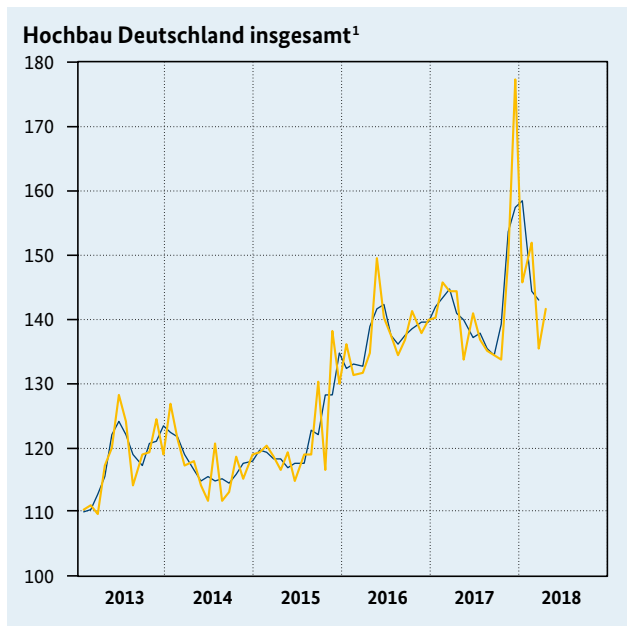
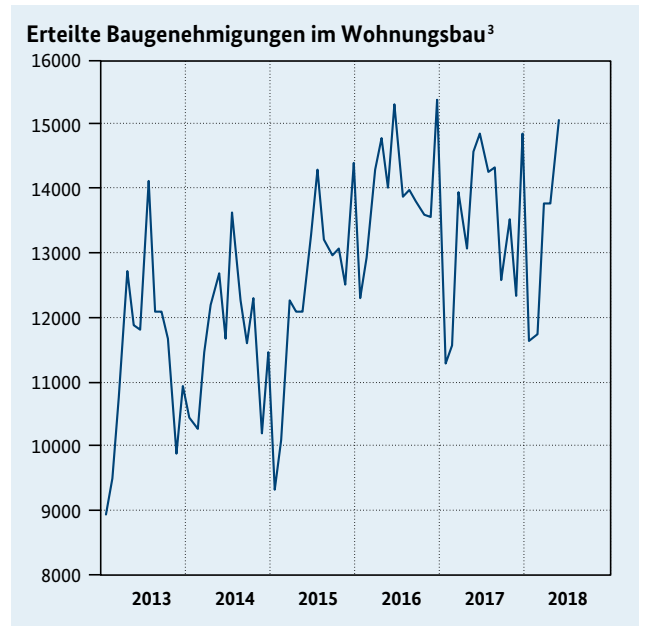
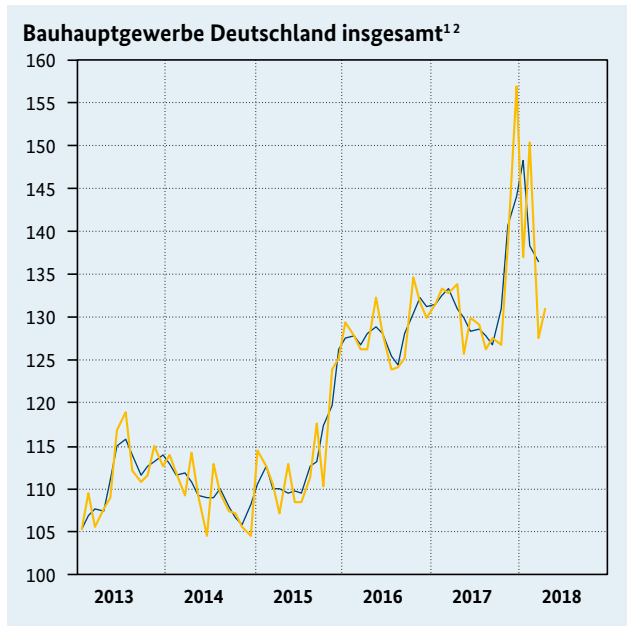
					2017			2018		2018					
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>															
<b>Bauhauptgewerbe</b>		Index	113,6	128,3	132,8	129,9	127,7	140,7	138,4	157,1	137,0	150,5	127,7	131,0	-
		gg. Vp. in %	4,0	12,9	3,5	-2,0	-1,7	10,2	-1,6	13,5	-12,8	9,9	-15,1	2,6	-
		gg. Vj. in %	3,8	13,1	3,5	1,1	2,2	6,7	3,6	21,5	4,4	13,0	-3,7	-2,5	-
Hochbau		Index	121,8	137,7	143,1	139,8	135,6	153,6	144,4	177,3	145,9	151,8	135,5	141,8	-
		gg. Vp. in %	3,8	13,1	3,9	-2,6	-3,0	13,3	-6,0	18,6	-17,7	4,0	-10,7	4,6	-
		gg. Vj. in %	3,8	13,3	3,9	-1,2	-0,9	10,0	0,1	27,6	4,1	4,6	-6,0	-1,7	-
Wohnungsbau		Index	150,1	172,4	176,7	170,1	165,2	193,3	175,6	224,6	186,3	180,3	160,2	183,3	-
		gg. Vp. in %	11,3	14,9	2,5	-4,5	-2,9	17,0	-9,2	25,0	-17,1	-3,2	-11,1	14,4	-
		gg. Vj. in %	11,4	14,9	2,3	-0,2	-5,4	10,8	-2,0	37,8	6,0	1,8	-9,9	9,9	-
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	107,8	120,4	126,5	124,7	120,9	133,9	129,0	153,9	125,9	137,7	123,3	121,2	-
		gg. Vp. in %	-0,7	11,7	5,1	-1,3	-3,0	10,8	-3,7	14,4	-18,2	9,4	-10,5	-1,7	-
		gg. Vj. in %	-0,8	12,1	4,9	-1,9	2,4	9,4	1,6	21,4	2,9	6,5	-3,2	-9,4	-
Tiefbau		Index	105,4	119,0	122,4	120,1	119,9	128,0	132,4	137,0	128,1	149,2	119,8	120,2	-
		gg. Vp. in %	4,4	12,9	2,9	-1,3	-0,2	6,8	3,4	7,6	-6,5	16,5	-19,7	0,3	-
		gg. Vj. in %	3,6	12,8	3,1	3,7	5,9	2,8	7,8	13,7	4,8	23,3	-1,2	-3,2	-
Straßenbau		Index	100,7	120,1	121,9	121,4	115,5	123,5	136,3	143,7	132,6	139,1	137,1	116,5	-
		gg. Vp. in %	1,9	19,3	1,5	-4,6	-4,9	6,9	10,4	23,0	-7,7	4,9	-1,4	-15,0	-
		gg. Vj. in %	1,4	17,5	2,5	7,0	0,1	-4,2	9,0	23,7	2,8	12,9	9,6	-7,7	-
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	108,2	118,4	122,7	119,4	122,6	130,6	130,0	132,9	125,3	155,3	109,4	122,5	-
		gg. Vp. in %	5,7	9,4	3,6	0,9	2,7	6,5	-0,5	-0,6	-5,7	23,9	-29,6	12,0	-
		gg. Vj. in %	5,0	10,1	3,5	1,4	9,8	6,4	7,1	9,1	5,7	29,5	-8,1	0,2	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	123,7	128,8	123,9	124,8	137,2	139,2	155,4	129,5	163,8	124,2	129,0	-
		gg. Vp. in %	-0,2	9,9	4,1	-4,2	0,7	9,9	1,5	11,6	-16,7	26,5	-24,2	3,9	-
		gg. Vj. in %	-0,3	10,4	3,7	-5,1	4,5	7,7	6,6	18,8	0,3	25,2	-2,7	-3,4	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,0	115,3	119,2	119,9	115,6	123,3	122,6	131,8	124,8	124,9	118,1	112,1	-
		gg. Vp. in %	5,0	15,3	3,4	1,8	-3,6	6,7	-0,6	9,0	-5,3	0,1	-5,4	-5,1	-
		gg. Vj. in %	4,1	15,0	4,0	8,6	4,4	2,9	3,6	15,2	9,6	5,8	-1,2	-7,7	-
<b>Baugenehmigungen (Neubau)<sup>2</sup></b>															
<b>Hochbau (veranschlagte Kosten)</b>		Mio. €	83667	98125	99302	25587	26441	25811	23131	9828	7415	7136	8580	9987	9327
		gg. Vj. in %	6,7	17,3	1,2	0,5	6,0	0,7	7,8	6,1	13,9	0,8	9,0	28,1	10,3
Wohngebäude		Mio. €	51206	58976	58661	15434	15132	14919	13748	5368	4317	4368	5063	5235	6531
		gg. Vj. in %	10,2	15,2	-0,5	0,3	1,9	-1,2	4,3	-1,1	7,4	3,8	2,3	10,3	22,0
Nichtwohngebäude		Mio. €	32461	39149	40641	10153	11309	10893	9383	4460	3098	2768	3517	4752	3696
		gg. Vj. in %	1,7	20,6	3,8	0,8	12,2	3,4	13,2	16,4	24,3	-3,6	20,3	56,0	19,3
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	24355	29235	29987	7489	8351	7954	6991	3345	2287	2095	2608	3318	2939
		gg. Vj. in %	0,9	20,0	2,6	-0,9	13,3	-0,4	12,9	19,0	18,9	0,9	18,9	49,3	24,6
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	8106	9915	10654	2665	2959	2939	2393	1116	811	673	909	1434	757
		gg. Vj. in %	4,3	22,3	7,5	6,0	9,1	15,5	14,4	9,1	42,8	-15,3	24,6	73,8	2,2
Wohngebäude (Rauminhalt) <sup>3</sup>		Mio. m <sup>3</sup>	150	168	162	42,6	41,3	40,8	37,3	14,9	11,7	11,8	13,8	13,8	15,1
		gg. Vj. in %	6,7	12,2	-4,0	-3,8	-1,2	-4,3	1,0	-3,6	3,1	1,6	-1,2	5,3	3,6
		gg. Vp. in %	6,0	12,4	-3,7	2,6	-2,2	5,1	-2,8	6,5	-7,5	1,4	1,4	-2,4	8,6
<b>ifo Konjunkturtest<sup>4</sup></b>															
			2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	74,5	76,8	77,9	83,3	80,7	68,9	80,1	72,6	68,1	66,1	75,0	81,9	83,5
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	13,8	14,8	18,5	5,0	9,7	47,3	20,7	29,0	47,0	66,0	47,0	12,0	3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gesamtwirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	18,6	19,0	25,7	28,1	29,6	27,7	23,2	27,8	26,0	23,5	23,6	22,5	-
Geschäftslage	Salden	27,9	29,0	39,4	42,9	43,8	45,7	40,9	46,7	43,4	41,2	41,8	39,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,7	9,4	12,8	14,1	16,1	11,0	6,8	10,5	9,9	7,1	6,7	6,7	-
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	13,8	11,2	27,6	30,9	32,9	30,6	24,1	30,4	27,4	24,3	24,1	23,8	-
Geschäftslage	Salden	23,2	21,3	41,8	46,8	46,4	50,2	46,7	49,4	48,6	46,4	47,0	46,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,8	1,6	14,2	15,8	20,2	12,4	3,4	12,4	7,8	4,0	3,0	3,2	-
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	11,5	9,7	26,5	30,6	32,4	31,0	23,9	30,5	28,8	23,0	23,5	25,3	-
Geschäftslage	Salden	19,2	19,2	40,1	45,2	44,8	51,2	47,0	50,4	50,9	46,1	45,2	49,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	0,7	13,7	16,9	20,6	12,5	3,1	12,1	8,6	2,2	3,8	3,3	-
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	14,0	11,2	31,5	35,9	39,8	34,0	25,5	33,4	31,4	27,7	26,2	22,6	-
Geschäftslage	Salden	23,6	23,0	47,2	54,0	56,4	59,9	53,9	59,7	57,7	55,1	55,3	51,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,8	0,1	16,7	19,1	24,2	10,7	0,3	9,8	7,9	3,3	0,4	-2,8	-
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	10,4	10,2	15,6	18,6	14,1	16,3	13,8	13,5	13,2	14,0	14,5	13,0	-
Geschäftslage	Salden	20,1	18,5	26,1	29,9	23,8	24,9	23,0	20,8	26,1	22,9	23,7	22,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,3	2,3	5,7	7,8	4,8	8,1	5,1	6,5	1,0	5,5	5,7	4,0	-
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-2,9	5,5	14,5	16,7	18,1	17,0	19,8	15,4	18,4	19,6	20,4	19,4	-
Geschäftslage	Salden	-3,8	9,9	23,2	26,4	26,0	31,8	34,8	32,3	33,4	33,3	36,6	34,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,0	1,1	6,1	7,3	10,6	3,3	5,7	0,0	4,4	6,7	5,2	5,2	-
<b>Handel</b>														
Geschäftsklima	Salden	8,0	10,0	16,0	16,7	18,1	17,1	12,0	17,9	14,0	10,3	14,5	11,3	-
Geschäftslage	Salden	13,3	16,0	25,3	26,9	26,8	28,5	23,8	29,6	25,1	19,1	28,0	24,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,9	4,3	7,1	6,9	9,7	6,2	0,9	6,8	3,6	1,9	1,8	-1,0	-
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	27,2	27,8	28,9	31,3	32,2	30,3	26,3	30,1	29,5	26,0	26,9	25,9	-
Geschäftslage	Salden	38,5	39,3	43,9	46,9	47,3	48,9	43,9	49,5	46,8	45,0	44,0	42,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	16,3	16,9	14,8	16,7	17,9	13,1	9,9	12,2	13,4	8,5	11,0	10,2	-
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	57,0	55,2	84,1	87,0	88,4	92,7	85,3	92,3	90,7	87,9	87,4	80,6	72,4
Konjunkturerwartungen	Salden	31,5	6,7	16,4	14,8	17,9	14,4	-10,8	17,8	5,1	-8,2	-8,2	-16,1	-24,7

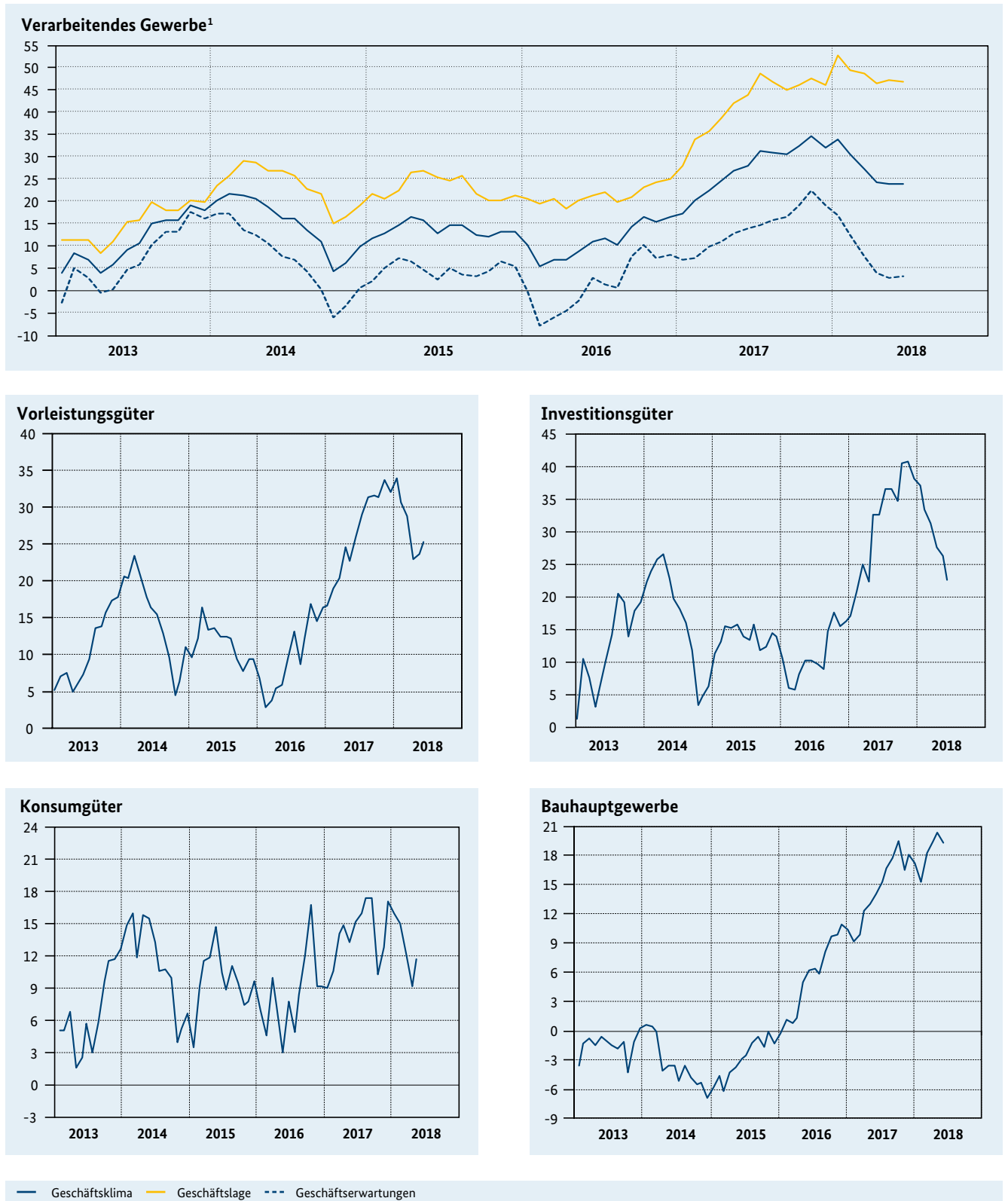
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

### 3. Privater Konsum

#### 3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2017				2018		
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung</b>															
Private Konsumausgaben <sup>1</sup> (in konstanten Preisen)	Index	106,1	108,3	110,2	107,1	107,6	107,7	108,2	109,0	109,6	110,4	110,5	110,6	111,1	
	gg. Vp. in %	1,7	2,1	1,8	0,6	0,5	0,1	0,5	0,7	0,5	0,8	0,0	0,1	0,4	
	gg. Vj. in %	1,7	2,1	1,8	2,1	2,0	2,9	1,7	1,7	2,1	1,9	2,0	1,1	1,4	
Verfügbares Einkommen (in jeweiligen Preisen)	in Mrd. €	1754	1805	1873	444	445	449	451	458	463	467	470	474	477	
	gg. Vp. in %	2,6	2,9	3,8	0,7	0,2	0,9	0,6	1,5	1,1	0,9	0,6	0,8	0,8	
	gg. Vj. in %	2,6	2,9	3,8	2,9	2,7	3,6	2,3	3,1	4,5	3,6	4,0	3,1	3,3	
		2015	2016	2017	2017		2018		2018						
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	
<b>Einzelhandelsumsätze<sup>2</sup></b>															
<b>Einzelhandel</b> (ohne Handel mit Kfz)	Index	100,1	102,1	105,1	105,3	106,0	105,5	-	105,3	105,6	107,1	105,4	-	-	
	gg. Vp. in %	3,8	2,0	2,9	0,6	0,7	-0,5	-	-0,2	0,3	1,4	-1,6	-	-	
	gg. Vj. in %	3,8	2,0	2,9	3,4	2,4	1,1	-	1,1	0,0	3,1	0,7	-	-	
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,1	101,0	102,5	102,8	102,9	103,0	-	103,1	103,5	103,7	103,9	-	-	
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,5	0,3	0,1	0,1	-	0,7	0,4	0,2	0,2	-	-	
	gg. Vj. in %	2,2	0,9	1,5	1,2	1,3	1,4	-	1,6	1,0	0,7	1,7	-	-	
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,3	100,3	105,9	107,2	107,3	105,0	-	104,8	104,0	109,8	104,0	-	-	
	gg. Vp. in %	-0,7	0,0	5,6	3,6	0,1	-2,1	-	-1,3	-0,8	5,6	-5,3	-	-	
	gg. Vj. in %	-0,4	0,1	5,6	9,7	3,0	-0,9	-	-0,6	-5,1	8,2	0,1	-	-	
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	100,1	100,0	107,9	109,2	107,3	107,3	-	106,9	109,4	107,2	109,2	-	-	
	gg. Vp. in %	4,1	-0,1	7,9	1,4	-1,7	0,0	-	1,2	2,3	-2,0	1,9	-	-	
	gg. Vj. in %	3,9	0,0	7,5	11,3	3,3	0,2	-	1,3	2,1	-1,1	2,1	-	-	
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,2	100,7	102,2	102,2	102,3	100,6	-	100,4	98,7	104,7	100,9	-	-	
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	1,5	-0,3	0,1	-1,7	-	-2,1	-1,7	6,1	-3,6	-	-	
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,6	1,6	2,0	-1,7	-	-1,4	-5,5	3,1	-1,5	-	-	
<b>Handel mit Kfz einschl.</b> <b>Instandhaltung und Reparatur</b>	Index	99,7	105,5	110,2	110,6	112,0	111,7	-	111,8	110,7	110,6	-	-	-	
	gg. Vp. in %	6,5	5,8	4,5	0,8	1,3	-0,3	-	-0,6	-1,0	-0,1	-	-	-	
	gg. Vj. in %	6,7	5,7	4,6	4,6	4,7	2,9	-	2,7	1,1	2,3	-	-	-	
<b>Umsätze im Gastgewerbe<sup>2</sup></b>															
<b>Insgesamt</b>	Index	100,0	100,4	102,2	102,0	101,5	102,2	-	101,6	101,3	104,2	-	-	-	
	gg. Vp. in %	0,6	0,4	1,8	-0,9	-0,5	0,7	-	-1,9	-0,3	2,9	-	-	-	
	gg. Vj. in %	0,7	0,7	1,5	0,5	1,0	-0,2	-	-0,1	-2,2	1,4	-	-	-	
<b>Pkw-Neuzulassungen<sup>3</sup></b>															
<b>Insgesamt</b>	in Tsd.	3206	3352	3441	825	829	879	960	262	347	314	305	341	-	
	gg. Vj. in %	5,6	4,5	2,7	0,3	4,2	4,0	1,9	7,4	-3,4	8,0	-5,8	4,2	-	
private Neuzulassungen	in Tsd.	1098	1173	1225	303	305	327	369	96	136	121	118	129	-	
	gg. Vj. in %	-0,1	6,8	4,4	2,4	10,7	16,0	9,8	21,3	7,6	19,3	1,4	9,8	-	
<b>Verbraucherpreise<sup>4</sup></b>															
<b>Insgesamt</b>	Index	106,9	107,4	109,3	109,5	110,0	110,3	111,1	110,3	110,7	110,7	111,2	111,3	-	
	gg. Vj. in %	0,2	0,5	1,7	1,7	1,7	1,5	2,0	1,4	1,6	1,6	2,2	2,1	-	
	gg. Vj. in %	0,8	0,8	3,1	3,1	3,5	2,4	3,4	1,1	2,9	3,4	3,5	3,4	-	
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	-	
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	-5,5	-4,5	1,7	1,4	1,7	1,1	3,1	0,6	1,2	1,6	3,6	4,1	-	
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-2,6	-1,3	3,0	2,4	1,7	0,8	2,9	0,7	0,8	1,1	3,3	4,2	-	
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %														
<b>Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum</b>															
<b>ifo Geschäftsklima Einzelhandel<sup>5</sup></b>	Salden	5,0	4,7	5,7	5,0	8,0	6,1	4,4	7,1	1,9	3,3	7,5	2,5	-	
	Geschäftslage	Salden	11,7	11,9	15,0	15,7	16,8	15,1	14,9	17,4	8,5	11,1	20,1	13,6	-
	Geschäftserwartungen	Salden	-1,5	-2,3	-3,2	-5,2	-0,3	-2,5	-5,5	-2,7	-4,4	-4,2	-4,3	-8,1	-
<b>GfK – Konsumklima<sup>6</sup></b>	Punkte	9,7	9,8	10,4	10,8	10,7	10,9	10,8	11,0	10,8	10,9	10,8	10,7	10,7	
	Anschaffungsneigung	Punkte	54,7	52,8	55,6	56,8	57,6	58,1	58,1	57,9	58,3	58,5	58,0	57,7	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

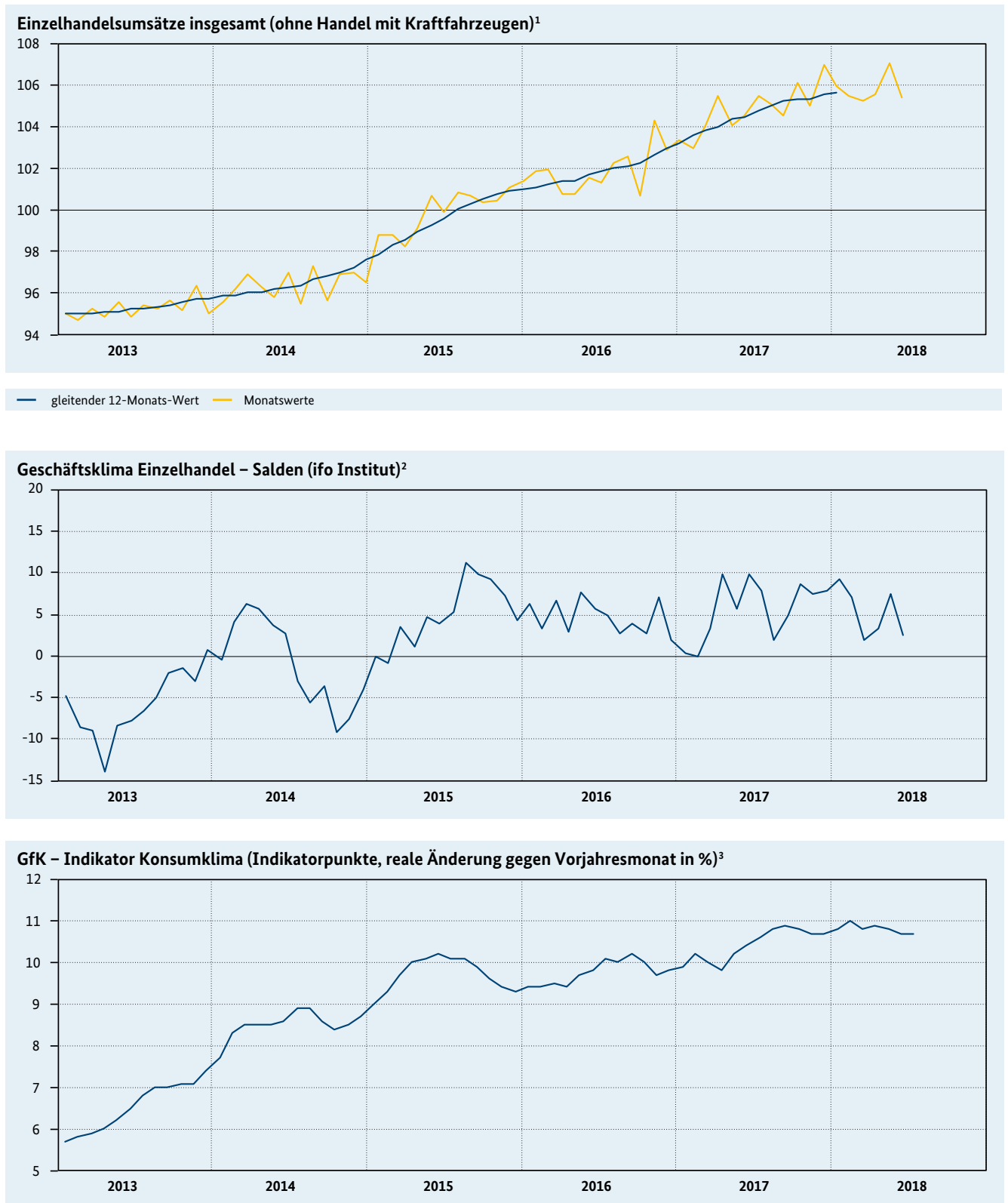
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

Instituts; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

## 4. Außenwirtschaft

### 4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2018					
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)<sup>1</sup></b>														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	273	267	258	58	68	68	72	23,5	26,1	23,0	22,9	21,5	19,5
	gg. Vp. in %	23,4	-2,4	-3,1	-10,6	16,6	1,0	5,5	0,4	10,9	-11,9	-0,2	-6,5	-9,3
Warenhandel	in Mrd. €	259	265	267	65	68	69	66	23,4	23,1	21,3	22,0	21,3	21,8
	gg. Vp. in %	12,7	2,2	0,7	0,4	4,0	1,8	-3,9	-2,6	-1,3	-7,8	3,3	-3,1	2,2
Ausfuhr	in Mrd. €	1176	1187	1274	316	319	328	326	110,3	110,7	107,2	108,1	108,7	109,9
	gg. Vp. in %	5,1	0,9	7,3	1,3	1,1	2,7	-0,5	-0,3	0,3	-3,1	0,8	0,6	1,1
Einfuhr	in Mrd. €	917	921	1007	250	251	258	260	86,9	87,6	86,0	86,1	87,4	88,1
	gg. Vp. in %	3,1	0,5	9,2	1,5	0,3	2,9	0,4	0,3	0,8	-1,8	0,1	1,6	0,8
Dienstleistungen	in Mrd. €	-17	-19	-22	-6	-5	-5	-2	-1,9	-0,9	0,1	-1,6	-2,1	-1,5
	gg. Vp. in %	-30,4	10,3	13,1	24,3	-17,4	7,5	-54,7	-1,1	-49,7	-106,4	-2750,0	30,2	-26,6
Einnahmen	in Mrd. €	248	257	273	68	69	69	69	22,4	22,6	23,9	22,5	22,8	23,5
	gg. Vp. in %	10,0	3,7	6,1	2,2	0,6	0,6	-0,2	-4,1	0,9	5,7	-6,1	1,6	3,0
Ausgaben	in Mrd. €	266	277	295	75	74	75	72	24,3	23,6	23,9	24,1	24,9	25,0
	gg. Vp. in %	6,0	4,1	6,6	3,7	-0,9	1,0	-4,2	-3,9	-3,0	1,2	0,8	3,5	0,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	70	61	68	16	17	17	19	5,7	7,9	4,2	6,6	5,5	2,0
	gg. Vp. in %	23,7	-13,1	12,6	-15,8	4,7	1,5	10,8	0,7	38,4	-46,2	56,9	-16,8	-64,6
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-39	-40	-55	-17	-12	-12	-11	-3,7	-4,0	-2,6	-4,1	-3,3	-2,8
	gg. Vp. in %	-4,4	3,8	37,6	20,9	-30,4	3,6	-13,3	-15,1	6,5	-34,2	57,7	-19,3	-16,3

#### Außenhandel nach Ländern<sup>2</sup>

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1194	1204	1279	319	316	325	328	100,5	107,1	104,7	116,2	110,3	109,1
	gg. Vj. in %	6,2	0,9	6,2	3,8	6,4	6,2	2,8	3,5	8,6	2,4	-1,7	9,3	-1,3
EU-Länder	in Mrd. €	693	706	750	189	183	190	197	57,8	64,9	63,3	68,8	66,2	65,7
	gg. Vj. in %	6,8	1,9	6,2	4,5	6,0	8,1	5,1	7,5	10,8	3,5	1,5	9,0	2,4
Eurozone <sup>1</sup>	in Mrd. €	434	441	471	119	115	120	126	36,9	41,0	40,2	44,3	41,9	40,8
	gg. Vj. in %	5,6	1,5	6,9	5,4	7,0	8,5	6,9	7,8	11,1	5,5	4,7	9,6	0,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	259	265	279	70	69	70	71	20,9	23,9	23,1	24,5	24,3	24,9
	gg. Vj. in %	8,9	2,4	5,1	3,1	4,3	7,4	1,9	6,8	10,2	0,3	-3,7	7,9	6,5
Drittländer	in Mrd. €	501	498	529	130	133	135	131	42,7	42,2	41,4	47,4	44,1	43,4
	gg. Vj. in %	5,4	-0,5	6,2	2,8	7,0	3,7	-0,4	-1,4	5,3	0,8	-5,9	9,9	-6,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	949	955	1034	257	254	264	268	82,5	89,9	86,5	91,5	90,2	89,4
	gg. Vj. in %	4,3	0,6	8,3	8,3	7,8	7,2	3,2	4,7	7,0	4,9	-1,7	8,6	0,8
EU-Länder	in Mrd. €	622	632	682	169	167	176	178	54,8	58,1	57,7	61,8	60,2	59,5
	gg. Vj. in %	4,5	1,7	7,9	6,2	7,8	8,6	4,7	6,0	8,1	5,5	0,9	9,5	2,9
Eurozone	in Mrd. €	426	429	459	114	112	118	120	37,2	39,3	39,1	41,9	40,7	39,3
	gg. Vj. in %	3,7	0,6	7,1	5,4	6,8	8,1	4,8	5,5	8,4	5,4	1,1	9,6	0,0
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	196	204	223	55	55	58	57	17,6	18,9	18,6	19,9	19,5	20,2
	gg. Vj. in %	6,2	4,1	9,5	7,9	9,9	9,5	4,5	7,0	7,7	5,6	0,7	9,2	8,9
Drittländer	in Mrd. €	328	323	352	88	87	88	90	27,7	31,8	28,7	29,7	30,0	29,9
	gg. Vj. in %	3,9	-1,5	9,2	12,7	7,6	4,6	0,4	2,4	4,9	3,8	-6,7	6,9	-3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

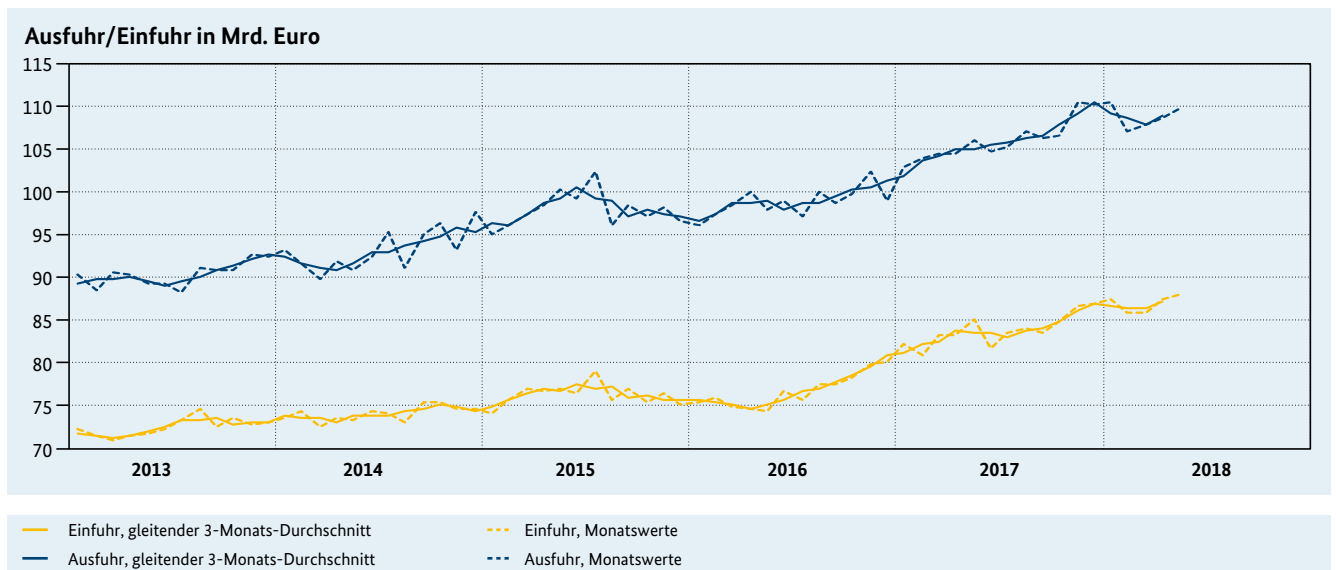
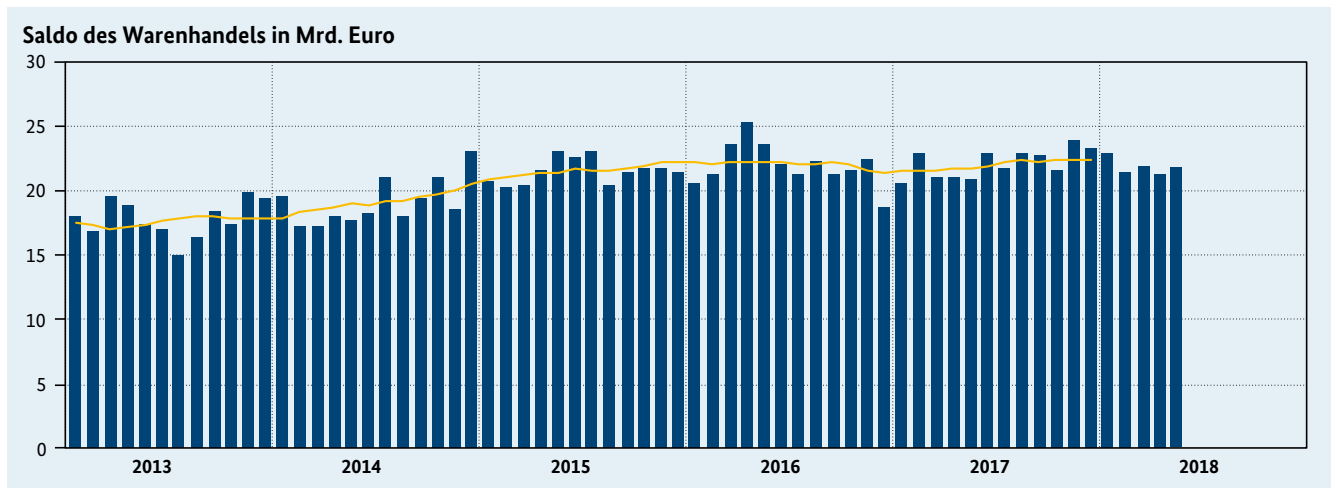
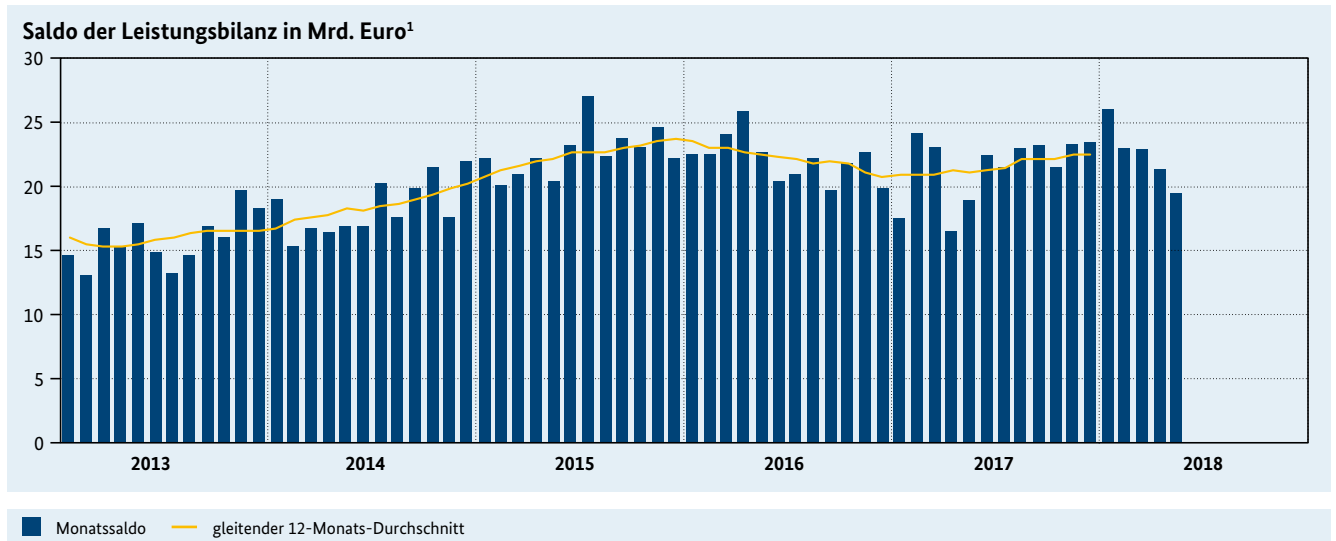
1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.



## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungenbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5. Arbeitsmarkt

### 5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

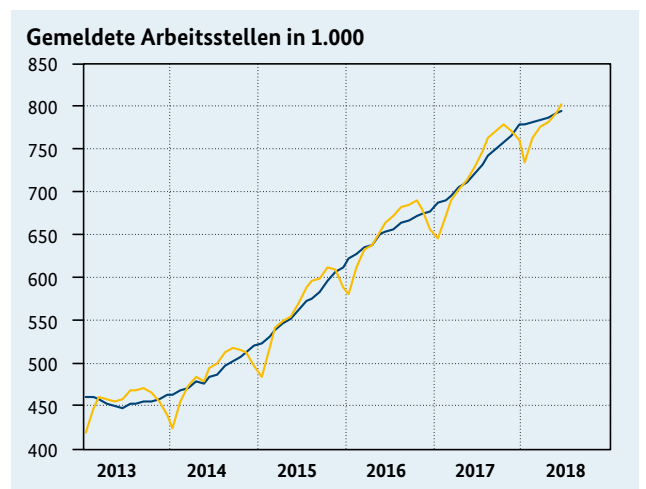
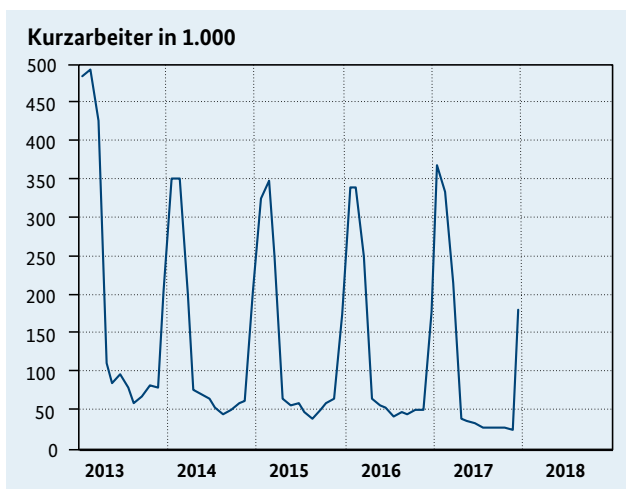
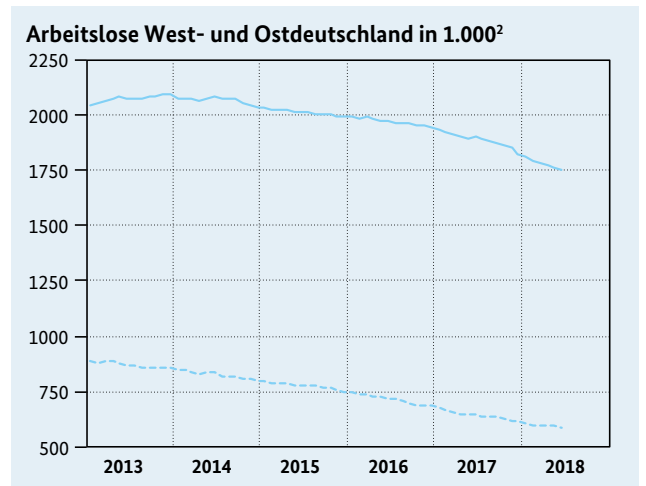
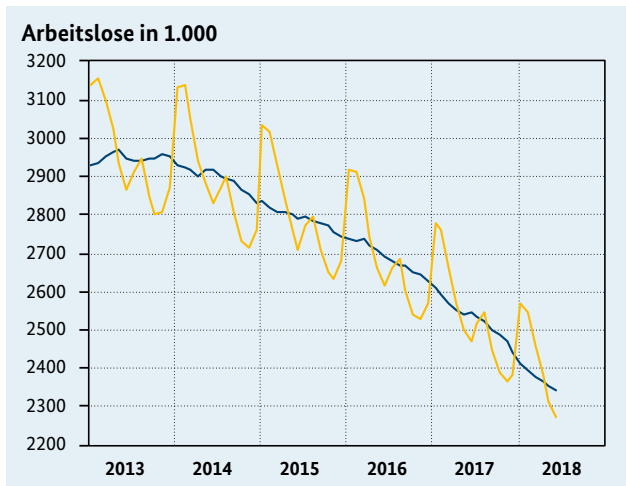
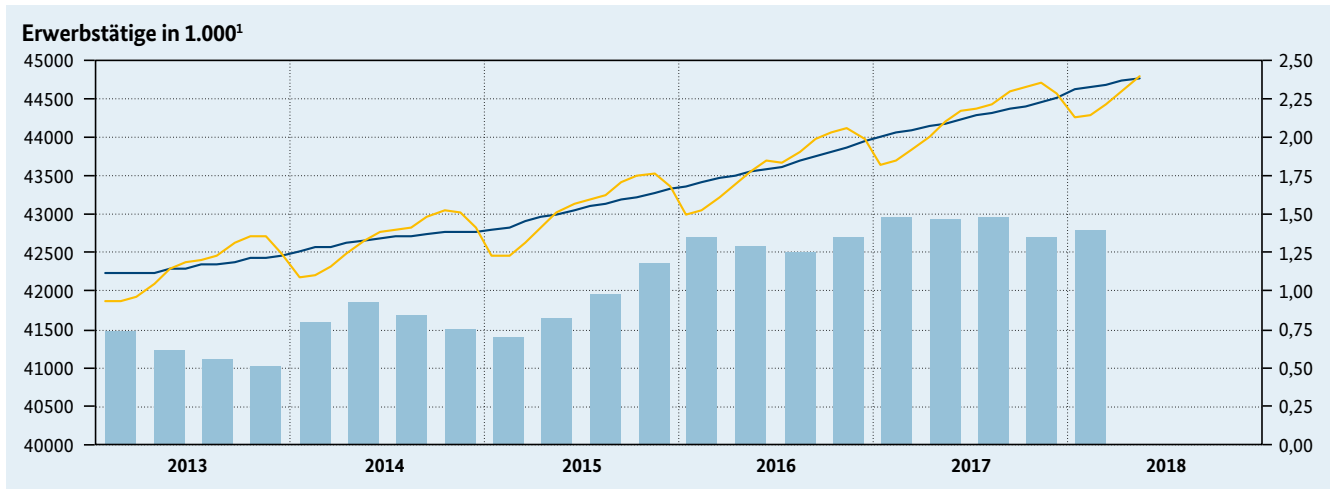
					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Ursprungszahlen</b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	in Tsd.	43069	43638	44271	44483	44663	44347	-	44275	44312	44455	44622	44802	-
	gg. Vj. in Tsd.	+398	+569	+633	+652	+596	+610	-	+621	+610	+598	+592	+593	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30854	31538	32266	32419	32739	32584	-	32508	32572	32674	32784	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+636	+683	+729	+732	+752	+780	-	+800	+798	+743	+770	-	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	in Tsd.	1950	1774	1621	1586	1516	1564	-	1545	1637	1510	1522	1472	-
	gg. Vj. in Tsd.	-140	-176	-153	-146	-114	-197	-	-189	-224	-179	-240	-82	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,1	3,8	3,6	3,5	3,6	-	3,6	3,8	3,5	3,6	3,4	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	in Tsd.	2795	2691	2533	2504	2381	2525	2325	2570	2546	2458	2384	2315	2276
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-104	-158	-147	-166	-209	-188	-207	-216	-204	-185	-182	-197
SGB II	in Tsd.	1936	1869	1677	1671	1601	1616	1565	1629	1619	1599	1588	1565	1541
	gg. Vj. in Tsd.	-29	-67	-192	-172	-180	-131	-126	-138	-128	-128	-119	-123	-136
SGB III	in Tsd.	859	822	855	833	780	909	760	941	927	859	796	751	735
	gg. Vj. in Tsd.	-75	-37	+34	+25	+14	-78	-62	-70	-88	-76	-66	-60	-61
Westdeutschland	in Tsd.	2021	1979	1894	1889	1786	1884	1746	1918	1899	1834	1786	1738	1713
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-42	-84	-81	-101	-137	-136	-129	-140	-140	-131	-133	-144
Ostdeutschland	in Tsd.	774	712	639	615	595	641	579	652	647	624	598	577	563
	gg. Vj. in Tsd.	-50	-62	-74	-66	-65	-73	-52	-78	-76	-64	-54	-49	-53
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,6	5,3	5,7	5,1	5,8	5,7	5,5	5,3	5,1	5,0
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,2	4,9	5,2	4,8	5,3	5,3	5,1	4,9	4,7	4,7
Ostdeutschland	in %	9,2	8,5	7,6	7,3	7,0	7,6	6,8	7,7	7,7	7,4	7,1	6,8	6,6
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	626	642	630	637	605	644	556	667	662	604	569	589	509
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	633	651	645	645	626	620	616	482	686	692	643	657	549
Kurzarbeit <sup>4</sup>	in Tsd.	44	42	24	16	15	13	-	14	12	12	10	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-5	-2	-18	-18	-22	-29	-	-29	-30	-27	-17	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3631	3577	3517	3461	3366	3489	3294	3514	3514	3440	3355	3286	3240
	gg. Vj. in Tsd.	-171	-54	-61	-90	-149	-222	-236	-199	-232	-233	-234	-233	-241
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	569	655	731	763	771	760	794	736	764	778	784	793	805
	gg. Vj. in Tsd.	+78	+87	+75	+81	+94	+88	+77	+89	+90	+86	+78	+78	+74
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>5</sup></b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	gg. Vp. in Tsd.	+397	+568	+633	+143	+133	+195	-	+91	+44	+35	+37	+37	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+636	+683	+728	+186	+209	+218	-	+96	+51	+17	+60	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-152	-160	-166	-38	-46	-46	-	-16	-13	-11	-11	-8	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,2	3,8	3,7	3,6	3,5	-	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	gg. Vp. in Tsd.	-103	-104	-158	-25	-55	-70	-40	-24	-21	-18	-8	-12	-15
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-28	-68	-191	-10	-39	-43	-33	-13	-12	-14	-8	-10	-15
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-76	-35	+33	-16	-16	-27	-7	-11	-9	-4	0	-2	0
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-54	-42	-85	-16	-38	-50	-33	-15	-17	-16	-6	-10	-11
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-49	-62	-74	-8	-17	-20	-7	-7	-5	-3	-1	-2	-4
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,7	5,5	5,4	5,2	5,4	5,4	5,3	5,3	5,2	5,2
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,2	5,1	5,0	4,8	5,0	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8
Ostdeutschland	in %	9,2	8,4	7,6	7,5	7,3	7,1	6,9	7,1	7,1	7,0	7,0	6,9	6,9
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-172	-52	-62	-47	-59	-75	-55	-26	-29	-21	-16	-16	-16
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+78	+87	+75	+28	+26	+15	+9	+1	+2	+2	+2	+5	+4
<b>Indizes</b>														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	100,0	100,8	102,9	103,3	104,0	104,8	103,8	105,5	105,0	103,9	103,3	104,1	104,0
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,1	103,2	104,3	104,0	104,8	105,1	104,1	104,9	105,0	105,5	104,5	104,1	103,6
BA-X Stellenindex	Index	192,3	216,3	237,8	241,0	249,3	251,3	252,7	251,0	252,0	251,0	251,0	253,0	254,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)   
 — Ursprungswerte   
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland   
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 6. Preise

### 6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

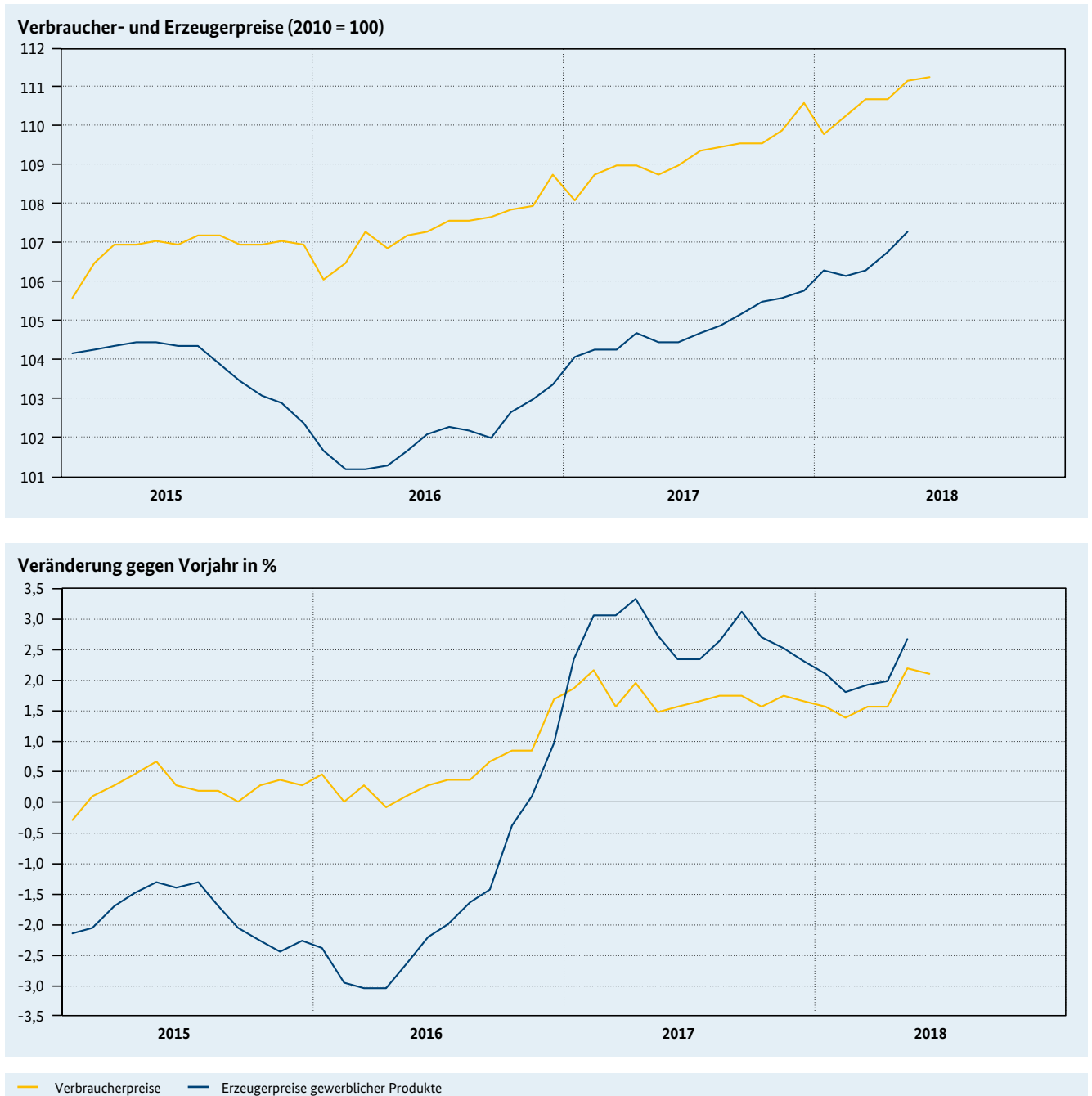
		2017			2018			2018						
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Verbraucherpreise<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt (Ursprungszahlen)</b>	Index	106,9	107,4	109,3	109,5	110,0	110,3	111,1	109,8	110,3	110,7	110,7	111,2	111,3
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,8	+1,7	+1,6	+2,0	+1,6	+1,4	+1,6	+1,6	+2,2	+2,1
Waren	Index	107,0	106,6	108,9	108,5	109,8	109,9	111,2	109,6	109,7	110,3	110,9	111,5	111,3
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,4	+2,2	+2,0	+1,9	+1,3	+2,3	+1,5	+1,0	+1,4	+1,6	+2,5	+2,8
Verbrauchsgüter	Index	110,0	108,8	111,7	111,3	112,6	113,4	115,0	113,5	113,4	113,4	114,3	115,2	115,4
	gg. Vj. in %	-1,5	-1,1	+2,7	+2,3	+2,5	+1,7	+3,4	+2,0	+1,2	+2,0	+2,4	+3,6	+4,1
darunter:	Index	112,4	113,3	116,7	116,2	118,0	119,6	119,8	119,6	119,5	119,7	119,8	120,0	119,7
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+0,8	+0,8	+3,0	+3,1	+3,5	+2,4	+3,4	+3,1	+1,1	+2,9	+3,4	+3,5	+3,4
darunter:	Index	112,8	107,8	109,6	109,0	110,5	111,0	112,5	111,4	110,7	110,8	111,7	113,0	112,9
Haushaltsenergie <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	-5,6	-4,4	+1,7	+1,4	+1,7	+1,1	+3,0	+1,5	+0,6	+1,2	+1,6	+3,6	+4,1
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	105,5	106,3	107,7	107,0	109,3	106,9	108,7	105,2	106,2	109,2	109,4	109,0	107,7
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,8	+1,3	+1,7	+0,9	+0,7	+0,2	+0,5	+1,1	+0,2	+0,1	0,0	+0,6
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,3	98,4	99,4	99,4	99,6	99,6	99,8	99,7	99,6	99,6	99,8	99,8	99,9
	gg. Vj. in %	+0,4	+1,1	+1,0	+1,0	+0,9	+0,6	+0,4	+0,9	+0,5	+0,4	+0,5	+0,4	+0,5
Dienstleistungen	Index	106,8	108,2	109,7	110,5	110,2	110,6	110,9	110,0	110,7	111,1	110,4	111,0	111,3
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,4	+1,6	+1,4	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	+1,8	+1,5	+1,9	+1,5
darunter:	Index	106,7	108,0	109,7	109,9	110,4	110,9	111,3	110,8	110,9	111,0	111,2	111,3	111,5
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,2	+1,6	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6
<b>Insgesamt ohne Energie</b>	Index	106,8	108,1	109,8	110,2	110,6	110,8	111,3	110,3	110,8	111,3	111,1	111,4	111,5
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,2	+1,6	+1,8	+1,7	+1,6	+1,6	+1,7	+1,5	+1,6	+1,6	+1,8	+1,6
Energie	Index	107,4	101,6	104,7	103,7	105,5	105,8	108,8	106,3	105,8	105,2	107,0	109,4	109,9
	gg. Vj. in %	-7,0	-5,4	+3,1	+2,0	+2,0	+0,5	+4,3	+0,9	+0,1	+0,5	+1,3	+5,1	+6,4
<b>Insgesamt (saisonbereinigt<sup>3</sup>)</b>	Index	106,9	107,4	109,3	109,4	109,9	110,4	111,1	110,3	110,4	110,5	110,7	111,3	111,4
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,8	+1,7	+1,5	+1,9	+1,6	+1,4	+1,6	+1,6	+2,1	+2,2
<b>HVPI<sup>4</sup></b>	Index	100,0	100,4	102,1	102,3	102,8	102,9	103,6	102,4	102,9	103,3	103,2	103,8	103,9
	gg. Vj. in %	+0,1	+0,4	+1,7	+1,7	+1,7	+1,4	+1,9	+1,4	+1,2	+1,5	+1,4	+2,2	+2,1
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>5</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	103,9	102,1	104,8	104,9	105,6	106,3	-	106,3	106,2	106,3	106,8	107,3	-
	gg. Vj. in %	-1,8	-1,7	+2,6	+2,6	+2,5	+2,0	-	+2,1	+1,8	+1,9	+2,0	+2,7	-
Vorleistungsgüter	Index	102,3	100,8	104,3	104,3	105,0	106,2	-	106,0	106,3	106,4	106,6	107,0	-
	gg. Vj. in %	-1,2	-1,5	+3,5	+3,3	+3,6	+2,7	-	+3,1	+2,8	+2,3	+2,1	+2,6	-
Investitionsgüter	Index	104,2	104,8	105,9	106,0	106,2	106,8	-	106,7	106,7	106,9	107,0	107,1	-
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,6	+1,0	+1,0	+1,1	+1,2	-	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	-
Konsumgüter	Index	108,1	108,8	111,8	112,5	112,2	112,3	-	112,3	112,2	112,4	112,5	112,6	-
	gg. Vj. in %	-0,8	+0,6	+2,8	+3,3	+2,2	+1,4	-	+1,5	+1,4	+1,4	+1,1	+0,9	-
Gebrauchsgüter	Index	107,1	108,4	109,6	109,7	110,0	110,8	-	110,7	110,8	110,9	111,1	111,4	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,1	+1,0	+1,3	+1,4	-	+1,5	+1,4	+1,3	+1,5	+1,6	-
Verbrauchsgüter	Index	108,3	108,8	112,1	112,9	112,6	112,5	-	112,5	112,4	112,6	112,7	112,8	-
	gg. Vj. in %	-1,1	+0,5	+3,0	+3,6	+2,4	+1,4	-	+1,5	+1,4	+1,4	+1,1	+0,8	-
Energie	Index	102,6	96,6	99,9	99,5	101,4	101,8	-	102,2	101,6	101,6	102,8	104,1	-
	gg. Vj. in %	-5,4	-5,8	+3,4	+3,0	+2,9	+2,1	-	+2,2	+1,8	+2,4	+3,2	+5,5	-
<b>Baupreise<sup>6</sup></b>														
Wohngebäude	Index	111,1	113,4	116,8	117,2	118,0	120,0	121,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+3,0	+3,1	+3,4	+4,0	+4,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	111,4	112,4	116,6	117,4	118,3	120,7	122,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,9	+3,7	+4,2	+4,6	+5,3	+5,6	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



## 6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	100,1	87,4	105,3	101,2	114,5	124,2	133,1	129,0	121,5	122,0	128,4	136,2	134,6
	gg. Vj. in %	-41,9	-12,7	+20,5	+11,5	+13,5	+16,4	+34,8	+18,8	+11,3	+19,3	+24,1	+37,0	+44,3
Nahrungs- und Genussmittel	Index	100,0	102,1	99,1	97,9	96,0	98,4	99,4	95,8	98,9	100,5	101,0	101,6	95,6
	gg. Vj. in %	-17,7	+2,1	-2,9	-6,8	-8,1	-6,0	+1,6	-9,8	-6,6	-1,4	+2,6	+3,1	-1,1
Industrie-Rohstoffe	Index	100,1	97,3	118,2	118,9	120,5	129,8	129,5	130,9	131,4	127,1	126,9	130,9	130,6
	gg. Vj. in %	-26,0	-2,8	+21,5	+21,9	+10,8	+5,4	+17,3	+9,5	+4,5	+2,4	+10,1	+19,4	+22,9
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	100,1	85,5	104,5	99,8	115,1	125,3	135,6	131,0	122,1	122,9	130,4	139,0	137,5
	gg. Vj. in %	-44,1	-14,6	+22,2	+11,9	+15,3	+19,1	+38,8	+21,6	+13,3	+22,5	+27,0	+41,1	+49,6
<b>Außenhandelspreise<sup>2</sup></b>														
<b>Einfuhrpreise insgesamt</b>	Index	100,9	97,8	101,5	100,1	101,9	102,5	-	102,9	102,3	102,3	102,9	104,5	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-3,1	+3,8	+2,4	+2,1	0,0	-	+0,7	-0,6	-0,1	+0,6	+3,2	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,7	112,4	115,1	113,4	114,4	114,3	-	114,2	114,2	114,6	114,3	114,4	-
	gg. Vj. in %	+0,7	-0,3	+2,4	+0,9	-0,5	-2,8	-	-3,1	-3,6	-1,7	-1,7	-0,5	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	99,7	96,3	100,1	98,7	100,7	101,3	-	101,7	101,1	101,0	101,8	103,5	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-3,4	+3,9	+2,6	+2,4	+0,3	-	+1,1	-0,2	0,0	+0,9	+3,6	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	88,3	77,1	89,8	85,9	93,5	96,2	-	98,0	95,4	95,3	97,9	103,4	-
	gg. Vj. in %	-19,0	-12,7	+16,5	+10,6	+10,6	+4,4	-	+7,1	+2,0	+4,2	+7,8	+17,8	-
Fertigwaren	Index	103,3	102,2	103,3	102,8	102,9	102,9	-	102,9	102,9	102,8	103,0	103,5	-
	gg. Vj. in %	+2,4	-1,1	+1,1	+0,7	+0,4	-0,8	-	-0,5	-0,9	-1,1	-1,1	-0,2	-
<b>Ausfuhrpreise insgesamt</b>	Index	104,9	104,0	105,9	105,7	106,1	106,6	-	106,5	106,5	106,7	106,9	107,4	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,9	+1,8	+1,6	+1,2	+0,6	-	+0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+1,3	-
<b>Terms of Trade</b>	Verhältnis	103,9	106,4	104,4	105,6	104,0	104,0	-	103,5	104,1	104,3	103,9	102,8	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,4	-1,9	-0,7	-0,9	+0,6	-	0,0	+1,1	+0,8	+0,1	-1,7	-
<b>Wechselkurs des Euro</b>														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,11	1,13	1,17	1,18	1,23	1,19	1,22	1,23	1,23	1,23	1,18	1,17
	gg. Vj. in %	-16,5	-0,3	+2,0	+5,2	+9,2	+15,5	+8,3	+14,9	+16,0	+15,5	+14,5	+6,8	+4,0
in Yen	Kurs	134,3	120,3	126,7	130,4	132,9	133,1	130,1	135,3	133,3	130,9	132,2	129,6	128,5
	gg. Vj. in %	-4,3	-10,4	+5,3	+14,0	+12,7	+10,0	+6,3	+10,7	+10,9	+8,4	+11,7	+4,4	+3,2
in Pfund-Sterling	Kurs	0,73	0,82	0,88	0,90	0,89	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,87	0,88	0,88
	gg. Vj. in %	-10,0	+12,8	+7,0	+5,6	+2,1	+2,7	+1,8	+2,6	+3,7	+2,0	+2,8	+2,5	+0,2
<b>Effektive Wechselkurse des Euro<sup>3</sup></b>														
nominal	Index	91,7	94,4	96,5	98,6	98,7	99,6	98,5	99,4	99,6	99,7	99,5	98,1	97,9
	gg. Vj. in %	-9,5	+2,8	+2,3	+3,9	+4,4	+6,2	+3,4	+5,9	+6,6	+6,1	+6,1	+2,6	+1,6
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	87,6	89,5	91,4	93,2	93,2	94,0	93,1	93,9	93,9	94,2	93,9	92,8	92,7
	gg. Vj. in %	-9,9	+2,2	+2,1	+3,6	+4,0	+5,5	+3,2	+5,4	+5,6	+5,6	+5,5	+2,5	+1,6
<b>Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>4</sup></b>														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	94,1	94,7	96,0	97,0	97,3	97,7	97,4	97,6	97,7	97,8	97,7	97,4	97,1
	gg. Vj. in %	-4,1	+0,7	+1,4	+2,2	+2,4	+3,3	+2,2	+3,2	+3,4	+3,3	+3,4	+2,1	+1,3
56 Länder	Index	85,8	87,0	87,8	89,0	89,1	89,5	89,5	89,4	89,5	89,7	89,6	89,4	89,4
	gg. Vj. in %	-5,4	+1,4	+1,0	+2,3	+2,6	+3,8	+3,0	+3,4	+3,9	+4,1	+4,2	+2,7	+2,1

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

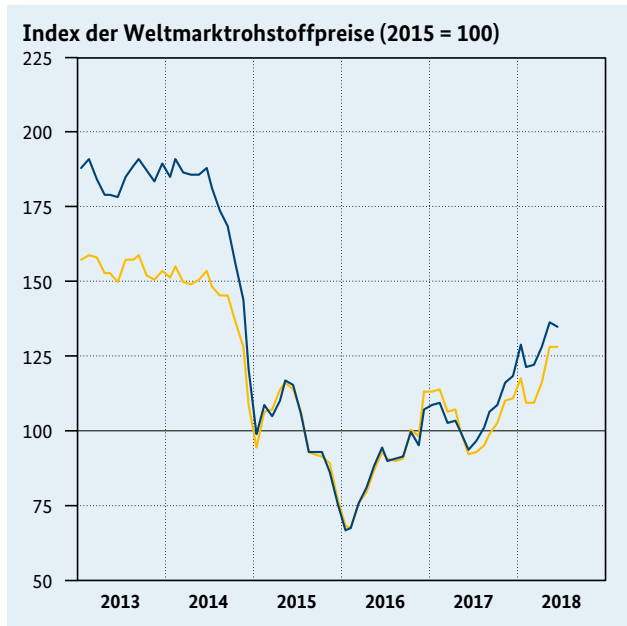
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

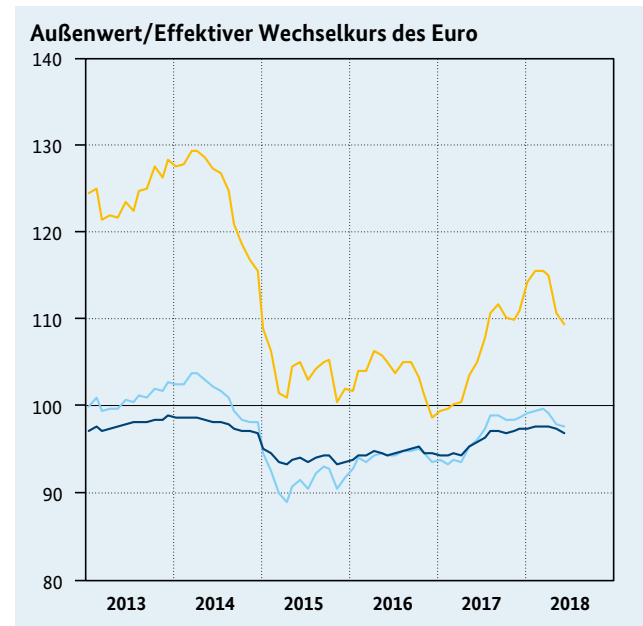
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

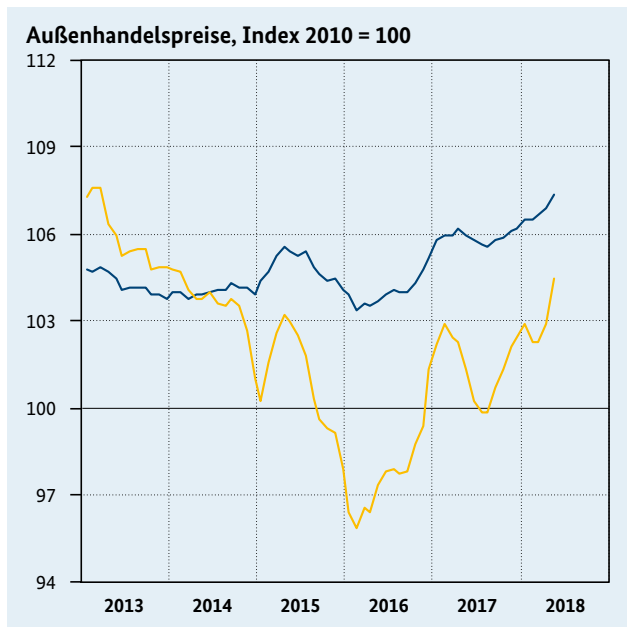
Bundesrepublik Deutschland



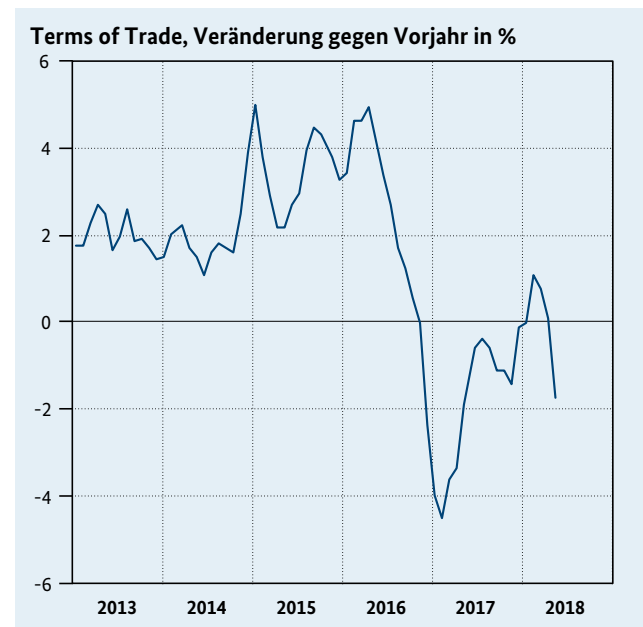
— auf Euro-Basis  
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100  
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro<sup>1</sup>;  
1. Quartal 1999 = 100  
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit<sup>2</sup>



— Einfuhrpreise  
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	-0,13	-0,37	-0,42	-0,43	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,43	-0,43	-0,41
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,02	-0,26	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,32
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,05	-0,16	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,17	-0,04	-0,15	-0,16	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,18
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	0,11	0,11	0,09	0,10	0,09	0,09	0,10	0,10	0,09	0,10	0,10	0,10	0,09
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,12	-0,51	-0,51	-0,44	-0,47	-0,23	-0,31	-0,28	-0,16	-0,25	-0,26	-0,29	-0,39
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,13	-0,28	-0,15	-0,07	-0,11	0,17	0,06	0,07	0,28	0,16	0,11	0,10	-0,03
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,50	0,09	0,32	0,39	0,33	0,55	0,42	0,47	0,66	0,53	0,48	0,45	0,33
<b>Geldmenge (Euroraum)</b>														
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	10,6	9,1	9,1	9,5	9,1	8,2	-	8,8	8,4	7,5	7,0	7,5	-
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,8	5,1	5,1	5,2	5,3	4,8	-	5,2	4,9	4,4	4,2	4,6	-
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,7	5,0	4,9	4,9	4,8	4,1	-	4,5	4,2	3,7	3,8	4,0	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monats-Durchschnitt <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,7	4,9	4,9	4,9	4,8	4,2	-	4,5	4,2	3,9	3,9	-	-
<b>Kredite</b>														
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	+2,6	+2,4	+2,7	+2,6	-	+2,9	+2,6	+2,4	+2,7	+3,2	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+0,6	+1,4	+2,0	+1,8	+2,4	+2,5	-	+2,7	+2,5	+2,4	+2,4	+3,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+2,5	+2,8	+3,6	+3,8	+3,9	+4,2	-	+4,2	+4,2	+4,3	+4,3	+4,5	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+3,0	+3,6	+3,8	+3,9	+4,3	-	+4,2	+4,4	+4,5	+4,4	+4,5	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>3</sup>														
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,6	+2,1	+3,6	+4,1	+4,5	+5,1	-	+4,8	+5,1	+5,4	+5,2	+5,0	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,8	+0,1	+0,2	+1,7	+5,3	+9,2	-	+7,9	+8,6	+11,1	+11,0	+13,1	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,5	+2,3	+2,3	+2,6	+2,0	+2,8	-	+2,3	+3,2	+2,9	+3,7	+1,4	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+2,1	+2,9	+3,1	+3,2	+3,3	+3,5	-	+3,4	+3,5	+3,6	+3,6	+3,2	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+3,4	+3,7	+4,1	+4,2	+4,3	+4,5	-	+4,4	+4,5	+4,7	+4,5	+4,6	-
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>4</sup>	Index	10969	10196	12441	12344	13085	12626	12657	13255	12459	12163	12397	12905	12668
	gg. Vp. in %	+15,0	-7,1	+22,0	-1,5	+6,0	-3,5	+0,2	+1,3	-6,0	-2,4	+1,9	+4,1	-1,8
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>5</sup>	Index	3445	3005	3490	3481	3593	3469	3478	3607	3427	3374	3453	3537	3443
	gg. Vp. in %	+9,5	-12,8	+16,1	-1,8	+3,2	-3,4	+0,2	+1,2	-5,0	-1,5	+2,4	+2,4	-2,7
Standard & Poor's 500 <sup>5</sup>	Index	2061	2093	2448	2467	2605	2730	2703	2785	2707	2700	2654	2702	2754
	gg. Vp. in %	+6,7	+1,5	+17,0	+3,0	+5,6	+4,8	-1,0	+4,5	-2,8	-0,2	-1,7	+1,8	+1,9
Nikkei 225 <sup>5</sup>	Index	19166	16924	20199	19882	22179	22315	22347	23589	21961	21395	21897	22580	22563
	gg. Vp. in %	+23,8	-11,7	+19,4	+2,0	+11,6	+0,6	+0,1	+3,6	-6,9	-2,6	+2,3	+3,1	-0,1

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

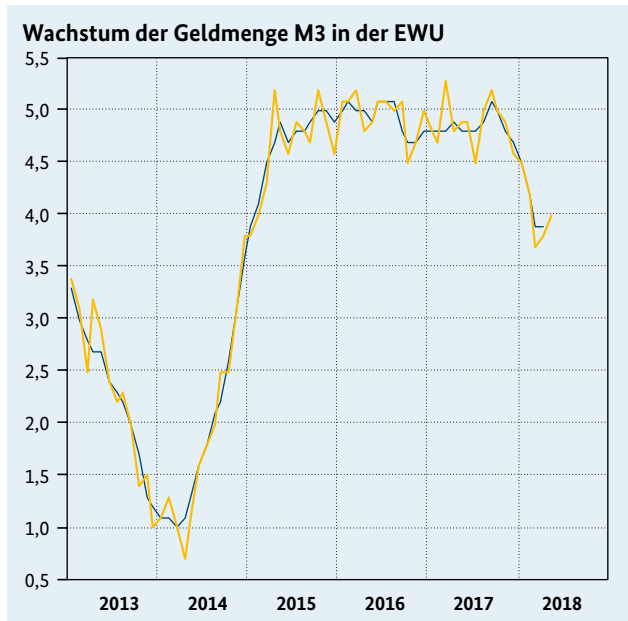
3 Ursprungszahlen;

4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

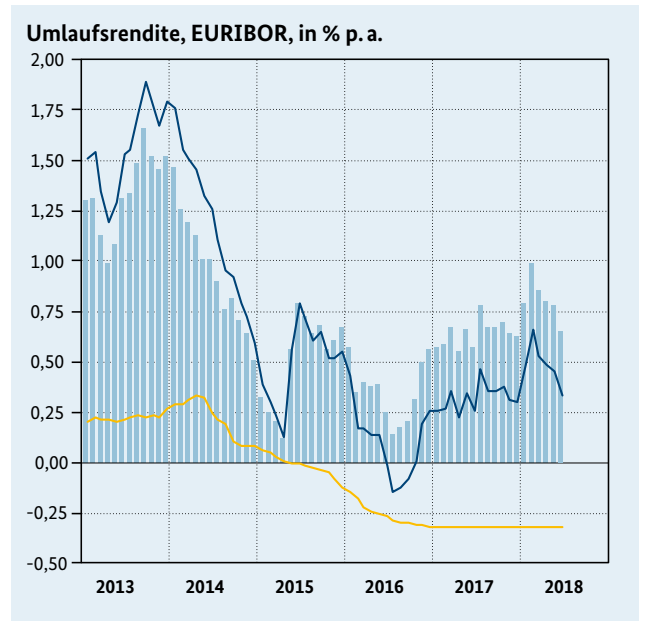
5 Kurs- bzw. Preisindex.



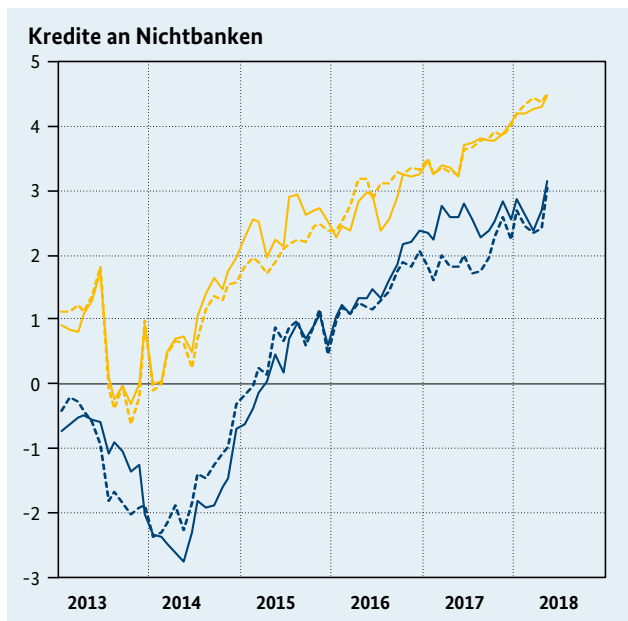
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



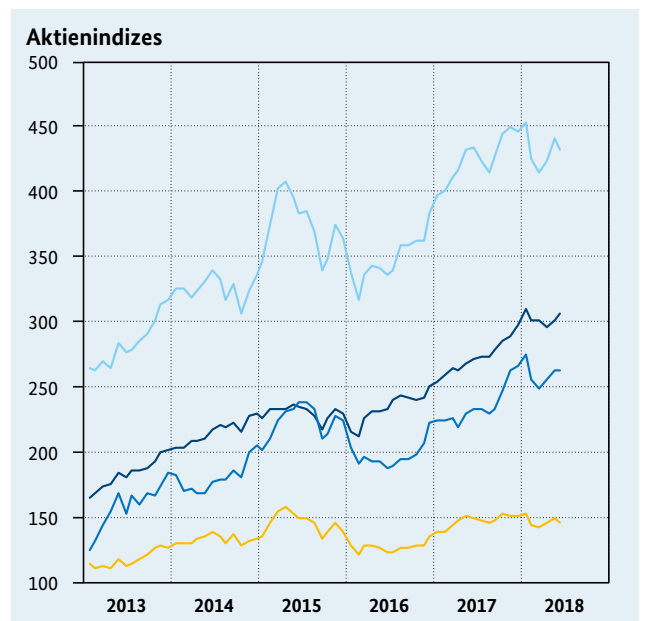
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

**Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

# Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>August 2017</b>	Das neue Wettbewerbsregister Mieter an der Energiewende beteiligen – das Mieterstromgesetz SMARD: die neue Strommarkt-Plattform für mehr Transparenz ist online Kann die EU allein Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abschließen?
<b>September 2017</b>	Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017 Transparenz im Rohstoffsektor
<b>Oktober 2017</b>	Zukunft der Europäischen Union – Von der Diskussion zu konkreten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen Aktuelle Entwicklungen im Investitionsprüfungsrecht Neue Perspektiven für den Einzelhandel Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung
<b>November 2017</b>	Manifest für „Frauen in der Wirtschaft“ Deutsche Wirtschaft in Schwung Die Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi Weg frei für offenes WLAN Der Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen: Eine Herausforderung für die Weltwirtschaft
<b>Dezember 2017</b>	Industrie 4.0 schafft neue Wertschöpfungsnetzwerke Modernisierung der Wirtschaftsstatistik Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat eine neue Strategie
<b>Januar 2018</b>	Emissionshandel ist fit für 2030 Instant Payment – WhatsApp für Geld?
<b>Februar 2018</b>	Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?
<b>März 2018</b>	Wertschöpfungsverflechtungen im NAFTA-Raum Das Netzwerk einheitlicher Ansprechpartner – wichtiger Bestandteil einer unternehmensfreundlichen Verwaltung
<b>April 2018</b>	Dual-use-Güter in der Exportkontrolle Strategien für den erfolgreichen Markteintritt im Ausland: Wie Anbieter klimafreundlicher Energielösungen „Made in Germany“ langfristig neue Auslandsmärkte erschließen können IGF – Industrielle Gemeinschaftsforschung für Unternehmen
<b>Mai 2018</b>	Das Nationale Reformprogramm 2018 Die Entwicklung des befristeten Arbeitsvertrags Deutsche Wirtschaft im kräftigen Aufschwung

Ausgabe	Fachartikel
<b>Juni 2018</b>	Neues Kompetenzzentrum Tourismus gestartet Sustainable Finance: Die Rolle von Finanzmärkten auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem Startschuss für die neue Gründerplattform: Das geballte Gründerwissen Deutschlands – digital und interaktiv Metrologie und Digitalisierung Das Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof – gerichtliches Scharnier zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union
<b>Juli 2018</b>	Der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2018



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
[www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html](http://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html)

---





